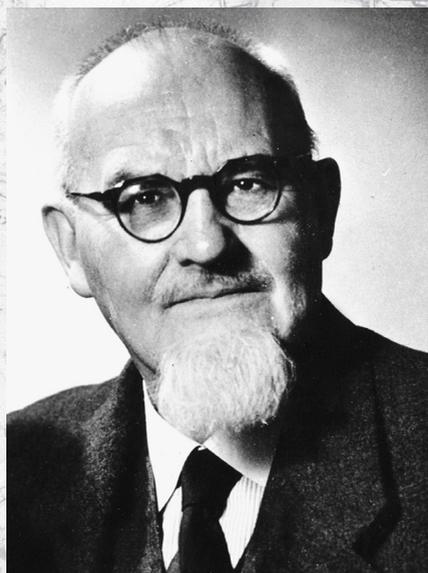


Heimatverein Werne e.V.

**Stadt, Gesellschaft
und Politik in Werne**

**Schriftenreihe
zur Geschichte der Stadt Werne**



**Die Stadt Werne
in der Zeit der Weimarer Republik
(1919 - 1933)**

von Dr. Franz-Josef Schulte-Althoff

*Titelbild: Johannes Ohm,
Bürgermeister der Stadt Werne 1923-1933*

*Hintergrund -
Karte der Stadt und des Amtes Werne*

Herausgeber: Heimatverein Werne e.V.
Layout und Satz: Wolfgang Boldt
Druck: Stadt Werne, Mai 2011

Stadt, Gesellschaft und Politik in Werne

**Schriftenreihe
zur Geschichte der Stadt Werne**

**Die Stadt Werne
in der Zeit der Weimarer Republik
(1919 - 1933)**

von Dr. Franz-Josef Schulte-Althoff

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
I. Werne in der deutschen Revolution 1918/19	4
Die Aufstandsbewegung erreicht Werne	5
Stadt- und Landgemeinde Werne am Vorabend des Umsturzes	6
Der Umsturz in der Stadt- und Landgemeinde	12
Konkurrenz	15
Der Arbeiter- und Soldatenrat in Aktion	22
Komplikationen	
Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung, zur preußischen Landesversammlung und zu den Gemeinde- vertretungen	32
Ausgang der Rätezeit	40
Der neue Magistrat	51
Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920	53
II. Der Kampf um die Gründung der neuen Stadt	55
Kurz vor dem Ziel gescheitert: 1914	55
Eine neue Initiative	56
Interessengegensätze, Unstimmigkeiten, Unzuträglichkeiten	58
Die Eingemeindungskommission berät:	
Wachsende Schwierigkeiten	63
Offener Streit	65
Vor der Entscheidung	67
Aufruf zum Plebiszit	69
Neue Komplikationen	70
Umstrittene Entscheidung	72
Die neue Stadt	73
III. Das Krisenjahr 1923	78
IV. Werne in der Phase der Stabilisierung der Republik (1924-1929)	82
Reichstags- und Kommunalwahlen 1924	82
Wernes „Schlüssel für den gewerblichen Wohlstand“	88
Notlagen	91
Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928	97
Verheißungsvoller Start	98

V. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und ihre politischen Folgen	100
Kommunalwahlen	100
Verschärfung der Krise	103
Veränderung der politischen Verhältnisse	107
VI. Machtergreifung	112
Die Wahlen im März 1933	113
Konfrontation und Einschüchterung	115
Konstituierende Sitzung des Stadtrates	121
Die Entscheidung über Bürgermeister Ohm	123
Das Ende der demokratischen Gemeindefelbstverwaltung	124
VII. Anhang	126
1.) Verzeichnis der Mandatsträger 1919 - 1933	126
2.) Nachweis der Abbildungen	130
3.) Quellen - und Literaturverzeichnis	131

Einleitung

Es fehlt bisher an Arbeiten, die einen Überblick über die Geschichte von Politik und Verwaltung, von Wirtschaft und Gesellschaft in Werne in der Zeit der Weimarer Republik (1918 - 1933) vermitteln. Diesem Mangel abzuhelfen sind die folgenden Ausführungen bemüht. Sie gliedern die Geschichte der Stadt in sechs Abschnitte.

Das *erste Kapitel* behandelt Ausbruch und Folgen der Deutschen Revolution in Werne (1918/19), schildert die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates, eines Bauernrates und die Ablösung dieser Räte durch eine nach neuem Wahlrecht gebildete Gemeindevertretung. Das *zweite Kapitel* beschreibt das zeitweise dramatische Ringen um die Vereinigung von Stadt- und Landgemeinde und die Gründung der neuen Stadt Werne. Im Mittelpunkt des *dritten Kapitels* steht das Krisenjahr 1923. Verfolgt werden insbesondere die Auswirkungen der Hyperinflation auf das städtische Leben. Inwieweit sich zwischen 1924 und 1929 eine Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch in der Lippestadt beobachten läßt, untersucht das *vierte Kapitel*. Das *fünfte Kapitel* nimmt die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der Stadt in den Blick. Das *sechste Kapitel* skizziert die Machtergreifung durch die NSDAP und das Ende der demokratisch legitimierten Selbstverwaltung im Jahre 1933.

Das besondere Interesse der Untersuchung gilt der Entwicklung der Selbstverwaltung zur kommunalen Demokratie. Die Selbstverwaltung hat als politisches Prinzip die Mitarbeit und Mitverantwortung der Bürger zum Inhalt und steht aufgrund von Wahlen auf demokratischem Fundament. Stufen ihrer Entwicklung in Werne sind in früheren Arbeiten bereits für die Zeit der französischen Kommunalverfassung (1809 - 1835) und der Revidierten Städteordnung von 1831, der Gemeindeordnung von 1850 und der Städteordnung von 1856 mit ihren jeweils stark einschränkenden Wahlrechtssystemen dargestellt worden. In der Weimarer Republik erhalten endlich auch die Gemeinden ein Wahlrecht, das allen demokratischen Anforderungen gerecht wird. Seine Auswirkungen finden in den Ausführungen eingehende Berücksichtigung.

Die Untersuchung sah sich oft einer unbefriedigenden Quellenüberlieferung gegenüber. Gravierend war vor allem: Zum einen: Die im Stadtarchiv vollständig vorliegenden Protokolle des Magistrats und der Stadtverordneten- und Gemeindeversammlung sind als Ergebnisprotokolle angelegt und geben kaum Aufschluss über die politischen Entscheidungsprozesse. Zum

anderen: Eine lokale Tageszeitung stand nur für die Revolutionsmonate 1918/19 zur Verfügung.

Im *Anhang* sind die Mandatsträger der kommunalen Selbstverwaltung von 1918 bis 1933 aufgelistet.

I. Werne in der deutschen Revolution 1918/19

Mit wachsender Sorge verfolgten die Einwohner von Stadt und Land Werne die Nachrichten vom militärischen Zusammenbruch, vom Zerfall der Ordnung des kaiserlichen Staates, vom Entstehen einer revolutionären Massenbewegung. Sie konnten beobachten, wie sich seit Anfang November 1918 der Aufstand der Matrosen der Hochseeflotte in wenigen Tagen über ganz Deutschland ausbreitete, wie in den Städten Soldaten und Arbeiter mit roten Armbinden und bewaffnet durch die Straßen zogen und wie sich Arbeiter- und Soldatenräte bildeten.

Über Hannover und Köln gelangten Marinesoldaten auch nach Westfalen. Am 8. November 1918 tauchten sie dort in mehreren großen Städten auf.¹

Ihnen schlossen sich die Garnisontruppen und Industriearbeiter an. Unter maßgeblicher Beteiligung von Führern der lokalen Arbeiterparteien und Gewerkschaften kam es, oft in wenigen Stunden, zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten. Nirgendwo stießen sie auf nennenswerten Widerstand.² Die vier opfer- und entbehrungsreichen Jahre, Ernährungs-mangel, Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht hatten die Autorität der alten Ordnung entscheidend geschwächt. Keine Seite zeigte sich mehr bereit, noch für sie einzutreten. Die neuen Räte übernahmen die militärische Gewalt und die Kontrolle über die Kommunalverwaltungen.³

Die Aufstandsbewegung erreicht Werne

Am Sonntag, dem 10. November 1918, erreichte die Aufstandsbewegung auch die Lippestadt. Am Morgen waren Abgeordnete der Soldatenräte von Köln und Wanne in die Stadt gekommen und hatten Verbindung mit der lokalen Parteileitung der Sozialdemokratie aufgenommen. Sie entwaffneten die Soldaten, die sie im Lazarett und auf der Straße antrafen. Die im Gerichtsgefängnis inhaftierten Untersuchungsgefangenen wurden, unter Verwarnung, freigelassen. Sodann fand eine Versammlung der Sozialdemokraten in der Gastwirtschaft Möllenbrink statt. Dabei wurde, vermutlich

¹ Vgl. die Auflistung in: Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, hrsg. von Reinhard Rürup, Wuppertal 1975.

² Behr, S. 131.

³ Vgl. z. B. die Vorgänge in Dortmund am 8. und 9.11.1918, in: Inge Marßolek: Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates, in: Rürup, ebenda, S. 239 - 314; vgl. auch die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in zahlreichen Städten des Rheinlands und Westfalens in: Ribhegge, S. 298-304.

in einem improvisierten Wahlakt, ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Nach kurzen Verhandlungen unterstellte sich die Stadtverwaltung unter Bürgermeister Hartmann dem Arbeiter- und Soldatenrat. Rote Fahnen wurden auch auf dem Bürgermeisterram aufgezogen. Nach dem Bericht der „Werner Zeitung“ herrschte den ganzen Tag über in den Straßen reges Treiben: „Die Soldaten und Zivilisten mit der roten Schleife gaben dem Bilde das Gepräge. Fieberhafte Spannung“ lag über der Stadt. Am folgenden Tag nahm auch die Amtsverwaltung unter Amtmann Ohm die Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat auf.⁴ Die Revolution war also von außen in die Stadt getragen worden.

Voller Besorgnis blickten die Einwohner Wernes auf die nächsten Tage. Viele gewichtige Fragen stellten sich. Die Rückführung der deutschen Armeen in die Heimat war bereits angekündigt. Einquartierungen durch zurückkehrende Soldaten waren zu erwarten. Die Auflösung der Truppen stand bevor. Die aus dem Kriegsdienst Entlassenen mussten in zivile Berufe wiedereingegliedert werden. Vor allem aber: War vor dem Winter die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern gesichert? Blieben Sicherheit und Ordnung erhalten, oder drohte angesichts des Zusammenbruchs der alten Ordnung das Chaos?

Stadt- und Landgemeinde Werne am Vorabend des Umsturzes

Um diese Fragen beantworten zu können, erscheint es zunächst geboten, sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Wernes am Ende des Ersten Weltkrieges kurz zu vergegenwärtigen.⁵

Auf dem heutigen Stadtgebiet gab es damals drei selbstständige Gemeinden, mit jeweils eigener Verwaltung: die *Stadt Werne*, die *Landgemeinde Werne* und die *Gemeinde Stockum*. Das Gebiet der Stadt war mit 653 ha sehr klein. Es wurde von der Landgemeinde Werne eingeschlossen, die aus den sieben Bauerschaften bestand. (Lenklar, Langern, Varnhövel, Ehringhausen, Schmintrup, Holthausen und Evenkamp).

In den drei Gemeinden galten seit 1856 verschiedene Kommunalgesetze: in der Stadt Werne die *Städteordnung*, in der Landgemeinde Werne und in

⁴ Die Darstellung folgt hier dem Bericht der „Werner Zeitung“ vom 12. November 1918. „Werner Zeitung“. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Werne. Verlag: Adam's Buchdruckerei; verantwortlicher Schriftleiter: Bernhard Adam.

⁵ S. ausführlicher zu diesen Verhältnissen die Arbeit des Verfassers: *Verfassung und Verwaltung von Stadt und Amt Werne im 19. Jahrhundert*. 2009.

Stockum hingegen die *Landgemeindeordnung*. Die Verwaltung der *Stadt* war zwei zur Kooperation verpflichteten Körperschaften übertragen, den *Stadtverordneten* zum einen und dem *Magistrat mit dem Bürgermeister* an der Spitze zum anderen. Die Verwaltung der *Gemeinden Werne-Land und Stockum* lag jeweils in den Händen der *Gemeindeverordneten* unter Leitung des *Gemeindevorstehers*. Die Stadtverordneten wählten die Mitglieder des Magistrats, die Gemeindeverordneten den Gemeindevorsteher.

Landgemeinde Werne, Stockum und Capelle waren im *Amt Werne* zusammengefasst, das allen Gemeinden gemeinsame Angelegenheiten zu verwalten hatte. Ihm stand der *Amtmann* vor. Er war zugleich Vorsitzender der Amtsversammlung, die sich aus Gemeindeverordneten zusammensetzte. Der Amtmann wurde nicht gewählt, sondern von der Bezirksregierung ernannt. Er besaß das Recht, die Sitzungen der Gemeindeverordneten zu leiten.

Über die Besetzung der politischen Vertretungen (in der Stadt die Stadtverordneten, in der Landgemeinde die Gemeindeverordneten) wurde in den Kommunalwahlen entschieden. Seit 1850 galt für sie das preußische **Dreiklassenwahlrecht**. Seine wichtigsten Bestimmungen sind kurz vorzustellen: 1. Es war *nicht allgemein*: Stimmberechtigt waren nur Männer ab 24 Jahren, die wirtschaftlich selbstständig waren und einen Mindeststeuerbetrag zahlten. 2. Es war *ungleich*: Die Wähler wurden in drei Klassen eingeteilt. Es fand keine Dreiteilung der Stimmberechtigten statt, sondern eine Dreiteilung des gemeindlichen Steueraufkommens. 3. Jede Klasse wählte ein Drittel der Gemeindeverordneten. In der I. Klasse wählten die Höchstbesteuerten, die ein Drittel der Steuern aufbrachten. Zur II. Klasse gehörten diejenigen, die insgesamt das zweite Drittel der Steuern aufbrachten. In die III. Klasse kamen die restlichen Wahlberechtigten. Diese Einteilung führte häufig dazu, so auch in Werne, dass eine ganz geringe Zahl von Wählern, die bereits ein Drittel des Steueraufkommens der Gemeinde erbrachten, ebenso viele Gemeindeverordnete wählte wie jede der anderen beiden Klassen. Politischer Einfluss war also von der Höhe der Steuerleistung abhängig gemacht, der Besitz privilegiert. 4. Wahlberechtigt waren auch juristische Personen, etwa Firmen, die in der Gemeinde auf den drei ersten Plätzen der Steuerliste standen. In der Landgemeinde Werne führte diese Regelung dazu, dass die Zeche seit 1907 mit dem Recht einer juristischen Person alle drei Gemeindeverordneten dieser Klasse bestimmte. 5. Das Dreiklassenwahlrecht war *öffentlich*: Der Wähler hatte öffentlich zu Protokoll zu geben, wem er seine Stimme geben wollte. Die

Öffentlichkeit der Wahl machte eine politische und soziale Kontrolle der Wähler möglich. 6. Es war *direkt*: Die Stimmberechtigten wählten nicht einen Wahlmann, sondern die Gemeindevertreter unmittelbar.

Auch für die *Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus* galt das Dreiklassenwahlrecht. Allerdings mit folgenden Unterschieden gegenüber dem Kommunalwahlrecht: Es war *indirekt*. Die Stimmberechtigten wählten Wahlmänner, die erst den Abgeordneten bestimmten. Zum weiteren: Es war ungleich, setzte aber nicht wirtschaftliche Selbstständigkeit und Zahlung eines Mindeststeuerbetrages voraus. Deshalb war die Zahl der Wahlberechtigten bei der Landtagswahl erheblich größer als bei der Kommunalwahl. In deutlichem Gegensatz hierzu stand das ganz demokratische *Wahlrecht zum Reichstag*. Er ging aus allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl hervor, und zwar nach dem Mehrheitssystem. Zu beachten ist also insbesondere: Kein Wahlrecht war so stark eingeschränkt wie das Kommunalwahlrecht. Für alle Wahlen galt indes bis 1918: Nur Männer besaßen Stimmrecht.

Unter den Bedingungen des Dreiklassenwahlrechts hatte die katholische *Zentrumspartei* die Landtags- und Kommunalwahlen in Stadt- und Landgemeinde Werne bis 1918 stets mit Mehrheiten um 90 Prozent gewonnen und alle Positionen und Mandate besetzt. Das Zentrum behauptete seine dominante Stellung auch unter den Bedingungen des allgemeinen, gleichen und geheimen Reichstags-Wahlrechts. Im Jahre 1907 erreichte die Partei in der Stadt 86,7, in der Landgemeinde 86,2 Prozent. Die *SPD* kam damals auf 9,8 bzw. 7,7 Prozent, die *Nationalliberalen* auf 1,5 bzw. 4,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 85 bzw. 83 Prozent.

Für Werne und sein Umland, dessen *wirtschaftliche Struktur* seit langem von bäuerlichen und kleingewerblichen Verhältnissen, aber auch von drei großen Adelsgütern bestimmt war, begann mit *Errichtung einer Steinkohlenzeche* in der Bauerschaft Evenkamp seit 1899 ein neues Zeitalter. Für Jahrzehnte bestimmte fortan „der Pütt“ die Entwicklung der Stadt in fast allen Lebensbereichen. Ihm verdankte sie zunächst vor allem ihren raschen Aufstieg bis Anfang der 1920er Jahre. Viele kleine Handwerker und in der Landwirtschaft Beschäftigte in Stadt und Land fanden in der neuen Industrie Arbeit. Da sie den rasch wachsenden Bedarf bald allein nicht mehr decken konnten, folgten ihnen aus der weiteren Umgebung und dann aus Ostdeutschland von der Zeche angeworbene Arbeitskräfte. Die Zahl der auf der Zeche Beschäftigten stieg bis 1914 auf 2800. In Evenkamp und Rünthe begann die Zechenleitung mit dem Bau von Arbeitersiedlungen.

Die Einwohnerzahl von Stadt- und Landgemeinde wuchs rasch, verdoppelte sich insbesondere durch die Fernzuwanderung bis zum Ersten Weltkrieg (stieg jeweils von ca. 2500 auf fast 5000, insgesamt also auf ca. 10.000). Auch das Stärkeverhältnis zwischen den Konfessionen veränderte sich. Die Zahl der Protestanten in der Stadt wuchs von 1,5 (1900) auf 6 Prozent (1914) an; noch wesentlich rascher in der Landgemeinde, vor allem in Evenkamp, wo sie sich allein von 1900 bis 1905 fast verdreifachte (von 3,2 auf 9 Prozent).

Vor allem: Stadt und Land erlebten einen für diese Region beispiellosen *wirtschaftlichen Aufschwung*. Der Bergbau bot bereits zu Beginn Löhne, die fast um das Doppelte über dem heimischen Niveau lagen. Die Kaufkraft breiter Schichten nahm zu. Handel und Gewerbe blühten auf.

Inzwischen war die Steuerkraft der Stadt um das Siebenfache gewachsen, waren die Gebäude- und Grundstückspreise um das Zehnfache ihres früheren Wertes gestiegen, hatten sich die Spareinlagen bei der Sparkasse und der Gewerbebank, der heutigen Volksbank, oft in wenigen Jahren verdoppelt. Die Stadtleitung hatte eine weitreichende Modernisierung der Altstadt mit der Anlage von Wasserleitung und Kanalisation, elektrischer Beleuchtung und Straßenausbau eingeleitet und war bemüht gewesen, den Wohnungsbau für die rasch wachsende Bevölkerung zu fördern. Unübersehbar war: Bescheidener Wohlstand breitete sich in dem kleinen Landstädtchen aus. Die Verkehrsverhältnisse verbesserten sich grundlegend. Der Anschluss an das Staatsbahnnetz wurde erreicht, als die Zeche ihre Bergwerksbahn nach Ermelinghof auch für den Personenverkehr öffnete. 1911 wurde eine elektrische Straßenbahn von Unna nach Werne fertiggestellt. Es begannen Vorbereitungen für den Bau der Staatsbahnstrecke von Dortmund über Lünen und Werne nach Münster. Voller Optimismus sah der Magistrat einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg voraus. Freilich wurde früh sichtbar, dass sich die wachsende Einseitigkeit der wirtschaftlichen Struktur in Krisensituationen des Bergbaus nachteilig für Stadt und Umland auswirkte.

Die Reichsregierung hatte *Ende 1914* begonnen, eine *kriegswirtschaftliche Ordnung* aufzubauen.⁶ Ihr Hauptmoment war, weite Bereiche der Privatwirtschaft staatlicher Planungs- und Lenkungshoheit zu unterwerfen und entsprechende Verwaltungseinrichtungen zu schaffen. Zu den wichtigsten Instrumenten dieses Systems gehörten: Beschlagnahmungen als Mittel der Güterbeschaffung; Rationierung und Zuteilung von Gütern und Anrechten, vor allem Lebensmittelkarten; staatliche Preisregulierung mit Festsetzung

⁶ Vgl die Skizze bei E.R. Huber, V, S. 73-84.

von Höchst- bzw. Mindestpreisen bei behördlicher Preisüberwachung. Da diese Maßnahmen die Preisbildung nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage aufhoben und die Waren aus dem legalen Markt vertrieben, sahen sich die Verwaltungsbehörden ständig gezwungen, die Entwicklung von Schwarzmärkten und Schleichhandel zu bekämpfen. Als besonders gravierend hatte sich im Alltag der breiten Massen die bald spürbar werdende *Lebensmittelknappheit* erwiesen. Ihren Tiefpunkt erreichte die Versorgung im „Steckrübenwinter“ 1916/17, als Steckrüben die Kartoffeln als Massennahrungsmittel ersetzen mussten. Die Versorgungslage blieb über das Kriegsende hinaus prekär. Wie sich das kriegswirtschaftliche System für die Versorgung der Einwohner von Stadt und Land Werne auch noch um die Jahreswende 1918/19 konkret auswirkte, können vor allem einige behördliche Bekanntmachungen aus dieser Zeit verdeutlichen.

Am Samstag, dem 9. November 1918, also einen Tag vor Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates, erschienen in der „Werner Zeitung“, unmittelbar unter der Schlagzeile „Sturmtage“ und den Überschriften „Die Republik in Bayern ausgerufen“ und „Die Kaiserfrage“, folgende Hinweise zur städtischen Warenausgabe: „Gegen Abgabe der Zuckermarken erfolgt am 9. November die Zuckerausgabe, pro Person 725 Gramm, das Pfd. zu 52 Pf. Die Inhaber der Scheine, die das Mehl für die fleischlose Woche vom 21. - 27. Oktober noch nicht erhalten haben, können das Weizenmehl nunmehr am Montag in den bekannten Geschäften abholen, da inzwischen Weizen zur Anfuhr gekommen ist.“ Am 12. November hieß es in der Zeitung: „Am 14. d. Monats wird an Hand der Kundenlisten gegen Eintragung in das Warenausweisheft 1 Pfd. Marmelade zum Preis von 1 Mark ausgegeben.“ „Am 15. d. Monats werden auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer 5, gegen vorherige Zahlung Scheine zum Bezug von Speisemöhren ausgestellt. Der Preis für den Zentner beträgt 12 Mark.⁷ Nach Mitteilung der „Provinzialfleischstelle für die Provinz Westfalen“ vom 23.11.1918 war die Schlachtung von Pferden nur mit vorgelegter schriftlicher Genehmigung des Leiters des Kommunalverbandes gestattet. Bei Notschlachtungen, bei denen diese Genehmigung nicht eingeholt werden konnte, war das Fleisch an eine amtliche Stelle abzuliefern.⁸ Der Bauernrat, der sogleich vorzustellen sein wird, bot an, bei den Landwirten des Amtes Werne eine Sammlung von Speck zu veranstalten, der den Arbeitern von Stadt und

⁷ „Werner Zeitung“, 9. und 12.11.1918.

⁸ „Werner Zeitung“, 3.12.1918.

Land als Weihnachtsgabe gewährt werden sollte.⁹ Die Abgabe sei freiwillig; für das Pfund würden vier Mark bezahlt. Am 12.12. sollte in einer Bäckerei für die Säuglinge und Kranken von Stadt und Amt Werne auf den Zwieback-Bezugsschein Keks und Zwieback abgegeben werden.¹⁰ Die Haferflocken-Ausgabe erfolgte für die Stadt, für die Kolonie und die Bauerschaften zu jeweils verschiedenen Terminen an besonderen Stellen.¹¹ „Lungenkranke der Stadt Werne erhalten bei Nienaber... auf die besondere kreisärztliche Bescheinigung wöchentlich vier Eier für vorläufig vier Wochen. Der Preis für das Stück beträgt 50 Pf.“ Im Amt Werne erfolgte die Ausgabe der neuen Brot- und Fleischkarten am 12.12.1918. „Am 20. Dezember werden auf dem Bürgermeisteramt...Bezugsscheine für gelbe Steckrüben und rote Möhren ausgestellt: Preis für Steckrüben 5,50 M für den Zentner“, für Möhren 9,90 M. Die Ausgabe sollte am 20. 12. an der Scheune Baumhove erfolgen.¹² Am 9. Januar 1919 wurde „gegen Vorlage der Säuglingszuckermarken für Säuglinge der Stadt“ abgegeben: 1/2 Pfund Reis, das Pfd. zu 84 Pf.; 1/2 Pfd. Roggenmehl, das Pfd. zu 1,00 Mk; 1/2 Pfd. Buchweizenmehl, das Pfd. zu 70 Pf.¹³

Der Umsturz in Stadt- und Landgemeinde Werne

Der Arbeiter- und Soldatenrat wandte sich am 11. November 1918 in einem *Aufruf an die „Zivil- und Militärbevölkerung der Stadt und des Amtes Werne“*. (s. Abb. 1) Er habe die „oberste Leitung“ der Stadt und des Amtes Werne übernommen. Zum Leiter der Dienstgeschäfte für die Stadt sei Bürgermeister Hartmann, für das Amt Werne Amtmann Ohm bestimmt worden. Beide würden ihre Tätigkeit sofort aufnehmen, Stadt- und Amtsverwaltung und sämtliche Beamte weiter amtieren. Die Bevölkerung von Stadt und Land wurde aufgefordert, sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu fügen. Ruhe und Ordnung müssten strengstens aufrecht erhalten werden. Massenversammlungen und Straßenaufmärsche seien zu vermeiden. Versichert wurde, niemandem werde ein Leid geschehen. Leben und Eigentum der „ordnungsliebenden Bürger“ würden gewährleistet, Plünderungen und sonstige Ausschreitungen strengstens bestraft. Den mit Armbinden versehenen Patrouillen habe man unbedingt Folge zu leisten. Die Sicherheitsorgane, also die Polizeibeamten, seien weiter in Tätigkeit geblieben. Unterzeichnet war der Aufruf von dem Bergmann Hermann

⁹ „Werner Zeitung“, 3.12.1918.

¹⁰ „Werner Zeitung“, 10.12.1918.

¹¹ „Werner Zeitung“, 13.12.1918.

¹² „Werner Zeitung“, 19.12.1918.

¹³ „Werner Zeitung“, 9.1.1919.

An die Zivil- und Militärbevölkerung der Stadt und des Amtes Werne!

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die oberste Leitung der Stadt und des Amtes Werne übernommen. Als Leiter der Dienstgeschäfte für die Stadt Werne ist der Bürgermeister Hartmann, für das Amt Werne der Amtmann Dju von uns bestimmt worden. Sie werden diese Tätigkeit am Dienstag, den 12. November übernehmen. Die Stadt- und Amtsverwaltung, die Gemeindevorsteher und Kommissionen und sämtliche Beamten bleiben im Amte.

Die gesamte Bevölkerung von Stadt und Amt Werne wird dringend ersucht, sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu fügen. Die Ruhe und Ordnung muß strengstens aufrecht erhalten werden.

Wir bitten, Massenversammlungen und Straßenaufmärsche zu vermeiden, vor allem aber auch die Träger von der Straße fernzuhalten. Schulkinder dürfen nach Eintritt der Dunkelheit, Personen unter 16 Jahren nachhilfe abzugeben die Straße nicht betreten.

Niemand soll ein Leib gefahren! Eides, Eigentum und Ehre sind jedem ordnungsgemäßen Bürger geschützt. Ungehörigkeiten und sonstige Ausschreitungen werden strengstens bestraft. Den mit Strafbüßen verurteilten Personen ist unbedingt Folge zu leisten. Die Sicherheitsorgane werden mit der größtmöglichen Inhaftigkeit.

Das Geschäftszimmer des Arbeiter- und Soldatenrates befindet sich in den Räumen des Rathauses Werne.

Werne, den 11. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat

Herrn Hartmann

Herrn Dju

Abb. 1:
Aufruf des
Arbeiter- und
Soldatenrates
vom
11. November
1933

Leistner, dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins, und dem hier unbekanntem Kanonier Giolbas.¹⁴ Am 16. November erfuhr die Öffentlichkeit, Bürgermeister Hartmann sei als beratendes Mitglied in den Arbeiter- und Soldatenrat aufgenommen worden.¹⁵ Für eine kontinuierliche Arbeit der Stadtverwaltung konnte dieser Schritt nur vorteilhaft sein. Was aber, so mochte sich mancher Eingesessene fragen, war von den neuen Herren zu erwarten, die mit ihren Arbeitskitteln, Uniformen und Mützen auftraten, und so gar nicht zu dem vertrauten Erscheinungsbild derer passten, die bisher die Geschicke von Stadt und Land geleitet hatten. Drohten gar „russische Zustände“?

Die „Werner Zeitung“, vor Ort wichtigste politische Informationsquelle über das Weltgeschehen, machte in den folgenden Tagen das Ausmaß des Staatsumsturzes bekannt: die Abdankung des Kaisers; die Bildung des Rates der Volksbeauftragten als provisorischer Reichsregierung, bestehend aus je drei Mitgliedern der Mehrheits-Sozialdemokratischen Partei (MSPD) und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD); den Sturz der Monarchien und die Einsetzung von Revolutionsregierungen in den deutschen Bundesstaaten; die Ankündigung der Wahl einer Nationalversammlung im Reich, der Wahl verfassunggebender Landesversammlungen in den Ländern; die Unterzeichnung des Waffenstillstands, der einer bedingungslosen Kapitulation gleichkam.

Die amtliche Propaganda hatte bis zuletzt die Siegeshoffnung genährt. So erschien die Niederlage unbegreiflich und ließ in weiten Kreisen der Bevölkerung die bald aufkommende propagandistische Parole vom Dolchstoß plausibel erscheinen, nach der das „im Felde unbesiegte Heer“ aufgrund der sozialistischen Agitation in der Heimat und schließlich durch die Novemberrevolution „von hinten erdolcht“ worden sei.

In ihrem Anspruch auf Weisungsgewalt gegenüber der Kommunalverwaltung sahen sich die Räte in ihrem Handlungsspielraum allerdings bereits in den nächsten Tagen erheblich eingeschränkt, und zwar durch Entscheidungen in Berlin.

Der militärische Zusammenbruch und die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages am 11. November 1918 stellten den *Rat der Volksbeauftragten* und die am 12. November 1918 aus SPD und USPD gebildete revolutionäre preußische Regierung vor gewaltige Aufgaben. Ging es doch

¹⁴ „Werner Zeitung“, 12.11.1918; der Aufruf ist auf den 11.11.1918 datiert.

¹⁵ „Werner Zeitung“, 22.11.1918.

zugleich um eine geordnete Durchführung der Demobilmachung, also die Auflösung des Heeres, um die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, um die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern, um die Umstellung der Kriegs- auf die Friedensproduktion, um die Wiedereinstellung der aus dem Kriegsdienst entlassenen Arbeitnehmer, um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zu bewältigen waren diese Aufgaben nur mit dem erfahrenen Personal der Unternehmungsleitungen, für das es in den Arbeiterparteien und Gewerkschaften keinen Ersatz gab. Eine umfassende Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft, - die wichtigste Forderung der SPD-Programmatik seit langem - erschien in der Situation des militärischen und politischen Zusammenbruchs wirklichkeitsfremd, hätte zum Zusammenbruch der Volkswirtschaft geführt und die allgemeine Notlage verschärft.¹⁶ In Betracht kam nur der Steinkohlenbergbau, in dem der Staat als Besitzer zahlreicher Zechen bereits über unternehmerische Erfahrungen verfügte und in dem die Marktgesetze weitgehend außer Kraft gesetzt waren. Die SPD-Führung wollte in einer so zentralen Frage aber der Nationalversammlung nicht vorgreifen.¹⁷ Die USPD hingegen drängte auf unverzügliche Einleitung von Sozialisierungsmaßnahmen. Auch der Reichsrätekongress Mitte Dezember 1918 forderte die Regierung dazu auf. Die SPD-Führung aber schreckte in dieser Situation vor solchen Schritten zurück. Sie enttäuschte mit dieser Einstellung aber viele Anhänger, die von einer sozialdemokratischen Regierung die Erfüllung dieser zentralen Programmforderung erwarteten.¹⁸ Das sollte sich bald auch in Werne zeigen.

Darüberhinaus bestand in der provisorischen Regierung weitgehend Einigkeit darin, dass die großen Aufgaben nach der Niederlage und dem Umsturz nur zu bewältigen waren, wenn auch der bestehende *Verwaltungsapparat* in seiner Funktionsfähigkeit erhalten blieb und die bisherigen Beamten ihren Dienst auf allen Stufen bis hinunter auf die kommunale Ebene fortsetzten. Deshalb beschränkte die Regierung die Möglichkeiten der Arbeiter- und Soldatenräte, auf die Verwaltungsbehörden einzuwirken. Den Räten wurde jede Behinderung der Amtstätigkeit der Behörden untersagt.¹⁹ Ihre Mitglieder sollten den Verwaltungsbehörden deshalb *nur als „Kontrollinstanz“* zur Seite treten. Die Behörden hinwiederum wurden aufgefordert, die Räte bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen.²⁰

¹⁶ Vgl. Winkler, S. 47.

¹⁷ Vgl. Bittner, S. 49-51.

¹⁸ Müller, S. 145.

¹⁹ Huber V, S.1007.

Bestehende Gesetze und Verordnungen sollten in Kraft bleiben, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben worden seien. Zu respektieren war die Unabhängigkeit der Gerichte, weshalb es unzulässig sei, wie vorgekommen, dass Urteile der Gerichte den Räten zur Genehmigung vorgelegt wurden. Die Regierung untersagte Eingriffe in die Verwaltung der öffentlichen Kassen. Der Innenminister ordnete am 20.12.1918 an, die örtlichen Räte dürften nur in ganz besonders zwingenden Fällen von dem Recht Gebrauch machen, Amtsenthebungen in örtlichen Behörden, etwa auch des Bürgermeisters, vorzunehmen.²¹ Die Bezirksregierung in Münster zeigte sich überzeugt, dass sich die Form der Zuziehung der Räte „vom Standpunkt loyaler Unterstützung“ leicht finden lasse, „wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten“ werde.²²

Der Werner Arbeiter- und Soldatenrat orientierte sich in seinen Aktionen an diesen Vorgaben. Sein Handlungsspielraum war damit eng begrenzt.

Konkurrenz

Gegen Machtanspruch und Dominanz des Arbeiter- und Soldatenrats formierte sich bald Widerstand. In der Landbevölkerung wuchsen zunehmend Besorgnisse über die Entwicklung in der Stadt Werne. Bereits am 16. November 1918 teilte ein Aufruf in der „Werner Zeitung“²³ mit, dass sich für die Landgemeinde Werne und für Stockum ein Bauernrat gebildet habe.²⁴ (s. Abb. 2) Zur Besprechung über das weitere Vorgehen wurden alle Landwirte für Sonntag, den 17. November 1918, in die Gastwirtschaft Möllenbrink eingeladen. Unterzeichnet war der kurze Text von Gutsbesitzer August Klosterschulte. Er begründete diese Initiative mit dem Hinweis auf einen Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918.²⁵ Er hatte zur Gründung von Bauernräten „aus allen Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung“ aufgerufen. Ihre Aufgabe sollte sein, die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande und die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen. Einen Tag später als in Werne, also am 17. November 1918, erschien in der

²⁰ Huber V, 1009; Stadtarchiv Werne (fortan: StAWe) C VI 33, Innenminister an die Behörden am 27.11.1918; dort Bezugnahme auf den Erlass vom 12.11.1918.

²¹ StAWe C VI 33, Erlass des Innenministers, 20.12.1918.

²² StAWe C VI 33, Regierungspräsident an Landräte, Oberbürgermeister..., die Gemeinden, 14.11.1918.

²³ Der Aufruf in der „Werner Zeitung“ ist auf den 15.11.1918 datiert.

²⁴ „Werner Zeitung“, 16.11.1918.

²⁵ Vgl. hierzu Bittner, S. 50.

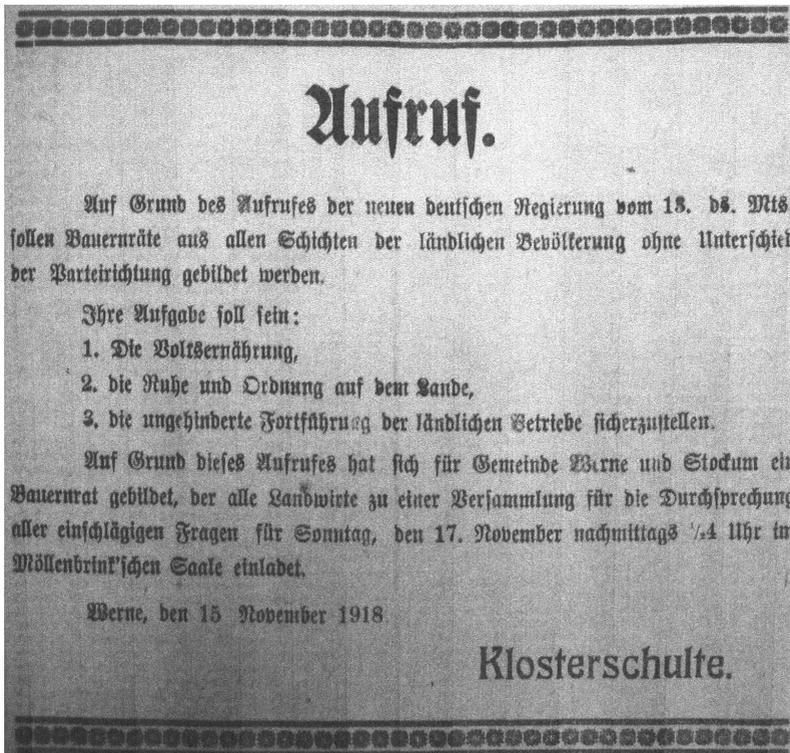


Abb. 2: Aufruf zur Gründung eines Bauernrates am 15. November 1918

„Lüdinghauser Zeitung“ ein Aufruf der Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen, des Westfälischen Bauernvereins, des Verbandes ländlicher Genossenschaften und weiterer Organisationen der Landwirtschaft. Er forderte „zur Vermeidung gänzlichen Zusammenbruchs“ die landwirtschaftlichen Vereine und die Vertrauensmänner des Westfälischen Bauernvereins zur „Gründung landwirtschaftlicher Orts- oder Gemeinde-Ausschüsse (Bauernräte)“ auf. In sie sollten auch Arbeitnehmer, Handwerker und Verbraucher einbezogen werden. Als Zweck dieser Gründungen hob er insbesondere die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Erfüllung der rechtzeitigen Lieferungspflichten und den Schutz der Landwirtschaft gegen gewaltsame Eingriffe in das Privateigentum hervor.²⁶ In den folgenden Tagen sind daraufhin in vielen Ortschaften des Kreises

²⁶ „Lüdinghauser Zeitung“, 17.11.1918

Lüdinghausen Bauernräte gegründet worden. Besonders aufschlussreich ist der Vorgang in Werne.

Die rechtliche Stellung der neuen Organisationen war inzwischen genauer bestimmt worden. Am 14. November hatte ein telegraphischer Erlass der neuen preußischen Regierung die Anweisung erteilt, die Vertreter der Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernräte hätten als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten und seien bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen.²⁷

Zu der Versammlung in der Gastwirtschaft Möllenbrink am 17. November 1918 fanden sich nicht nur zahlreiche Bauern ein. Gekommen waren auch Bürgermeister Hartmann und die Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates, ebenso einige Bürger und Arbeiter.²⁸ Die Veranstaltung verdient besonderes Interesse, weil hier jene Gruppierungen unmittelbar einander gegenübertraten, die sich als Räteorganisationen jeweils auf eine revolutionäre Legitimation beriefen und mit gleichem Anspruch auf Mitwirkung an der politischen Kontrolle über die Behörden auftraten.

Es entwickelte sich eine lebhaftere Diskussion. Als Leiter der Versammlung charakterisierte Klosterschulte das Programm des geplanten Bauernrates, an welchen Grundsätzen sich die neue Organisation von Werne-Land orientiere und inwieweit er andere Positionen als der Arbeiter- und Soldatenrat vertrete. Am Beginn seiner Ausführungen stand eine Loyalitätserklärung gegenüber der Revolutionsregierung. Der Bauernrat werde mit ihr zusammenarbeiten. Vom sozialdemokratisch geführten Arbeiter- und Soldatenrat grenzte er sich insbesondere in folgenden Punkten ab: Zum ersten: Die religiöse Überzeugung, die unangetastet bleiben müsse. Für den Redner hieß dies zugleich, dass der Bauernrat treu zur Zentrumsparterie stehe und „niemals von ihr weichen“ werde. Eine Kampfansage an den von Sozialdemokraten geführten Arbeiter- und Soldatenrat. Zum Zweiten: Er forderte die Einhaltung von Grundrechten: nämlich die Gewährleistung des freien Wortes, des Schutzes der Person, des Eigentums und damit insbesondere der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande. Zum dritten: Unter allen Umständen müsse die Volksernährung gesichert werden.

Widerspruch kam sogleich von Bürgermeister Hartmann. Man müsse „dem Zeitgeist folgen“. Seit acht Tagen habe der Arbeiter- und Soldatenrat die

²⁷ StAWe C VI 33, Hinweis auf diesen Erlass im Erlass des Ministerium des Innern vom 27.11.1918.

²⁸ Siehe zu dieser Versammlung den Bericht in der „Werner Zeitung“ vom 19.11.1918.

Gewalt an sich genommen. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung laufe inzwischen glatt. Die Gesetze und Verordnungen, die die Ernährung sichern, bestünden weiter, und die Beamten versähen ihren Dienst. Deshalb seien Bauernräte überflüssig. Ebenso die Aufstellung einer Bürgerwehr des Amtes, wie sie vom Bauernrat beabsichtigt sei. Sie sei durch den vom Arbeiter- und Soldatenrat eingerichteten Sicherheitsdienst überholt. Überhaupt, so fügte Hartmann an, sei der „Herrenstandpunkt der Militärs und Großgrundbesitzer...grundverkehrt“ gewesen. Der Arbeiter sei nicht genug geschätzt worden. „Wir alle haben gesündigt“. Wäre die Entwicklung der letzten Tage nicht gekommen, „hätten auch die zurückgekehrten jungen Offiziere diesen Herrenstandpunkt eingenommen.“ Der Arbeiter- und Soldatenrat sei eine vorübergehende Erscheinung. Die Nationalversammlung werde eine neue Verfassung beschließen, und dann werde sich der Arbeiter- und Soldatenrat auflösen. „Wenn wir den Zeitgeist verstehen und mitarbeiten, wird unsere innerpolitische Zukunft besser als die Vergangenheit sein.“ Eine klare, für viele Zuhörer gewiss überraschende Bestimmung des neuen Zeitgeistes durch Bürgermeister Hartmann.

In seiner Erwiderung machte Klosterschulte geltend: Ein Bauernrat müsse schon aus organisatorischen Gründen gebildet werden. Er verwies dabei auf seine Erfahrungen als Kontrollbeamter für Volksernährung im Kreiskommunalverband Lüdinghausen. Welche Anforderungen gestellt würden, sei nicht voraussehbar. Wenn es eines Tages heiße, Dortmund brauche eine bestimmte Menge Vieh und andere Lebensmittel, müsse es eine Organisation geben, die aufgrund ihrer Kenntnisse in der Lage sei, das heranzuschaffen.

Unterstützung erhielt Klosterschulte vom Sparkassenrendanten Hocks. Auch nach seiner Auffassung waren die Bauernräte eine notwendige Institution, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Mit den Verhältnissen auf den Höfen seien nur die Landwirte vertraut, und da falle dem Bauernrat eine zentrale Rolle zu. Regierung und landwirtschaftliche Organisationen hätten die Bildung von Bauernräten für notwendig gehalten. Sie besäßen nur eine beratende Stimme und würden wie die Arbeiter- und Soldatenräte nur solange bestehen, bis die Nationalversammlung feste Verhältnisse herbeigeführt habe.

Das Wort ergriff auch Leistner, der Sprecher des Arbeiter- und Soldatenrates. Er wies darauf hin, dass seine Organisation einen Sicherheitsdienst eingerichtet habe, der jede Ecke, jede Straße besetzen werde. Die Postenkette werde durch Offiziere kontrolliert. Eine Bürgerwehr sei also überflüssig. Zugleich hob er hervor: Es sei alter sozialdemokratischer

Grundsatz: „Religion ist Privatsache“. Man werde sich also nicht in gotesdienstliche Angelegenheiten einmischen. Unterstützung erhielt Leistner von zwei Mitgliedern des Soldatenrates. Sie stellten die Notwendigkeit des Soldatenrates heraus: Er schütze Leben und Eigentum. Die Demobilisation des Heeres sei in vollem Gange, und es stünden schwere Tage bevor. Bei der lockeren Disziplin werde manches vorkommen. Deshalb werde der Soldatenrat ältere Soldaten, die das Vertrauen der Bürger und Bauern besäßen, zum Schutze heranziehen. Unterstützung erhielten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates wiederum von Bürgermeister Hartmann. Die bestehende Organisation zur Erfassung der Lebensmittel genüge durchaus. Der Bauernrat werde deshalb keine Gelegenheit haben, in Aktion zu treten.

Bemerkenswert erscheint nicht zuletzt: die Diskussion verlief offenbar ohne jede Störung. Klosterschulte ließ sich durch die Einwände der Gegner nicht aus seinem Konzept bringen. Die Versammlung wurde, wie zuvor angekündigt, fortgesetzt mit der Wahl von *Bauerschaftsausschüssen*. Für jede der sieben Bauerschaften der Landgemeinde Werne und für Stockum und Capelle präsentierte Klosterschulte drei oder vier Namen. Sie wurden von der Versammlung jeweils durch Akklamation bestätigt. In diesem Wahlmännergremium stellten die Bauern in den einzelnen Ortschaften, mit Ausnahme von Wessel und Capelle, zumeist nur ein Drittel; die Mehrzahl der Plätze nahmen Handwerker, Gastwirte und Händler ein. Fast überall war auch ein Bergmann darunter. Die Aufstellung ließ erkennen: die Ausschüsse sollten nicht eine rein bäuerliche Standesvertretung sein, sondern, in Übereinstimmung mit dem programmatischen Aufruf der Regierung vom 12. November, ein soziales Spiegelbild der Landbevölkerung insgesamt. Wenige Tage später (am 20.11.1918) wählten die Bauerschaftsausschüsse die Mitglieder des **Bauernrates**. Die Gemeinden und Bauerschaften des Amtes Werne waren mit je einem Mitglied darin vertreten.²⁹ Im elfköpfigen Bauernrat des Amtes Werne waren allerdings die Landwirte mit sieben Vertretern deutlich in der Überzahl. Außerdem gehörten ihm noch drei Handwerker und ein Bergmann an. Zum Vorsitzenden wählte der Rat den Gutsbesitzer Anton Dahlhoff, gnt. Waterhues. Er bestimmte darüberhinaus

²⁹ Mitglieder des Bauernrates des Amtes Werne: für Lenklar: Gutsbesitzer Anton Dahlhoff, gnt. Waterhues; für Langern: Bäcker Aloys Hauschopp; für Varnhövel: Gutsbesitzer August Klosterschulte; für Ehringhausen: Bergmann Anton Westhues; für Schmintrup: Gutspächter Theodor Weckendorf; für Holthausen: Landwirt Franz Jücker; für Evenkamp: Maurermeister Anton Holtrup; für Stockum: Landwirt Heinrich Oesterschulze; für Horst: Kötter Bernhard Heitmann; für Wessel: Landwirt Bernhard Pollock; für Capelle: Zimmermeister Clemens Bleckmann.

einen dreiköpfigen geschäftsführenden Ausschuss. Fortan verhandelte er wöchentlich mit den Vertretern des Arbeiterrates in gemeinsamer Sitzung.

Die Vorgänge machen sichtbar: Bereits wenige Tage nach dem Umsturz begannen sich Anhänger der Zentrumspartei in den Landgemeinden in der Abwehr ihnen bedrohlich erscheinender Entwicklungen zu organisieren. Sie wollten das Land nicht den sozialdemokratisch geführten Arbeiter- und Soldatenräten überlassen und bedienten sich dabei der neuen revolutionären Organisationsform.

Als der Landrat des Kreises Lüdinghausen die Ortsbehörden am 26. November darauf hinwies, von den Zentralinstanzen und landwirtschaftlichen Organisationen werde dringend die Einrichtung von Bauernräten empfohlen,³⁰ war dies also im Amt Werne, wie wir sahen, bereits geschehen.

Höheren Orts konkretisierten sich erst jetzt allmählich die Bemühungen um die Gründung von Bauernräten. Die landwirtschaftlichen Verbände stellten dafür Richtlinien auf. Ihnen legte der Rat der Volksbeauftragten, der in den Bauernräten ein wichtiges Element zur Krisenbewältigung auf dem Lande sah, Verordnungskraft bei und versah sie mit Ausführungsbestimmungen. Die Gemeindeverwaltungen wurden darin aufgefordert, die Bauernräte bei allen Angelegenheiten der Demobilmachung und der Landwirtschaft heranzuziehen.³¹ In jeder Gemeinde war ein „Bauern- und Landarbeiterrat“ zu wählen. Er sollte sich zu gleichen Teilen zum einen aus hauptberuflichen Landwirten, zum anderen aus Landarbeitern, Mägden, Landhandwerkern und Heimarbeitern zusammensetzen. Wichtig vor allem: Die Bestimmungen für das Wahlrecht realisierten zum ersten Male eine von der Sozialdemokratie seit langem geforderte Ausweitung: Das Wahlalter wurde auf das 20. Lebensjahr abgesenkt. Stimmrecht erhielten nun auch die Frauen. Es galt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Auf dieser Grundlage waren die „Bauern- und Landarbeiterräte“, wie sie offiziell hießen, demokratisch überzeugender qualifiziert als die Arbeiter- und Soldatenräte, die zumeist - wie auch in Werne - in improvisierten Versammlungen gebildet worden waren.

³⁰ StAWe C VII 31, Landrat Graf von Westfalen an die Ortsbehörden, 26.11.1918

³¹ StAWe Fun 48; vgl. Landrat Graf von Westfalen an die Amtmänner, 15.12.1918, der auf die entsprechende Verordnung des Reichsernährungsamtes verweist; s. Regierungspräsident an die Ortsbehörden, 31.12.1918, der sich auf die Anordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung vom 17.12.1918 bezieht.

Den Bauernräten wurden wichtige Aufgaben für die Sicherung der Ernährung und bei der Durchführung der Demobilisierung zugewiesen: Im einzelnen waren aufgeführt: Sie hatten die zuständigen Behörden zu unterstützen durch Beratung und Mitwirkung bei Erfassung und Schutz vorhandener Lebensmittel und bei der Regelung ihrer Ablieferung und bei der Bekämpfung des Schleichhandels. Sie sollten sich einsetzen für die Steigerung des Anbaus, den Wiederaufbau der Viehzucht und die Förderung des Genossenschaftswesens, mitwirken bei der Aufnahme entlassener Kriegsteilnehmer und bei der Beschaffung von Arbeit und Wohnung für diese; sich gegenseitig Hilfe gewähren beim Schutz von Personen und Eigentum. Die Regierungsverordnung bestimmte: Bereits nach anderen Grundsätzen gebildete Bauernräte waren diesen Richtlinien entsprechend umzuformen.

Es war aber offenkundig, dass der bereits am 20. November gebildete Bauernrat des Amtes Werne weder nach dem neuen Wahlrecht zustande gekommen war, noch in seiner sozialen Zusammensetzung diesem Reglement entsprach. Gutsbesitzer und Landwirte waren hier weitgehend unter sich; die Gruppe der Landarbeiter, Mägde und Heimarbeiter war überhaupt nicht vertreten. Amtmann Ohm und Landrat Graf von Westphalen verständigten sich aber darauf, dass bis auf weiteres keine Neuwahl vorgenommen werden sollte.³² Selbst im April 1919 waren in der Zusammensetzung des Bauernrates noch keine Veränderungen eingetreten.³³

Wöchentlich hielten Bauernrat und Arbeiterrat des Amtes gemeinsame Sitzungen ab, und zwar, was besondere Hervorhebung verdient, in gutem Einvernehmen, wie der Vorsitzende Dahlhoff dem Landrat ausdrücklich mitteilte.³⁴ Aufzeichnungen über diese Beratungen sind nicht überliefert.

Über die einzelnen Aktivitäten des Bauernrates liegen kaum Berichte vor. Bekannt ist indes, dass er tatsächlich umsetzte, was zu Beginn bereits angekündigt worden war. Allen Einwänden von seiten des Arbeiter- und Soldatenrates zum Trotz leitete er die *Bildung der Bürgerwehr des Amtes* ein. Amtmann Ohm gab im Namen der Polizeiverwaltung am 14. Dezember 1918 bekannt, dass Beitrittswillige sich unverzüglich bei den Führern der einzelnen Bauerschaften anzumelden hatten.³⁵ Über Mitglie-

³² StAWe Fun 48, Landrat an Amtmann, 31.12.1918.

³³ Ebenda, Polizeiverwaltung Amt Werne. In diesem Verzeichnis wurden seine Mitglieder nunmehr als „Bauern- und Landarbeiterräte“ bezeichnet, nach dem Datum: 17.4.1919.

³⁴ Ebenda, Dahlhoff an Landrat, 23.12.1918.

Gliederung fehlen uns Nachrichten. Wie der Soldatenrat hat die Bürgerwehr des Amtes, die in den Akten kaum in Erscheinung tritt, in den folgenden Monaten Sicherungsaufgaben übernommen. Erstaunlich ist: Von Spannungen, gar Konflikten zwischen beiden Organisationen wird nichts berichtet.

Aufschlussreich für den geringen Handlungsspielraum der Bauernräte ist insbesondere ein Auftrag, den sie vom Ausschuss für Kriegswirtschaft des Kreises Lüdinghausen im März 1919 erhielten. Mit Unterstützung der Amtsverwaltungen hatten sie eine Bestandsaufnahme der Vorräte an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Vieh durchzuführen. Es wurde ihnen aber zur Verdeutlichung ihrer begrenzten Funktion eingeschärft, dabei keine Beschlagnahmungen vorzunehmen.³⁶ Wie wir wissen, war eben dies auch den Arbeiter- und Soldatenräten untersagt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Aktion

Bürgermeister Hartmann zeigte sich entgegenkommend. Er stellte dem Arbeiter- und Soldatenrat ein Büro mit Telefonanschluss zur Verfügung.³⁷ Der Arbeiterrat bestand zunächst aus fünf, der Soldatenrat aus sechs, zeitweise auch aus mehr Mitgliedern. Die neue Organisation beanspruchte Zuständigkeit auch für die Amtsgemeinden. Im Arbeiterrat bestimmte man deshalb zwei Mitglieder speziell für die dortigen Aufgaben, während der Soldatenrat auf eine solche Funktionsteilung verzichtete.

Für die Soldatenräte hatte sich rasch eine klare hierarchische Gliederung herausgebildet. Die Werner Gruppe war dem Bezirks-Soldatenrat Coesfeld zugeordnet, dieser dem Generalsoldatenrat des VII. Armeekorps in Münster. Eine vergleichbare Organisationsstruktur hat sich für die Arbeiterräte nicht entwickelt.

Von erheblicher Bedeutung wurde, wie sich bald zeigte, die *Frage der Vergütung* der Ratsmitglieder. Nach einem Erlass der preußischen Regierung vom 16. November 1918 hatten sie Anspruch auf angemessene Entschädigung durch die Verwaltungsstelle, bei der sie tätig waren. Die Kosten für den *Werner Arbeiterrat* fielen demnach der Stadt- und der Amtsverwaltung zu. Die Vergütung der Mitglieder des *Soldatenrates* erfolgte

³⁵ „Werner Zeitung“, 17.12.1918.

³⁶ StAWe Fun 48, Ausschuss für Kriegswirtschaft in Lüdinghausen an die Amtmänner des Kreises, 12.3.1919.

³⁷ StAWe C VI 33, Handschriftlicher Entwurf vom 29.4.1919, Stellungnahme auf die Verfügung der Bezirksregierung vom 25.4.1919.

hingegen durch die militärische Kassenverwaltung.³⁸ Zu erstatten waren der entgangene Arbeitsverdienst und eine Aufwandsentschädigung für die baren Auslagen. Wegen der Kosten sollte, wie der Erlass anordnete, auf eine Beschränkung der Zahl der Mitglieder Bedacht genommen werden, da es sich um öffentliche Gelder handele.³⁹ Noch Mitte Februar 1919, also nach den Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung, bekräftigte die preußische Staatsregierung: die Arbeiter- und Soldatenräte, die Staats- und Gemeindebehörden zugeordnet waren oder diese überwachten, waren als öffentliche Behörden anzusehen und deshalb u. a. berechtigt, bei Dienstbriefen von der Portofreiheit Gebrauch zu machen.⁴⁰

Wie in den meisten Arbeiter- und Soldatenräten bestimmte auch in der Werner Organisation die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) den Kurs. Die Räte kümmerten sich um die Bewältigung der akuten Existenzprobleme, um die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, um Wohnungszuweisungen, um die Demobilmachung. Demobilmachung bedeutete vor allem, den heimkehrenden Soldaten und den in der Rüstungsindustrie Beschäftigten Arbeit zu verschaffen, damit, wie man vielerorts fürchtete, „das Schlimmste, Raub, Plünderung und Bürgerkrieg vermieden“ werde.⁴¹

Wie sich die Verhältnisse vor Ort konkret darstellten, soll zumindest an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

Am 3. Dezember 1918 berichtete die „Werner Zeitung“ von endlosen Kolonnen von Soldaten, Pferden und Wagen, die schon seit Wochen über die städtischen Straßen zögen. Werne sei stark mit Einquartierung belegt. Ein General habe zur Zeit mit seinem Stabe in der Stadt Quartier genommen und sich im Namen seiner einquartierten Truppe beim Bürgermeister

³⁷ StAWe C VI 33, Handschriftlicher Entwurf vom 29.4.1919, Stellungnahme auf die Verfügung der Bezirksregierung vom 25.4.1919.

³⁸ StAWe C VI 33, Mitteilung des Vollzugsausschusses des Bezirkssoldatenrats Coesfeld, 27.11.1918, nach einer Verfügung des Generalsoldatenrats des Kriegsministeriums.

³⁹ Text des im Reichsanzeiger Nr. 273 veröffentlichten Erlasses der preußischen Regierung vom 16.11.1918 in: StAWe C VI 33.

⁴⁰ StAWe Fun 48, Innen- und Finanzministerium an Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, 18.2.1919.

⁴¹ StAWe C VI 10, Arbeitsnachweis des Kreises Lüdinghausen an sämtliche Ortsstellen, 14.11.1918.

„für die freundliche und herzliche Aufnahme“ durch die Einwohner der Stadt bedankt.⁴²

Eine am 29. Dezember geplante Zentrumsversammlung im Gesellenhaus konnte nicht stattfinden, weil alle Säle von Militär belegt waren. Landrat Graf von Westphalen kündigte am 25. Dezember 1918 der Bevölkerung die Rückkehr eines Armeekorps von der Front in ihre Garnison und Demobilisierungsorte an. Soweit die Quartiere in Kasernen nicht ausreichten, würden Quartiere in den Orten zugewiesen, und diese sollten „bereitwilligst“ zur Verfügung gestellt werden. Besorgnissen in den Gemeinden trat der Landrat mit der Mitteilung entgegen, die Truppen führten ihre Verpflegung mit sich, müssten also nicht von den Gemeinden oder Quartiergebern versorgt werden.⁴³

Die Benutzung der Eisenbahnstrecke Hamm-Münster war nur gegen Vorlage eines Erlaubnisscheins gestattet. Er durfte lediglich ausgestellt werden bei Reisen, die im öffentlichen Interesse lagen, bei Todesfällen oder Erkrankung der nächsten Angehörigen, dringenden Reisen zum Arzt u.ä.⁴⁴

Es verwundert nicht, dass nur wenige der zahlreichen Aktivitäten des Werner Arbeiter- und Soldatenrates in den behördlichen Akten ihren Niederschlag gefunden haben; er galt den Mitarbeitern der Kommunalverwaltung eben nicht als legitime Behörde. Einige Beispiele seiner Tätigkeit seien genannt: Bereits wenige Tage nach seiner Bildung hatte es eine Anzeige wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Lebensmittelverwaltung gegeben. Der Rat wurde daraufhin sogleich als Kontrolleur tätig und überprüfte die Lagerbestände des örtlichen Lebensmittelamtes. Er fand alles „in einwandfreier Weise“ geführt und wies die Anzeige als ungerechtfertigt zurück.⁴⁵

Stadtverwaltung und Arbeiter- und Soldatenrat waren bemüht, den aus dem Felde heimkehrenden Soldaten nach Jahren der Entbehrung und Strapazen bei ihrer Ankunft in der Heimatstadt das Gefühl zu vermitteln, herzlich willkommen zu sein. Die Einwohner wurden aufgerufen, durch Beflaggen und Ausschmücken der Häuser daran mitzuwirken. Beschlossen wurde, an allen Toren der Stadt zu Ehren der Heimkehrer Triumphbögen zu errichten und an den Sonntagen morgens ein öffentliches Konzert auf dem Marktplatz zu veranstalten.⁴⁶

⁴² „Werner Zeitung“, 13.12.1918.

⁴³ Bekanntmachung vom 25.11.1918, „Werner Zeitung“ vom 3.12.1918.

⁴⁴ „Werner Zeitung“, 30.11.1918.

⁴⁵ StAWe C VI 33, „Werner Zeitung“ vom 14.11.1918.

⁴⁶ „Werner Zeitung“ vom 23.11.1918.

An der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 7. Dezember 1918 nahmen auch die beratenden Mitglieder von Stadt und Amt, Bürgermeister Hartmann und Sparkassenrendant Hocks, teil. Beschlossen wurde u.a.: Die aus dem Krieg heimkehrenden Bäckermeister in Stadt und Amt sollten in jeder Weise unterstützt werden. Die Einwohner wurden aufgerufen, dies beim Eintragen in die Kundenlisten zu berücksichtigen. Einwohner hatten sich darüber beklagt, dass der ihnen zustehende Anteil an Butter größtenteils in Form von Margarine ausgegeben wurde. Man beschloss: Bei der „Kreisfettstelle“ in Lüdinghausen sollten Schritte unternommen werden, diesen Missstand abzustellen. Aufgrund der großen Nachfrage nach Pferdefleisch wurden Einheitspreise festgelegt. Zwiebeln waren vor Ort sehr teuer verkauft worden. Der Kreisvollzugsausschuss wurde beauftragt zu prüfen, ob der Preis gerechtfertigt sei. Es wurde eine Revision der Bücher eines Brennereibesitzers über die pflichtgemäße Ablieferung von Milch und Butter durch den Kreisvollzugsausschuss veranlasst. Nicht zuletzt legte man fest: Bekanntmachungen der Stadt- und der Amtsbehörden sollten vom Arbeiter- und Soldatenrat gegengezeichnet werden.⁴⁷ Auf Bitten der Stadt wurde der Rat ersatzweise auch in amtlichen Funktionen tätig. Als zwei Polizeibeamte erkrankt waren, übernahmen Ratsmitglieder ihre Vertretung.⁴⁸

Komplikationen

Entgegen manchen Erwartungen ist es zu schwerwiegenden Konflikten zwischen dem Werner Arbeiter- und Soldatenrat und der Stadt nicht gekommen. Gemäß den Berliner Vorgaben griff er nicht in die kommunale Verwaltung ein. Die Leitung der Stadtverwaltung blieb unangefochten in den Händen von Magistrat und Stadtvertretung. Bürgermeister Hartmann verstand es offensichtlich auch, ein kooperatives Verhältnis zu ihm aufzubauen, - wie sich bald zeigte. Nach seiner Auffassung boten sich mit Bildung der neuen Organisation sogar Möglichkeiten, die Lösung offener Fragen zu erreichen und dabei zugleich die Position der Stadt gegenüber der Landgemeinde zu verbessern..

Wie wir wissen, war der ausgehandelte Eingemeindungsvertrag 1914 am Widerstand der Landgemeinde-Vertretung gescheitert. Hartmann versuchte nun, sich der Hilfe des Arbeiter- und Soldatenrats zu bedienen, um in dieser für die Stadt bedeutenden Angelegenheit eine Entscheidung

⁴⁷ „Werner Zeitung“ vom 10.12.1918.

⁴⁸ StAWe C VI 33, Notiz des Bürgermeisters von 1.2.1919.

herbeizuführen. Ohne Amtmann Ohm und die Vertretungen in Stadt und Land zu unterrichten, veranlasste er einige Mitglieder des Werner Arbeiterrates, sich in einem Schreiben an den Führer der Sozialdemokraten im westlichen Westfalen, den Reichstagsabgeordneten Max König in Dortmund, zu wenden und ihn zu bitten, mit einem Vertreter der Stadt über diese Frage zu verhandeln. Die Initiative scheiterte aber, weil der Werner Arbeiter- und Soldatenrat in seiner Gesamtheit es ablehnte, an geheimen Eingemeindungsbestrebungen der Stadt mitzuwirken. Hartmanns Vorhaben blieb jedoch nicht unbekannt. In der Landgemeinde war man entrüstet. Die Amtsversammlung bezeichnete daraufhin die Aktion des Bürgermeisters als „Putschversuch schlimmster Art“.⁴⁹

Das Verhältnis von Land- und Stadtgemeinde wurde noch durch einen weiteren Vorgang belastet. Der Arbeiterrat hatte unmittelbar nach seiner Gründung bei Bürgermeister Hartmann angefragt, ob er bereit sei, die Leitung der Amtsverwaltung zu übernehmen, falls man Ohm aus seinem Amt entfernen würde. Hartmann hatte dies bejaht. Amtmann Ohm, dem die Zusage bald bekannt wurde, warf ihm danach vor, er habe wissen müssen, dass die Übertragung einer Gemeindeverwaltung nicht durch „örtliche vorübergehende sozialistische Revolutionsgebilde“ erfolgen könne. Auch durch andere Entscheidungen sah Ohm hinreichend belegt, dass Bürgermeister Hartmann nicht die nach seiner Ansicht gebotene Distanz zum Arbeiter- und Soldatenrat wahre. Er hielt ihm insbesondere vor, gegen Bauernrat und Bürgerwehr Stellung bezogen, ein geradezu „freundschaftliches Verhältnis“ zu den Führern des städtischen Arbeiterrats gepflegt zu haben. Als dessen Beirat habe er dafür gesorgt, allen bürgerlichen Elementen Einblick in die Tätigkeit des Arbeiterrats zu verwehren, damit er seine Pläne um so ungestörter habe durchführen können. All diese „Machenschaften“ der städtischen Verwaltung und besonders Bürgermeister Hartmanns waren nach Auffassung der Amtsverwaltung darauf ausgerichtet, Selbstständigkeit und Bestand des Amtes zu bedrohen. Deshalb legte sie dagegen „flammenden Protest“ ein und verlangte von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eine Erklärung, dass sie ein solches Treiben entschieden missbilligten.⁵⁰

Eine entsprechende Antwort der städtischen Kollegien auf diese Aufforderung ist nicht überliefert. Sie ist wohl auch nicht ergangen. Unübersehbar war inzwischen, Bürgermeister Hartmann und Amtmann Ohm vertraten

⁴⁹ StAWe D I 44, Schreiben von Amtmann Ohm an den Magistrat, 30.12.1918.

⁵⁰ Ebenda.

unterschiedliche Positionen im Hinblick auf den Umsturz und Arbeiter- u. Soldatenräte.⁵¹

Hartmanns Aktionen und sein Verhältnis zu den Entwicklungen seit dem 9. November blieben nicht ohne Auswirkungen auf seine politische Stellung und sein Ansehen in Stadt und Land, wie sich in den folgenden Monaten zeigen sollte.

Ungetrübt blieb das Verhältnis zwischen Bürgermeister Hartmann und dem Arbeiter- und Soldatenrat freilich nicht. Brennerei- und Gutsbesitzer Bernhard Moormann hatte sich im Verlauf des Krieges in mehreren Fällen von der Stadtverwaltung benachteiligt gefühlt. Er warf ihr vor, die Aufrechterhaltung seines Betriebes mit allen Mitteln erschwert und ihn persönlich kleinlichen Schikanen ausgesetzt zu haben. Diese Erfahrungen veranlassten ihn im Dezember 1918 schließlich, die Milchlieferungen an die Stadt zu reduzieren. Für Amtmann Ohm war diese Entwicklung nur auf die „Bockigkeit und Halsstarrigkeit“ des Bürgermeisters zurückzuführen. Auch der Arbeiter- und Soldatenrat meldete sich in dieser Sache zu Wort. Er kündigte an, den „nichtswürdigen Schikanen“ des Bürgermeisters gegen den alteingesessenen Bürger Moormann mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt gebieten zu wollen.⁵²

In der Stadt wusste man sich zeitweise auf die Tätigkeit insbesondere des Soldatenrates unmittelbar angewiesen. Seine Sicherheitsposten nahmen z. B. am 9. Dezember 1918 zwei Männer fest, die ein Militärauto gestohlen und durch Herumtreiben und unberechtigtes Waffentragen unter der Bevölkerung große Beunruhigung ausgelöst hatten.⁵³ Gegen die von radikalen Spartakusleuten Anfang Januar ausgehende Gefahr für die Einwohner und die Wahlen zur Nationalversammlung ergriff er besondere Abwehrmaßnahmen und stellte eine Reihe von Sicherheitsposten auf. Da die Kosten für die Absicherung der Wahlen nicht in voller Höhe vom Generalkommando übernommen wurden, beantragte der Arbeiter- und Soldatenrat, dass Stadt

⁵¹ Ebenda.

⁵² „Werner Zeitung“, 24.12.1918. Das Verhältnis zwischen Bürgermeister Hartmann und Moormann blieb auch in den nächsten Jahren gespannt. Als Hartmann 1920 in einem von Moormann verfassten Protokoll über eine Stadtverordnetenversammlung nachträglich eine Änderung vorgenommen hatte und es darüber zum Streit kam, warf Hartmann in einem Brief an Landrat Graf von Westphalen Moormann vor, er sei ihm „feindlich“ gesinnt und setze alles daran, ihn in seiner Amtstätigkeit in ehrverletzender Weise zu bekämpfen. StAWe C VII 31, Hartmann an Landrat Graf von Westphalen, 15.9.1920; Konzept.

⁵³ Werner Zeitung 13.12.1918

und Amt die Differenz übernehmen. Der Stadtrat bewilligte daraufhin sogleich den entsprechenden Anteil. Bei dieser Gelegenheit sprach die Versammlung dem Soldatenrat mit großem Nachdruck die Anerkennung der Stadtgemeinde „für die musterhafte Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ aus.⁵⁴

Der Arbeiterrat, sämtlich aus Bergleuten bestehend, war in seiner Existenz völlig abhängig von der Vergütung aus öffentlichen Kassen. Die Höhe dieser Kosten empfanden die Kommunen zunehmend als große Belastung. In Werne erhielt jedes Mitglied täglich 15 Mark. Hinzu kamen wöchentliche Bürokosten für den Rat in Höhe von 10 - 15 Mark. Der Magistrat teilte ihm bereits am 22. November mit, die Zahlungen überstiegen die Leistungsfähigkeit der Stadt.⁵⁵ Die Aussicht auf Erstattung durch Reichsbehörden und Militärkassen bewogen ihn aber, die entstandenen Kosten für den Arbeiterrat unter Vorbehalt der Erstattung zunächst weiter zu bezahlen. Im Dezember verließ ein Mitglied den Rat, der fortan nur noch aus vier Mitgliedern bestand. Großzügiger zeigte sich die Amtsversammlung. Sie bewilligte ohne Umstände bereits am 22. November 1918 einen Betrag von 5000 Mark zur Bestreitung der anteilmäßigen Kosten für das revolutionäre Organ.⁵⁶ Die Höhe der Vergütungen an die Mitglieder der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte löste übrigens bei den Frontsoldaten heftigen Protest aus. Der Soldatenrat jener Infanterie-Division, deren Kommandeur sich im Dezember in Werne einquartiert hatte, war empört. Er forderte den Armee-Soldatenrat zu einer Intervention bei der Reichsleitung auf, sie solle „die maßlosen Rechte und ungeheuren Lohn- und Gehaltszahlungen“ an die lokalen Räte sofort einschränken.⁵⁷

Um die Kostenfrage ging es zunächst auch auf der Sitzung der Stadtverordneten am 20. Dezember 1918, der ersten nach dem revolutionären Umbruch. Sie verdient besonderes Interesse, weil hier die Repräsentanten der Revolution und der alten Ordnung, der Arbeiter- und Soldatenrat, und die noch nach dem Dreiklassenwahlrecht bestimmte, ausschließlich vom Zentrum besetzte Stadtvertretung einander unmittelbar gegenübertraten. Der Verlauf der Sitzung ist aufschlussreich für das Selbstverständnis beider Organe und ihr Verhältnis zueinander.⁵⁸

⁵⁴ StAWe XIV/8, Stadtverordneten-Sitzung vom 23.1.1919.

⁵⁵ StAWe X III/5 Magistratsbeschlüsse 1918-1928, Sitzung vom 22.11.1918.

⁵⁶ StAWe XV/9, Sitzung vom 22.11.1918.

⁵⁷ „Werner Zeitung“ vom 14.12.1918.

Ohne sich um die geltenden Sitzungs-Regularien zu kümmern, nahm Leistner, der Sprecher des Arbeiter- und Soldatenrates, zu Beginn sogleich das Wort. Der Stadtrats-Vorsitzende unterbrach ihn und machte darauf aufmerksam, dass dazu ein Beschluss des Kollegiums notwendig sei. Er wurde daraufhin einstimmig gefasst. Leistner kritisierte sodann die Geschäftsordnung, beanstandete auch die Tagesordnung und verlangte obendrein die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. Daraufhin erwiderte der Stadtverordnete Theodor Gräve, seit zwei Jahrzehnten Führer der Christlichen Bergarbeiterschaft der Zeche Werne, das Kollegium sei nicht hierher gekommen, um sich vom Arbeiter- und Soldatenrat Vorhaltungen machen zu lassen, und wies alle Kritik am geplanten Sitzungsverlauf zurück. Entscheidend war sodann: Der Führer des Arbeiter- und Soldatenrats, wohl auch unerfahren in parlamentarischen Debatten, rhetorisch wenig geschult und sich seiner Machtlosigkeit gegenüber dem etablierten Gremium bewusst, gab jeden Widerstand auf. Er versuchte nicht mehr, Änderungen am Ablauf der Sitzung und an der Tagesordnung zu verlangen. Die Beratungen verliefen, wie vorgesehen. Offenkundig war damit geworden: Der Arbeiter- und Soldatenrat war nicht in der Lage, seinen Anspruch gegenüber dem bisherigen Stadtrat durchzusetzen. Mit dem Verlauf der Sitzung konnte der Arbeiter- und Soldatenrat dann aber durchaus zufrieden sein. Die Vergütung für seine Tätigkeit wurde gebilligt, allerdings unter der Voraussetzung, dass, wie angekündigt, die Kosten für den Soldatenrat von der Militärbehörde übernommen würden, was dann in der Tat auch geschah. Auf die Frage eines Stadtverordneten, ob der Arbeiter- und Soldatenrat, wie vorgesehen, bald auf zwei Mitglieder reduziert werde, erklärte Leistner, das sei nicht mehr möglich, weil große Unordnung aufgedeckt worden sei. Bei deren Behebung müsse der Rat mitwirken.

Am 10. Januar 1919 schien die revolutionäre Umsturzbewegung Werne doch noch erreicht zu haben. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte im November 1918 keine Amtsenthebungen in der Gemeindeverwaltung von Stadt und Amt Werne vorgenommen, auch nicht in die Personalstruktur von Unternehmen eingegriffen. Um so auffälliger, dass er an diesem Tag Direktor Eickelberg, Inspektor Voerster und Obersteiger Dördelmann von der Zeche Werne absetzte und die Zechanlagen durch Bewaffnete bewachen ließ.⁵⁹ Auf benachbarten Zechen, so auch auf „Viktoria“ in Lünen, wurde ebenso verfahren. Es scheint also ein Übereinkommen zwischen den benachbarten Arbeiterräten gegeben zu haben.

⁵⁸ StAWe XIV/ 8, Stadtverordneten-Sitzung vom 19.12.1918; „Werner Zeitung“ vom 24.12.1918.

Wo sind die Gründe für diese Aktionen zu suchen? Da Sozialisierungsmaßnahmen bis zum Jahreswechsel ausgeblieben waren, hatte sich in der Rätebewegung Enttäuschung breitgemacht. In ihren Reihen war die Bereitschaft gewachsen, die Umgestaltung der Wirtschaft in die eigene Hand zu nehmen. Ausdruck dieser Entwicklung war insbesondere die Forderung des Essener Arbeiter- und Soldatenrates von Anfang Januar, die Sozialisierung des Ruhrbergbaus durchzuführen. Auf seine Veranlassung kam es in Essen dann zur Besetzung des Kohlensyndikats und des Bergbaulichen Vereins, um die Kontrolle über die Zechenleitungen und den Kohlengroßhandel zu erreichen.⁶⁰ Der Werner Vorfall war offenbar Teil dieser Protestbewegung gegen das Ausbleiben von Sozialisierungsmaßnahmen im Steinkohlenbergbau. Er blieb aber eine kurze Episode. Amtsenthebungen und Zechenbesetzung wurden hier nach wenigen Tagen wieder aufgehoben.

Eingriffe örtlicher Räte in Bergbaubetriebe hatte es zuvor bereits gegeben. Das Innenministerium sah durch solche Störungen der Kohleförderung die „geordnete Durchführung der Demobilisierung und die Aufrechterhaltung der Volksernährung und eines geregelten Wirtschaftslebens aufs Äußerste gefährdet“. Die zentralen Arbeiter- und Soldatenräte wurden deshalb aufgefordert, derartigen Eingriffen mit allen Mitteln entgegenzutreten und die Behörden bei Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zu unterstützen.⁶¹

Am 15. Januar 1919 verlangte der Arbeiterrat der Stadt die Anhebung der Tagesvergütung auf 17,50 Mark. Der Magistrat lehnte den Antrag mit der Begründung ab, keiner der städtischen Beamten erhalte Tageseinnahmen in dieser Höhe.⁶² Wiederholte Bitten des Magistrats in den folgenden Wochen, die Zahl der Räte zu reduzieren, wurden stets abschlägig beschieden,⁶³ obwohl in der Stadt bekannt geworden war, dass der Arbeiterrat im Büro die Zeit teilweise mit Kartenspiel verbrachte.⁶⁴ Weil die spartakistische Bewegung zeitweise bedrohlich erschien, hielt die Stadtleitung es für angebracht, die Forderung nach Auflösung des Rates vorsichtig zu behandeln.⁶⁵ Bis Ende Februar erhielten alle vier Mitglieder (Wilhelm Dönicke, Hermann

⁵⁹ „Werner Zeitung“, 11.1.1919.

⁶⁰ Winkler: Weimar, S. 61.

⁶¹ StAWe Fun 48, Innenministerium an die Zentralen Arbeiter- und Soldatenräte in Münster, Coblenz und Breslau, 7.12.1918; an Regierungspräsident Münster, 15.12.1918.

⁶² StAWe C VI 33, Magistrat an Stadtverordnetenversammlung, 21.1.1919.

⁶³ Ebenda, Notiz BM Hartmann, 7.2.1919.

⁶⁴ Ebenda, Handschriftlicher Entwurf des Berichts von Bürgermeister Hartmann an die Bezirksregierung, 29.4.1919.

⁶⁵ Ebenda, Notiz Bürgermeister Hartmann, 21.2.1919.

Leistner, Dietrich Schaake, Johann Holtgrewe) die bisherige Vergütung von 15 Mark; dann schieden zwei aus. Ganz offensichtlich hatten die verbliebenen Mitglieder des Arbeiterrates an ihrer Stellung inzwischen Gefallen gefunden. Sie sicherte ihnen politische Rechte, war mit beachtlichem Anhengengewinn verbunden und, nicht zuletzt, gut dotiert. Trotz zunehmender Kritik von verschiedenen Seiten blieb der reduzierte Rat bemüht, für die Interessen vor allem der örtlichen Arbeiterschaft einzutreten, und widersetzte sich allen Versuchen, seine rasche Auflösung herbeizuführen.

Das Verhältnis zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Kommunalverwaltung war im *Amt Werne* stets distanzierter. Aufschlussreich für das Verhältnis beider zueinander ist eine vom dortigen Vorsitzenden des Arbeiterrates, Johann Holtgrewe, und Amtmann Ohm unterzeichnete Bekanntmachung vom 5. Dezember 1918.⁶⁶ Sie wies die Einwohner darauf hin, dass Hausdurchsuchungen, insbesondere nach Lebensmitteln, von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates nur in Begleitung von Polizeibeamten vorgenommen werden durften. Würden Hausdurchsuchungen von anderer Seite verlangt, seien dies „unlautere Machenschaften oder eigenmächtiges Vorgehen“ nicht dazu berechtigter Personen. In solchen Fällen sollte der Arbeiter- und Soldatenrat telefonisch benachrichtigt werden, der sofortige Abhilfe zusagte.

Wichtig erscheint: Früher als der Stadtrat bezog die Amtsversammlung eine entschiedenere, auf Begrenzung und Terminierung bedachte Position gegenüber dem Arbeiterrat. Sie bewilligte am 24. Januar 1919 den seit Jahresbeginn für die Zeche Werne erhöhten Hauer-Durchschnittslohn von täglich 17,50 Mk als Vergütung auch für die Rats-Mitglieder, band die Zusage aber an eine klare Bedingung: Mit dem Tag des Zusammentritts der Nationalversammlung am 6. Februar werde der Arbeiterrat auf weitere Entlohnung durch das Amt verzichten. Unterbliebe diese Erklärung, gelte die Zulage als nicht bewilligt. Entsprechend legte Amtmann Ohm der Amtsversammlung nahe, nach dem 6. Februar keine Zahlung mehr an den Rat zu leisten, mit der Begründung: Mit dem Zusammentritt der NV an diesem Tage sei die Revolution beendet und damit der eigentliche Zweck der Arbeiterräte, die Revolution zu sichern, weggefallen. Das Kollegium lehnte es daraufhin ab, weitere Aufwendungen für den Rat zu bewilligen, da die Revolution im Amt Werne ungestört verlaufen sei und Störungen

⁶⁶ „Werner Zeitung“, 7.12.1918.

auch nicht mehr erwartet würden. Dem Soldatenrat hingegen bewilligte die Amtsversammlung die Mehrkosten, die durch zeitweise erhöhte Sicherheitsbereitschaft im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung entstanden waren.⁶⁷ Bei diesem Beschluss zur Vergütung des Arbeiterrates blieb es dann aber doch nicht. Seinem Vorsitzenden Holtgrewe gelang es in einer Sitzung der Amtsversammlung am 13. Februar 1919, eine weitere tägliche Vergütung von 15 Mark ab dem 6. Februar für die Mitglieder des Rates zu erreichen.⁶⁸ Welche Gründe das Kollegium bestimmt haben, seine Haltung in dieser Frage zu ändern, erfahren wir nicht.

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, zur preußischen Landesversammlung und zu den Gemeindevertretungen

Noch im November 1918 setzte die MSPD im Rat der Volksbeauftragten gegen die USPD die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung durch. Sie allein sollte die Entscheidungen über die Gestaltung von Staat und Gesellschaft treffen. Als Wahltermin wurde der 19. Januar 1919 festgelegt. Es wurde eine *neue Wahlordnung* erlassen, die wichtige Änderungen gegenüber dem bisherigen Reichstags-Wahlrecht enthielt. *Das Wahlalter wurde von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt. Das Frauenwahlrecht wurde eingeführt.* An die Stelle des früheren Mehrheitswahlrechts, bei dem in Einer-Wahlkreisen ein Abgeordneter bestimmt wurde, trat das *System der Verhältniswahl*. Es war reines Parteienwahlrecht. Der Wähler konnte in Wahlkreisen lediglich die Liste wählen, nicht die Persönlichkeit des einzelnen Kandidaten. Damit sollte die Zusammensetzung des Parlaments möglichst weitgehend dem zahlenmäßigen Anteil der rivalisierenden Parteien entsprechen und ein Spiegelbild der politischen Strömungen der Bevölkerung bieten.

Dieser Ordnung entsprachen die Gesetze sowohl für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Preußen am 26. Januar als auch für die Gemeindewahlen am 2. März 1919. Die bestehenden, noch nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Gemeindevertretungen wurden aufgelöst.⁶⁹

⁶⁷ StAWe XV/9, Sitzung vom 24.1.1919.

⁶⁸ Ebenda, Sitzung vom 13.2.1919.

⁶⁹ StAWe D I 31, Preußische Gesetzsammlung, Jg. 1919, Nr. 6, Verordnung vom 24. Januar 1919.

Mit Ankündigung der Wahlen auf Reichs-, Landes- und Gemeindeebene setzte in Stadt und Amt Werne sogleich der Wahlkampf ein. Insbesondere von Seiten der *Zentrumspartei*.

Nach Auffassung vieler Katholiken hatte mit einer Reihe schulpolitischer Entscheidungen des neuen preußischen Kultusministers Adolph Hoffmann (USPD) ein neuer Kulturkampf begonnen. Hoffmanns Programm sah nicht nur die Abschaffung der örtlichen Schulaufsicht durch Geistliche, der Konfessionsschule, des schulischen Religionsunterrichts sowie die Aufhebung der theologischen Fakultäten an den Universitäten vor, sondern es erleichterte auch den Kirchenaustritt, nahm damit eine Forderung der sozialistischen Parteien sowie vieler Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte auf, denen diese Maßnahme als wichtige Hilfe für ihren Kampf gegen Kirche und Religion galt.⁷⁰

Heftiger Widerspruch gegen diese kulturpolitischen Entscheidungen der revolutionären preußischen Regierung erhob sich sowohl von seiten des katholischen Episkopats als auch der evangelischen Kirchenbehörden und großer Teile der Öffentlichkeit. Die preußischen Bischöfe riefen in einem Hirtenbrief am 20. Dezember 1918 zum Widerstand gegen das „frevelhafte Unrecht“ auf.⁷¹

Der Ruf verhallte nicht ungehört. Die Zentrumspartei rückte den Kampf gegen die Kulturpolitik der preußischen Regierung in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Sie bot ihr eine willkommene Gelegenheit, das katholische Lager, das von manchen Auflösungstendenzen bedroht war, in der Abwehr dieser Angriffe noch einmal zusammenzufassen. Ein gutes Beispiel dafür bieten auch die Verhältnisse in Stadt und Land Werne.

Das Zentrum vor Ort verfügte bei der Organisation des Wahlkampfes über vielfältige, in den letzten Jahrzehnten gewonnene Erfahrungen. Es konnte sich auf den Klerus und das Netzwerk der kirchlichen Vereine, auf die christlichen Gewerkschaften vor Ort und nicht zuletzt auf die wichtige Hilfe des mitgliederstarken Volksvereins für das Katholische Deutschland stützen, der seit seiner Gründung 1890 gegen die sozialdemokratischen Vereine Stellung bezog. Mit seinem an der Sozialzyklika *Rerum novarum* von Papst Leo XIII. orientierten Sozialprogramm⁷² wandte er sich insbesondere an die untere Mittelschicht und die Arbeiterschaft. Die

⁷⁰ Huber V, S. 883.

⁷¹ Zitiert nach Huber, S. 889; dort auch Angaben zur Abmilderung der Gesetze durch das Preußische Gesamtkabinett seit dem 18.12.1918.

⁷² Ribhegge, S. 256.

Zentrums-Führung vor Ort war bemüht, sich den gewandelten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Auch personell stellte sich die Partei neu auf. Im Dezember wurde ein neuer Vorstand mit Rechtsanwalt Capelle als Vorsitzenden gewählt. Bestimmt wurden außerdem zehn Beisitzer und 50 Bezirksleute. Neu war: Die Ergänzung des Vorstandes durch Vertreterinnen der Frauen, die in einer Frauenversammlung gewählt werden sollten.⁷³ Das Zentrum legte großen Wert darauf, dass insbesondere der gewerbliche Mittelstand angemessen in den Kreis- und Ortskomitees vertreten war. Unterrepräsentiert blieben darin vor allem Arbeiter.⁷⁴

Eine Vielfalt von Aktivitäten verdeutlicht Zielsetzung und Formen des Zentrum-Wahlkampfes vor Ort. Einige Beispiele. Anfang Dezember wurden vielbesuchte Agitationsveranstaltungen abgehalten, zu denen insbesondere die Frauen eingeladen waren. Vertrauensleute gingen von Haus zu Haus und warben für die „einzige auf christlichem Boden stehende Volkspartei“.⁷⁵ Hauptangriffspunkt war die Sozialdemokratie. „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“⁷⁶ „Wollt ihr verhindern, dass wir alle, Bürger, Arbeiter, Bauern unter dem zusammenkrachenden Staatsgebäude begraben werden, so dürft ihr nicht sozialdemokratisch wählen. Denkt an die Sünden der Revolution! Haltet am Wahltage Eure Abrechnung mit der unfähigen sozialistischen Regierung! Die Lehre der Sozialisten steht im schroffsten Gegensatz zum christlichen Glaubensbekenntnis.“⁷⁷ Im Mittelpunkt der Kritik standen die Schul- und Kirchenpolitik der preußischen Regierung, die Revolution und ihre Folgen, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Der Sekretär der Christlichen Gewerkschaften, Stettner, bezeichnete das Vorgehen der Regierung als „ungesetzmäßig“ und „brutal“ und rief alle zur Wahl des Zentrums auf, weil nur diese Partei für die Rechte der Kirche eintrete und für einen gerechten Ausgleich der Stände Sorge.⁷⁸ In einer großen Veranstaltung wenige Tage vor dem Wahltermin trat als Rednerin die Lehrerin Anna Beul auf, die sich engagiert für die Erhaltung der konfessionellen Schule einsetzte.⁷⁹ Aus der Sicht des Zentrums hatten die Arbeiter- und Soldatenräte die Freiheit, die

⁷³ „Werner Zeitung“ vom 10.12.1918.

⁷⁴ „Werner Zeitung“ vom 19.12.1918. Smula weist S. 172 f darauf hin, dass Arbeiter, Angestellte und Industrielle in den Gremien auf Orts-, Kreis- und Provinzebene stark unterrepräsentiert waren.

⁷⁵ „Werner Zeitung“, 19.12.1918.

⁷⁶ „Werner Zeitung“, 16.1.1919.

⁷⁷ „Werner Zeitung“, 18.1.1919.

⁷⁸ „Werner Zeitung“, 13.12.1918.

⁷⁹ „Werner Zeitung“, 11.1.1919.

das deutsche Volk sich durch die Revolution errungen habe, „mit Waffengewalt geknebelt“ und „den äußeren und inneren Zusammenbruch“ erst herbeigeführt. Durch sie werde die politische Freiheit behindert, um die „Herrschaft der Sozialdemokratie“ aufrecht zu erhalten.⁸⁰ Von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Mobilisierung der Zentrumswähler war, dass die „Werner Zeitung“ in ihrer Berichterstattung und Kommentierung uneingeschränkt die Position der Zentrumsparlei unterstützte.

Sie warb auch um die evangelischen Wähler, indem sie sich als interkonfessionelle und christlich-demokratische Volkspartei bezeichnete. Zugleich war sie bemüht zu demonstrieren, dass sie sich auf die neuen politischen Verhältnisse eingestellt hatte. Sie trat ein für gleiches Wahlrecht, für Verhältniswahl, für Frauenwahlrecht, für Wahlpflicht bei allen Abstimmungen, für „Volksregierungen, die des Vertrauens der Volksvertreter für ihre Amtsführung bedürften“, für Ausbau der Selbstverwaltung; für gleichberechtigte Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinden „ohne Klassenbevorzugung“.

Um Stimmen warben auch die *liberalen Parteien*, die in der Lippestadt bisher kaum eine Rolle gespielt hatten. Ihre Anhänger vor Ort verständigten sich vorab zwar darauf, nicht einen Kampf untereinander zu entfachen, sondern sich darum zu bemühen, die bürgerlichen Stimmen zu wecken und zu sammeln.⁸¹ Es kam aber dann doch anders. In einer gut besuchten Versammlung im Gesellenhaus verlangte der Redner der rechtsliberalen *Deutschen Volkspartei (DVP)*, Dr. Kissenkötter aus Münster, eine weitgehende Förderung des Mittelstandes, plädierte für den Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien, attackierte die Sozialdemokratie, aber auch die linksliberale *Deutsche Demokratische Partei (DDP)*, der er, wie der SPD, eine internationale Ausrichtung vorwarf. Die DDP hat sich im Stadtgebiet mit eigenen Veranstaltungen offenbar nicht zu Wort gemeldet. Von Seiten des Zentrums wurde sie angegriffen, weil sie ebenfalls die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche vertrat.

Auch die *Deutschnationale Volkspartei (DNVP)*, eine Neugründung aus den konservativen Parteien der Vorkriegszeit und der Vaterlandspartei mit dem Ziel der Restauration des vorrevolutionären Staats- und Gesellschafts-systems, trat in Werne in Erscheinung. Unter Leitung des hier ansässigen

⁸⁰ „Lüdinghauser Zeitung“, 18.12.1918, Artikel „Die Arbeiter- und Soldatenräte“.

⁸¹ „Werner Zeitung“, 9.1.1919.

Regierungsbaumeisters Voß, der zu Beginn betonte, die Partei bestünde nicht aus den früheren Konservativen, diese hätten nur beschlossen, für sie zu stimmen, hielt sie Wahlkampfveranstaltungen ab. Die Redner, der Eisenbahnlandmesser Lange und Professor Dr. Krückmann aus Münster, stellten am 11. Januar 1919 in einer gut besuchten Versammlung als Ziele der Partei heraus: das Wiedererstarken zu einer „selbstbewussten, wehrhaften Nation“, Förderung der Landwirtschaft, Besserung der wirtschaftlichen Lage des Kleingewerbes, des Kaufmanns- und Handwerkerstandes, der Beamten und Angestellten.⁸²

Nachrichten über Wahlkampfaktivitäten der *Mehrheits-Sozialdemokratischen Partei (MSPD)* liegen uns kaum vor. In der Gastwirtschaft Möllenbrink hat sie eine Wahlversammlung abgehalten, die sich nur an Frauen wandte.⁸³ Wie sich die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD)* präsentiert hat, bleibt uns unbekannt.

Für die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar und zur Preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 war das *Stadtgebiet in zwei Stimmbezirke* eingeteilt: Stimmbezirk 1 umfasste die Altstadt und die Häuser östlich der Horne; Wahllokal war die Gastwirtschaft Jordan an der Bonenstraße. Zum Stimmbezirk 2 gehörten die Bewohner der Feldmark westlich der Horne; sie gaben ihre Stimme in der Schule am Steintor ab. Die Zahl der Wahlberechtigten vervielfachte sich gegenüber der Reichstagswahl von 1907. Damals waren in der Stadt Werne (3412 Einwohner) 581 Männer stimmberechtigt gewesen. Mit Einführung des Frauenwahlrechts und Absenkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre weitete sich die Zahl der Wahlberechtigten 1919 (ca. 5000 Einwohner) auf 2356 Männer und Frauen aus.

Im *Amtsbezirk Werne* bildeten in der Landgemeinde Werne die Bauerschaft Evenkamp den Stimmbezirk eins, die übrigen sechs Bauerschaften den Stimmbezirk zwei. Weitere Stimmbezirke waren Stockum (mit Stockum, Wessel und Horst) und Capelle. Der Kreis Lüdinghausen gehörte zum Wahlbezirk Münster-Minden-Lippe.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung war die Beteiligung außerordentlich hoch. Sie lag in der

⁸² „Werner Zeitung“, 16.1.1919.

⁸³ „Werner Zeitung“, 18.1.1919.

Ergebnisse (in %) der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919

	SPD	USPD	Z	DDP	DVP	DNVP	Wbt
Reich	37,5	7,6	19,7	18,5	4,4	10,3	83,0
Prov. Westf.	35,4	3,9	36,3	9,2	2,9	12,1	
Stadt Werne	22,0	-	72,9	0,8	2,4	1,9	93,7
Landg. Werne	28,0	-	67,3	0,4	3,0	0,5	83,7
a) Evenkamp	44,7	-	47,4	0,5	6,0	1,2	80,0
b) übrige							
Bauerschaften	9,4	-	89,4	0,5	0,6		88,2
Stockum	6,3	-	93,7				
Capelle	2,2	-	97,8				
Rünthe	76,2	-	17,4	3,0		3,4	

„Werner Zeitung“⁸⁴

Stadt bei 93,7, in der Landgemeinde bei 83,7 Prozent. Es zeigte sich: Die kirchenfeindliche Politik des Kultusministers Adolph Hoffmann hatte der *Zentrumspartei* unverhoffte Möglichkeiten der Mobilisierung des katholischen Milieus geboten, und ihre Strategie erwies sich als erfolgreich. Mit großem Abstand blieb sie stärkste Partei, am deutlichsten in der Altstadt Werne (Stimmbezirk 1), in Stockum und in Capelle. Gegenüber der Reichstagswahl von 1907 hatte sie aber z. T. erhebliche Rückgänge zu verzeichnen (von 86,7 auf 72,9 Prozent), am größten im Stimmbezirk Werne-West und in Evenkamp. Entsprechend legte die *Sozialdemokratie* in den stärker von der Industrialisierung erfassten Ortsteilen zu. In der Bauerschaft Evenkamp (Stimmbezirk 1 im Amt Werne), Standort der Zeche mit ihrer großen Bergarbeitersiedlung, erreichte sie mit 44,7 Prozent fast das Zentrum (47,4 Prozent). Selbst im Stadtgebiet kam sie jetzt auf 22 Prozent, in Werne-West mit seinen vielen Neuansiedlern bereits auf 31,6 Prozent. In Rünthe hatte sich die Parteienkonkurrenz von SPD (76,2 Prozent) und Zentrum (17,4 Prozent) inzwischen völlig umgekehrt. Die USPD, die sich 1917 von der SPD abgespalten hatte, trat damals in Werne noch nicht an. Die übrigen Parteien spielten nur eine marginale Rolle. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (*DDP*), im Reichsdurchschnitt mit 18,5 Prozent der Stimmen erfolgreichste bürgerliche Partei, blieb in Stadt und Land Werne unter einem Prozent.

⁸⁴ „Werner Zeitung“, 21.1.1919.

Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung in den Stimmbezirken⁸⁵

	Zentrum	SPD	DNVP	DVP	DDP	ungültig	Wahlbe- rechtigte	Wähler	Wahlbe- teiligung
Stadt Werne									
St.Bez. 1	1001 81,6 %	177 14,4 %	18 1,5 %	15 1,2 %	15 1,2 %	4	1321	1227	92,9 %
St.Bez. 2	608 62,0 %	310 31,6 %	23 2,3 %	38 3,9 %	2 0,2 %	4	1035	980	94,6 %
insges.	72,9 %	22,0 %	1,9 %	2,4 %	0,8 %		2356	2207	93,7 %
Amt Werne									
St.Bez. 1	622 47,4 %	587 44,7 %	16 1,2 %	79 6,0 %	7 0,5 %		1521	1311	86,2 %
St.Bez. 2	902 89,4 %	95 9,4 %	6 0,6 %	5 0,5 %	-		1097	1008	91,9 %
insges.	65,7 %	29,4 %	0,9 %	3,6 %	0,3 %		2618	2319	88,6 %
Stockum	518 93,7 %	35 6,3 %						553	
Capelle	305 97,8 %	7 2,2 %					328	312	95,1 %
Stadt und Amt W.	3956 73,9 %	1211 22,6 %	57 1,1 %	99 1,8 %	26 0,5 %			5349	
Kreis Lüdingh	74,0 %	22,8 %	0,4 %	1,9 %	0,5 %				91,8 %
Rünthe	258 17,4 %	1128 76,2 %	51 3,4 %		44 3,0 %			1481	
Heil	23 12,4 %	117 63,2 %	43 23,2 %		2 1,1 %			185	

Deutlich besser schnitt die Demokratische Volkspartei (*DVP*) ab, die frühere Nationalliberale Partei. Sie erreichte in Werne-West und Evenkamp 3,9 bzw. 6 Prozent der Stimmen. Hinter ihr blieb die Deutschnationale Volkspartei (*DNVP*), wie sich die Konservativen jetzt nannten, deutlich zurück. Nur in Werne-West kam sie auf über 2 Prozent.

⁸⁵ Errechnet nach den Angaben der „Werner Zeitung“ vom 21.1.1919; die Daten für den Landkreis Lüdinghausen bei Smula, S. 148.

Für die **Wahl zur Preußischen Landesversammlung** eine Woche später mobilisierte das Werner Zentrum noch einmal seine Wähler. Zum einen insbesondere die Arbeiter. Es wies Kritik der SPD, die ihm „Verrat der Arbeiterinteressen“ vorgeworfen hatte, zurück und hob seine Mitwirkung an der sozialpolitischen Gesetzgebung, vor allem sein frühes Eintreten für die Einführung des Achtstundentages im Bergbau hervor. Zum anderen die Bauern. Vor allem an sie wandte sich der Parteisprecher aus Münster in einer Versammlung im Gesellenhaus. Im Hinblick auf die Politik des preußischen Kultusministers Hoffmann betonte er, es gehe um die Verteidigung „unserer heiligsten Güter“ und um den Kampf für die „christlichen Kulturgüter“.⁸⁶

DVP und *DNVP* hielten eine gemeinsame Volksversammlung im Gesellenhaus ab. Für die *DVP* trat dabei eine Frau als Hauptrednerin in Erscheinung. Die *DNVP* entschloss sich, den Wahltag sogleich zur Gründung einer Ortsgruppe Werne zu nutzen.⁸⁷

Bei der Wahl zur Preußischen Landesversammlung konnte das Zentrum in der Stadt Werne seine Position mit 82,0 Prozent erheblich verbessern. Die SPD kam nur auf 14,4 Prozent.⁸⁸

In der Stadt Werne und ihren Umlandgemeinden, wie im ganzen katholischen Münsterland, war das Zentrum, auch nach Einführung des Frauenwahlrechts und der Herabsetzung des Wahlalters, also bedeutendste Kraft geblieben. Es war noch immer eine im wesentlichen katholische Partei, und auch in der neuen Republik wurde die katholische Bevölkerung in ihrem Wahlverhalten durch ihre Konfessionszugehörigkeit stärker bestimmt als durch alle Wechselfälle der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. 1918/19 hatte die Partei begonnen, eine neue Organisationsstruktur aufzubauen. Aus den früheren Komitees wurden Orts- und Kreisverbände. Ihre Vorstände wurden von den Mitgliedern oder Delegierten gewählt. Der Einfluss des Klerus trat zurück. Das Zentrum verlor seinen Charakter als Honoratiorenpartei, entwickelte sich allmählich zur Mitgliederpartei. Allerdings wurde es nicht von allen Katholiken gewählt, und es verlor, wie wir sehen werden, bis 1933 zunehmend Wähler. Vorkriegsresultate von 90 - 97 Prozent der Stimmen erreichte es nach 1919 nur noch bei der Landbevölkerung, namentlich in den Werner Bauerschaften und den Gemeinden Stockum und Capelle. In der Geschichte der Weimarer Republik

⁸⁶ „Werner Zeitung“, 23.1.1919.

⁸⁷ „Werner Zeitung“, 28.1.1919.

⁸⁸ Vgl. die Ergebnislisten in: StAW C VII 17.

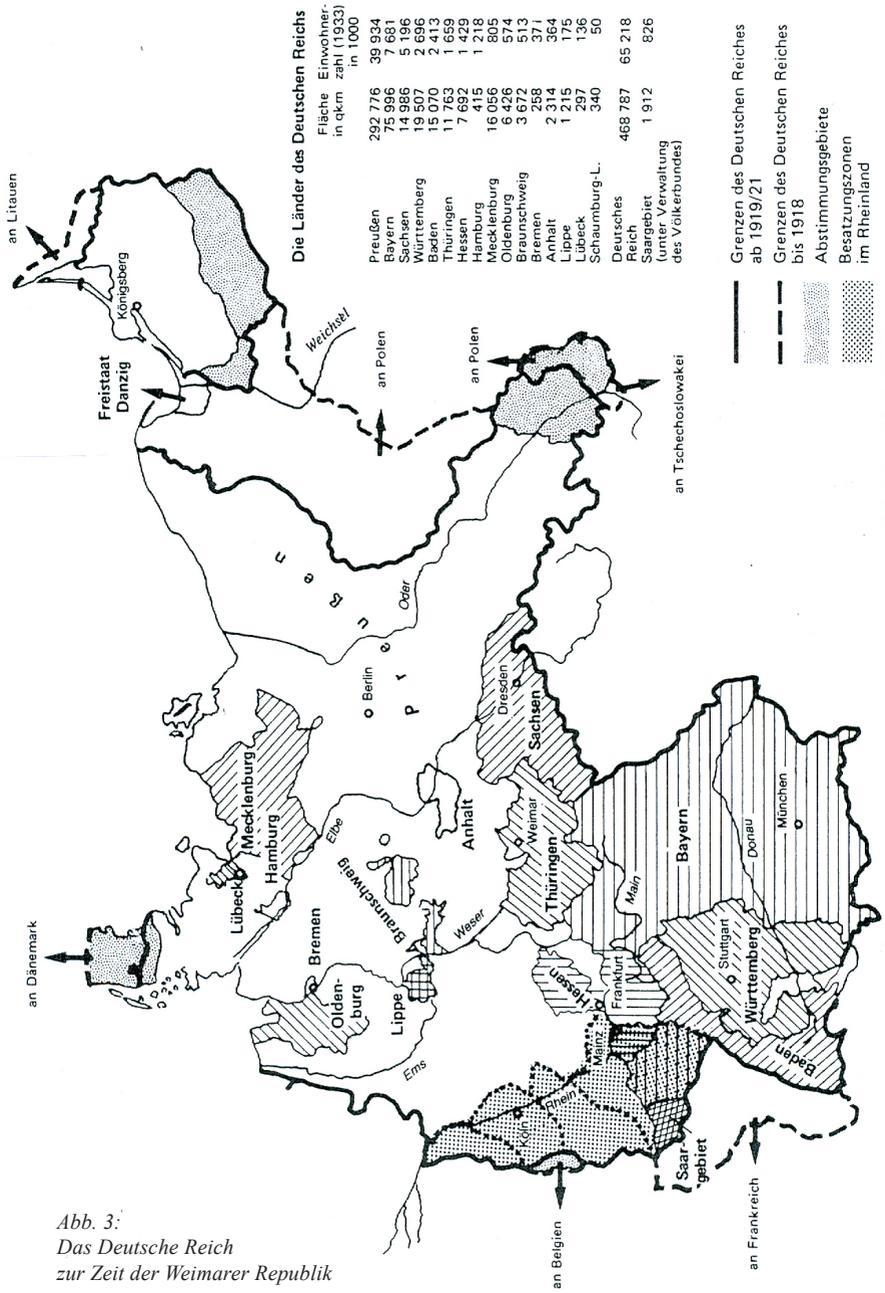


Abb. 3:
 Das Deutsche Reich
 zur Zeit der Weimarer Republik

spielt die Zentrumsparterie eine bedeutende Rolle. Von Februar 1919 bis Ende Mai 1932 ist sie ohne Unterbrechung an allen Reichsregierungen beteiligt gewesen. Mehrfach stellte sie den Reichskanzler.

Im Reich (s. Abb. 3) schlossen sich SPD, Zentrum und DDP 1919 zur „Weimarer Koalition“ zusammen und setzten damit das Parteienbündnis der Regierung des Prinzen Max von Baden vom Oktober 1918 fort. In Preußen wurde ebenfalls eine solche Koalitionsregierung gebildet.

Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen

Eine wichtige Wahl stand jetzt noch bevor. Am 2. März 1919 war über die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen auf der Grundlage des neuen Wahlrechts zu entscheiden. Für die Formierung der politischen Interessen vor Ort sind Verlauf und Ergebnis der Kommunalwahlen in mancher Hinsicht besonders aufschlussreich.

a) Die Wahlen in der Stadt Werne

Nach dem neuen preußischen Gemeindewahlrecht durften Wahlvorschläge nicht mehr Namen enthalten als Gemeindeverordnete zu wählen waren, und sie mussten von jeweils mindestens 100 Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

Bürgermeister Hartmann zeigte sich zunächst ganz zuversichtlich, das Wahlgeschäft werde ziemlich einfach sein, weil aussichtsreiche Eini-gungsverhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Bürgerparterie geführt würden.⁸⁹ Tatsächlich kam eine Verabredung zwischen der Zentrumsparterie und den Sozialdemokraten zustande. Danach sollte in Stadt und Land jeweils nur eine gemeinsame Liste aufgestellt werden. Auf ihr sollte die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Stimmzahl in den beiden Januarwahlen vertreten sein, in der Stadt demnach mit vier, in der Landgemeinde mit drei Sitzen.

Die Zentrumsparterie nahm indes einen Vorfall zum Anlass, um dieses Abkommen aufzukündigen. Die „Werner Zeitung“⁹⁰ hatte berichtet, dass sich in einer Bergarbeiterversammlung ein Mitglied des Arbeiterrates als Spartakist bezeichnet und der Vorsitzende sich selbst als Anhänger des Kommunismus ausgegeben habe. Am gleichen Tag hatte der Arbeiter- und Soldatenrat zu einer öffentlichen Versammlung auf dem Marktplatz

⁸⁹ „Werner Zeitung“, 13.2.1919, Stadtverordneten-Sitzung vom 11.2.1919.

⁹⁰ „Werner Zeitung“, 18.2.1919.

aufgerufen, in deren Verlauf, wie die Zeitung mitteilte, „mit den aufreizendsten Reden und in wüster Art“ gegen namentlich genannte Bauern „gehetzt“ worden sei. Der Vorwurf lautete: sie hätten oftmals ihre kriegswirtschaftlichen Ablieferungspflichten nicht erfüllt. Der Bericht schloss mit der Feststellung: „Die Versammlung hat die Sicherheit von Leben und Eigentum, besonders auf dem Lande, schwer gefährdet“.

Das Zentrum entschied sich daraufhin, eine eigene Wahlliste aufzustellen, mit der Begründung, die von den Sozialdemokraten präsentierten Kandidaten stünden z. T. nicht auf dem Boden der Gesetze und stifteten, wie die Ereignisse vom Vortag bewiesen hätten, Unruhe und Unsicherheit. Die Folge war: Jetzt begann doch ein Wahlkampf um die 18 Mandate im Stadtrat.

Die *Zentrumspartei* legte eine Liste vor, die ihr Bemühen demonstrierte, möglichst viele Berufsstände und Interessen zu repräsentieren. Sie enthielt zu etwa jeweils einem Drittel Bergleute, Vertreter des gewerblichen Mittelstandes und des gehobenen Bürgertums. Angeführt wurde die Liste von Theodor Gräve, dem Vorsitzenden des Lokalkomitees des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Gegen die Zentrumsliste trat der „*Wahlvorschlag der vereinigten Altbürger und Arbeiterschaft der Stadt Werne*“ an. An erster Stelle stand der Brennerei- und Gutsbesitzer Bernhard Moormann, auf dessen Initiative vermutlich die Bildung dieser Liste maßgeblich zurückzuführen ist. Besonders bemerkenswert: Unter ihren 18 Namen befanden sich vier sozialdemokratische Kandidaten, und zwar, auf den Plätzen 4 bis 7, was sich als folgenreich erweisen sollte.

In der sozialen Schichtung lassen sich zwischen Gräve- und Moormann-Liste nur geringfügige Unterschiede ausmachen, ebenso in der Konfessionszugehörigkeit. Ein deutlicher Kontrast ergab sich freilich durch die Aufnahme der SPD-Bewerber. Was die beiden Listen vor allem voneinander trennte, war offenbar eine Vielzahl seit langem bestehender Animositäten und Rivalitäten zwischen Kandidaten beider Lager. Die „*Werner Zeitung*“, mit den Interna der Stadtgesellschaft gut vertraut, kam zu dem Schluss, „dass die Bürgerschaft trotz Weltkrieg und Revolution die alte geblieben ist, auch in ihrem Hader und Zwist.“⁹¹

Die Wahlordnung sah vor, dass in Orten unter 10.000 Einwohnern die Wahlvorschläge auch von weniger als 100 Wählern unterzeichnet sein

⁹¹ „*Werner Zeitung*“, 25.2.1919.

könnten, mindestens aber 20 Unterschriften tragen müssten. Die Stadtvertretung beschloss am 11. Februar 1919, an der Zahl von mindestens 100 festzuhalten, „damit nicht jeder Biertisch einen Wahlvorschlag einreichen“ könne.⁹² Beide Wahlvorschläge wurden demnach von jeweils 100 Wählern unterzeichnet. Zu ihnen gehörten auch viele Frauen. Auf beiden Kandidatenlisten sucht man hingegen einen Frauennamen vergebens.⁹³

Nach der Wahlordnung mußte sich der Wähler für einen dieser Wahlvorschläge entscheiden. Es genügte, dass auch nur ein Name zur Bezeichnung des Wahlvorschlags markiert wurde.

Zu wählen waren am 2. März 1919 nur die Gemeindevertretungen. Die Magistratsmitglieder und Gemeindevorsteher sollten hingegen nach dem neuen Gemeindewahlrecht bis zum Ende ihrer Wahlperiode im Amt bleiben.⁹⁴

Hatte die Beteiligung bei den Januarwahlen fast überall deutlich über 90 Prozent gelegen, sank sie am 2. März 1919 erheblich darunter. Von den 2356 Wahlberechtigten in der Stadt gaben nur 1787 (75,8 Prozent) ihre Stimme ab.

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl in Werne am 2. März 1919⁹⁵

	Abgegebene Stimmen	Gültige Stimmen	Stimmen für Liste I	Stimmen für Liste II
Stimmbezirk I (Altstadt W.)	978	971	753 (77,5%)	218 (22,5%)
Stimmbezirk II (W. westl. der Horne)	809	806	552 (68,5%)	254 (31,5%)
Wähler insgesamt	1787	1777	1305 (73,4%)	472 (26,6%)

Die Zentrumsliste (I) erzielte fast eine Dreiviertel-Mehrheit. Danach entfielen auf sie 13 Sitze im Stadtrat. Die Moormann-Liste (II) kam hingegen nur auf fünf Sitze. Für die Sozialdemokraten bedeutete dieses Ergebnis, dass von ihren vier Kandidaten nur die beiden ersten ein Mandat erhielten. Nicht ohne Schadenfreude hielt das Zentrum ihnen unter Bezug auf

⁹² Ebenda.

⁹³ StAWe C VII 35; dort die Wahlvorschläge 1 und 2 und die Listen der Unterzeichner.

⁹⁴ StAWe D I 31, Erlass des preuß. Innenministers vom 15.3.1919.

⁹⁵ Errechnet nach den Angaben in: StAWe C VII 35.

das Wahlergebnis vom 19. Januar vor, mit einer eigenen Liste hätten sie mindestens vier Sitze errungen. Da zudem nur einer der beiden Gewählten, nämlich der Bergmann Anton Südfeld, als Arbeiter anzusprechen sei, hätten sie in der Stadt Werne „glatten Verrat an den Arbeiterinteressen“ verübt.⁹⁶ Zweifellos waren die Sozialdemokraten, die bei den Januar-Wahlen 22 Prozent der Stimmen in der Stadt erreicht hatten, als Folge ihrer ungünstigen Platzierung auf der Liste II mit nur zwei von 18 Sitzen im Stadtrat unterrepräsentiert. Der erste Vertreter der SPD, der Vizefeldwebel Wenge, nahm sein Mandat offenbar nur kurze Zeit wahr. Für ihn trat dann der nächstplatzierte auf der Liste, der Bergmann Dietrich Schaake, zugleich noch Mitglied des Arbeiterrates, in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Die neue Stadtverordnetenversammlung (s. Anhang II,1) bot in ihrer personellen Zusammensetzung ein stark verändertes Bild gegenüber der bisherigen, nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten. Aus dem Vorkriegs-Rat gehörten dem neuen, um sechs Köpfe vergrößerten Kollegium nur noch die beiden Listenführer an, Bergmann Theodor Gräve und Brennerei- und Gutsbesitzer Bernhard Moormann. Am auffälligsten in der beruflichen Struktur: Handwerker nahmen ein Drittel der Sitze ein, Bergleute nahezu den gleichen Anteil. Deutlich schwächer vertreten waren mittelständische Gewerbetreibende.

Kommunalwahlen in den Amtsgemeinden am 2. März 1919

Komplikationsloser verliefen die Wahlen in den Amtsgemeinden. In der *Landgemeinde Werne* waren zwölf Verordnete zu wählen, und zwar, nach dem Ortsstatut, sechs aus Evenkamp und je einer aus den anderen sechs Bauerschaften. Wahllokal war das Gesellenhaus.⁹⁷ Drei Wahlvorschläge wurden zunächst vorgelegt, darunter je einer vom Zentrum und den Sozialdemokraten. Jeder war von jeweils 100 Namen unterzeichnet, darunter auch vielen Frauen. Zu einem Zwischenfall war es beim Sammeln dieser Unterschriften in der Kolonie Evenkamp gekommen. Bergmann Anton Südfeld, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, wurde von bewaffneten Spartakisten festgehalten. Sie entrissen ihm ein Blatt mit Unterschriften, die dann nachgereicht werden mussten.⁹⁸ In Verhandlungen zwischen den Parteien verständigte man sich schließlich auf eine gemeinsame Liste. Sie orientierte sich an den Stimmenanteilen, die die Parteien in den beiden Ja-

⁹⁶ „Werner Zeitung“, 4.3.1919.

⁹⁷ StAWe D I 36, Gemeinderatsprotokoll 4.2.1919.

⁹⁸ StAWe D I 36, Protokoll des Wahlvorstandes, 23.2.1919.

nuarwahlen erzielt hatten. Dementsprechend wurden den Sozialdemokraten drei der zwölf Sitze im Gemeinderat eingeräumt. Mit der Verständigung auf dieses Verfahren wollte man offenbar zugleich der verbreiteten Wahlmüdigkeit Rechnung tragen.⁹⁹ Weil also nur ein Wahlvorschlag präsentiert wurde, gab es nichts auszuwählen. Die Folge war, dass nur 12 der 2618 Wahlberechtigten überhaupt ihre Stimme abgaben. Der 12köpfige Gemeinderat war damit gewählt. Die stärkste Gruppe stellten die Bergleute mit vier Sitzen. Ihnen folgten Landwirte und Handwerker mit je drei Vertretern. Aufschlussreich ist, dass auch der Geschäftsführer der Zeche Werne, Karl Hellhammer, in dieses Kollegium gewählt wurde. Aus dem alten Gemeinderat kamen nur mehr zwei Mitglieder.¹⁰⁰ (s. Anhang II, 2) In *Stockum (mit Horst und Wessel)* wurde ebenfalls ein gemeinsamer Wahlvorschlag mit sechs Kandidaten für den Gemeinderat vorgelegt. Die Liste führte drei Handwerker, zwei Landwirte und einen Bergmann auf. Die Wahlbeteiligung war auch hier schwach, aber mit 35 Wählern doch höher als in der Landgemeinde Werne. Keiner der neuen Gemeindeverordneten war Mitglied in der früheren Ortsvertretung gewesen.¹⁰¹ (s. Anhang II,3) Etwas anders verlief die Wahl in der Gemeinde *Capelle*. Hier wurden zwei Wahlvorschläge eingereicht. Von jedem wurden drei Verordnete gewählt.¹⁰²

Die neu gewählten Organe der Kommunalverwaltung in Stadt und Amt Werne nahmen sogleich ihre Arbeit auf. Am besten informiert sind wir über ihre Tätigkeit in der Stadt Werne. Ihr soll zunächst unser Interesse gelten.

In den Stadtratswahlen der Vorkriegszeit hatte das Zentrum in Werne, begünstigt durch das Dreiklassenwahlrecht, stets alle Mandate gewonnen. Im neuen Stadtrat trat nun den 13 Zentrumsvertretern eine fünfköpfige Gruppe gegenüber. Sie wurde angeführt von Bernhard Moormann, der zwischen 1892 und 1914 bereits Mitglied des Gremiums gewesen war. Ihr gehörten also auch die beiden Sozialdemokraten an. Diese Konstellation erwies sich bald als konfliktträchtig.

Gegen die Ergebnisse der ersten Stadtratssitzung am 20. März 1919 erhob der Sozialdemokrat Anton Südfeld, noch Mitglied des Arbeiterrates, am folgenden Tag Einspruch beim Regierungspräsidenten. In einer längeren, geschliffen formulierten Stellungnahme bestritt er die Rechtsgültigkeit

⁹⁹ „Werner Zeitung“, 25.2.1919.

¹⁰⁰ Gutsbesitzer Anton Dahlhoff und Schlosser Hermann Rehr.

¹⁰¹ „Werner Zeitung“, 25.2.1919.

¹⁰² StAWe D I 32.

mehrerer Beschlüsse. Beanstandet wurde vor allem der vorgesehene Verkauf einer großen Grundstücksfläche an einen „Kriegsgewinnler“, wie es hieß, dem damit Gelegenheit gegeben werden sollte, das Grundstück „auszuschlachten“ und die Baustellen zu verteuern. Allein das Dazwischentreten des Regierungsbaumeisters Voß habe den Beschluss vereitelt. Nach Südfelds Angaben waren diese Beschlüsse auf einer geheimen Sitzung der 13 Stadtverordneten, die auf der „christlich-jüdischen Zentrumsliste“ gewählt worden seien, am Vorabend vorbereitet worden. In der Einbringung solcher, „das Wohl des kleinen Mannes schwer schädigender Vorlagen“ sah er nichts anderes als eine „Vergewaltigung“ der Minderheit des Stadtrates.¹⁰³

Die Bezirksregierung in Münster recherchierte daraufhin vor Ort. Der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung, Fritz Grote, teilte mit: eine „christlich-jüdische Zentrumsliste“ gebe es vor Ort gar nicht, wohl aber habe der jüdische Stadtverordnete Herz auf der Liste der Zentrumsliste gestanden. Die weiteren Untersuchungen ergaben: Die Beschwerde war nicht von Südfeld, sondern vom Stadtverordneten Moormann verfasst und auf dessen Kontor angefertigt worden.¹⁰⁴ Bürgermeister Hartmann teilte dem Regierungspräsidenten mit, Südfelds Beschwerde sei ohne jede Berechtigung. Nach eingehender Prüfung wies der Regierungspräsident schließlich alle Beschwerdepunkte als unbegründet zurück.¹⁰⁵

In diesem Zusammenhang wurde zugleich sichtbar, wie schwer es den neuen Stadtverordneten des Zentrums fiel, sich auch nur über elementare organisatorische Fragen zu verständigen. Der stellvertretende Vorsitzende Stettner hatte die 13 neuen Zentrums-Vertreter am Vorabend der ersten Ratssitzung zu einer Besprechung eingeladen; aber nicht alle waren erschienen. Stettner schlug vor, nach dem Vorbild anderer Städte eine Fraktion zu bilden, um möglichst geschlossen im Interesse ihrer Wähler zusammenzuarbeiten. Dazu konnten sich die Anwesenden jedoch nicht entschließen, waren sich nur einig darin, unverbindliche Vorbesprechungen über die zu erledigenden Arbeiten anzustreben. Man verabredete sich des-

¹⁰³ StAWe C VII 31, Anton Südfeld an den Regierungspräsidenten, 21.3.1919; formeller Beschwerdeführer war der Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte für den Regierungsbezirk Münster.

¹⁰⁴ StAWe C VII 31, Stadtverordneten-Vorsteher Grote zum Einspruch des Stadtverordneten Südfeld, 15.4.1919; Stadtsekretär Bülhoff, Beschwerde des Stadtverordneten Südfeld betr., 23.4.1919.

¹⁰⁵ StAWe C VII 31, Konzept des Bürgermeisters, undatiert; Regierungspräsident an Stadtverordneten Südfeld, 8.8.1919.

halb, möglichst vor jeder Stadtverordneten-Sitzung eine Vorbesprechung abzuhalten, durch die sich aber niemand gebunden fühlen müsse.¹⁰⁶

Der gewachsenen Bedeutung des Repräsentationsprinzips entsprachen mehrere Beschlüsse, die zu Beginn ihrer Tätigkeit von allen neuen Gemeindevertretungen und der Amtsversammlung gefasst wurden: Zum einen: Ihre Sitzungen waren in Zukunft öffentlich. Termin und Tagesordnung waren durch die Ortszeitung bekanntzumachen.¹⁰⁷ Der Stadtrat hatte für seine Sitzungen diese Regelung bereits vor zwei Jahrzehnten getroffen. Zum weiteren: Die Gemeindevertretungen in Werne-Land griffen die im neuen Gemeindewahlrecht gebotene Möglichkeit auf, für ihre Mitglieder eine angemessene Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen festzusetzen. Die Vergütung durfte nur dem entgangenen Arbeitslohn entsprechen.¹⁰⁸ In der Stadt Werne wurde indes erst 1924 eine solche Regelung eingeführt.¹⁰⁹

Ausgang der Rätezeit

Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919 und der Kommunalwahl am 2. März 1919 veränderte sich die politische Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates grundlegend. In Werne war seine Position bereits durch den Ausgang der Wahlen zum Arbeiterausschuss der Zeche Werne I/II Ende Februar 1919 weiter geschwächt worden. Von den 10 Sitzen hatten die Christlichen Gewerkschaften 8, die Sozialdemokraten 2, von 20 Ersatzmännern die Christlichen 15, die Sozialdemokraten fünf gewonnen. Danach erhob sich sogleich wieder die Frage, ob der Arbeiterrat ordnungsgemäß gewählt sei und die Stadt für ihn noch weiterhin die Kosten tragen solle.¹¹⁰

Der Arbeiterrat verlor die Legitimation für die formal bis dahin noch beanspruchte Kontrolle über die Kommunalverwaltungen. Die Soldatenräte büßten ohnehin ihre Macht mit der Auflösung des Heeres seit Jahresende zunehmend ein. Das Generalkommando Münster gab am 20. Februar 1919

¹⁰⁶ StAWe C VII 31, Stadtverordneter Voß an Stadtsekretär Bühlhoff, 19.4.1919.

¹⁰⁷ StAWe D I 31, 25.-1.5.1919.

¹⁰⁸ Preußische Gesetzsammlung, Jahrgang 1919, Nr. 7, § 4 der Nachtragsverordnung vom 31.1.1919; D I 31; vgl. z. B. den Beschluss der Gemeindevertretung Werne vom 27.10.1919.

¹⁰⁹ StAWe C VII 36, Magistratsbeschluss 24.1.1924. Festgelegt wurde: für jede Stunde für Teilnahme an Sitzungen wurde 1,- Mark gezahlt. Der Schichtlohn für einen Bergmann betrug im Juli 1925 7,48 Mk: s. StAWe C VII 36, Abrechnung für Bauarbeiter Anton Pabel, 2.7.1925.

¹¹⁰ „Werner Zeitung“, 1.3.1919.

die Auflösung der Bezirkssoldatenräte bekannt. Nur solche Soldatenräte hätten noch eine Daseinsberechtigung, die einer militärischen Dienststelle unterstellt seien.¹¹¹ Das war in Werne nicht der Fall. Die „Werner Zeitung“ berichtete am 7. März 1919 von der bevorstehenden Auflösung des lokalen Soldatenrates. An seine Stelle sollte eine neue Bürgerwehr treten, zu deren Gründung alle Mitglieder der städtischen Feuerwehr und die Kriegsteilnehmer in einer Versammlung aufgerufen wurden.¹¹²

Das einzige große Streitthema in den folgenden Wochen waren fast nur noch Dauer und Umfang der Vergütung des Arbeiterrates. Um seine Kosten zu reduzieren, forderte die neue Stadtvertretung den Bürgermeister wiederholt auf, dafür zu sorgen, dass er seine Dienstleistung nur mehr ehrenamtlich leiste. Verwiesen wurde dabei auf das benachbarte Rünthe, wo das bereits stattfände. Als sich nichts änderte, verschärfte sich der Kampf gegen den Arbeiterrat zunehmend. Eine Abordnung der Stadtvertretung erschien beim Bürgermeister und drohte ihm an, bei weiterer Zahlungsanweisung werde er persönlich die Gelder zu ersetzen haben. Ebenso wurden Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei Hartmann vorstellig und forderten eine ordnungsgemäße Wahl des Arbeiterrates, da eine Neuwahl unterblieben sei. Auf entsprechende Vorhaltungen des Bürgermeisters erwiderten die beiden verbliebenen Mitglieder, Leistner und Schaake, sie würden am 8. März freiwillig ausscheiden, widerriefen jedoch bald diese Ankündigung. Der Magistrat kündigte Einstellung der Zahlungen an. Daraufhin legte der Arbeiterrat Beschwerde beim Regierungspräsidenten ein. Die Behörde in Münster reagierte sofort und drohte der Stadt im Falle der Weigerung die zwangsweise Einsetzung der Kosten in den Haushaltsplan an.¹¹³ Bürgermeister Hartmann entgegnete, sofern nicht, wie z. B. in Rünthe, eine ehrenamtliche Tätigkeit genüge, reiche die ständige Tätigkeit *eines* Mitglieds aus. Zugleich machte er den Regierungspräsidenten darauf aufmerksam, dass in Kreisen der christlichen Arbeiterschaft, die mindestens zwei Drittel der hiesigen Arbeiterbevölkerung ausmache und nicht im Arbeiterrat vertreten sei, große Erregung über die unnötige Belastung der Steuerzahler herrsche.¹¹⁴ Magistrat und Stadtrat zeigten sich bereit, dem Arbeiterrat eine Vergütung zu bewilligen, wenn durch Neuwahl eine Vertretung der

¹¹¹ StAWe Fun 48, VII. Armeekorps, Generalkommando Münster an den Regierungspräsidenten, 20.2.1919; Regierungspräsident an Landräte, Bürgermeister, 6.3.1919.

¹¹² „Werner Zeitung“, 8.3.1919.

¹¹³ StAWe C VI 33, Regierungspräsident an Magistrat, 30.3.1919.

¹¹⁴ Ebenda, Schreiben des Bürgermeisters an den Regierungspräsidenten, 1.4.1919.

christlichen Arbeiterschaft möglich gemacht werde. Andernfalls zeigte sich die Stadtleitung entschlossen, gegen die angedrohte Zwangsetatisierung eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeizuführen.¹¹⁵ In die Auseinandersetzung griff auch der Reichs- und Staatskommissar für den Befehlsbezirk des VII. Armeekorps, der spätere preußische Innenminister Karl Severing, ein und forderte den Bürgermeister auf, die Zahlung vorzunehmen.¹¹⁶

Nachdem Leistner bereits im April seine Arbeit auf der Zeche wieder aufgenommen hatte, gab das letzte amtierende Mitglied, der Stadtverordnete Schaaque, am 8. Mai 1919 die bindende Erklärung ab, sein Amt am folgenden Tag endgültig niederzulegen. Der Stadtrat bewilligte daraufhin die von beiden Mitgliedern beanspruchte Vergütung.¹¹⁷ Ende Mai 1919 begann man die Gesamtausgaben für den Arbeiterrat der Stadt zu ermitteln. Festgestellt wurde eine Summe von 14.083 Mark.

Am 17. Mai 1919 hat sich auch der Arbeiterrat des *Amtes* aufgelöst. Die Amtsversammlung bewilligte die durch ihn entstandenen Gesamtkosten in Höhe von 11.286 Mark.¹¹⁸ Die durch den Soldatenrat für Amt und Stadt Werne entstandenen Kosten beliefen sich auf 4506 Mark; sie wurden vollständig von der Militärverwaltung erstattet. In den Protokollen der Amtsversammlung sind Kosten für ihn nicht aufgeführt.

Veranlasst durch Anfragen mehrerer Städte zum Verhältnis von Arbeiterrat und Gemeindevertretung sorgte das preußische Innenministerium, freilich erst im Juni 1919, mit einer Feststellung für Klarheit: „Eine Kontrolle der nach dem neuen Wahlrecht gewählten Gemeindevertretung...durch ein anderes Organ muß als mit dem Grundsatz der Demokratie in Widerspruch stehend abgelehnt werden. Die Gemeindevertretung unterliegt ...nur der Kontrolle der Wählerschaft....Deshalb hat die Gemeindevertretung als Trägerin der Selbstverwaltung selbstständig darüber zu entscheiden, ob neben ihrer eigenen Tätigkeit die Kontrolle des Arbeiterrats noch erforderlich erscheint oder ob sich eine solche fernerhin erübrigt.“¹¹⁹ Von Anfang an

¹¹⁵ Ebenda, Bürgermeister Hartmann an Regierungspräsidenten, 29.4.1919, Konzept.

¹¹⁶ Ebenda, Reichs- und Staatskommissar für den Befehlsbezirk des VII. Armeekorps, Karl Severing, an Bürgermeister, 25.4.1919; s. auch Hartmanns Entgegnung ebenda; Bürgermeister an Reichs- und Staatskommissar für den Befehlsbezirk des VII. Armeekorps, Severing, 29.4.1919.

¹¹⁷ Ebenda, Stadtverordneten-Beschluss vom 8.5.1919. Dort auch die Kostenaufstellungen für die Räte in den einzelnen Monate.

¹¹⁸ Beschluss der Amtsversammlung Werne vom 30.5.1919. Zur Kostenaufstellung s. StAWe Fun 48, handschriftliche Notiz von Amtmann Ohm, ohne Datum.

hatte die am 2. März 1919 neugewählte Stadtverordnetenversammlung in Werne sich unter Berufung auf das Votum ihrer Wähler gegen das Weiterbestehen des Arbeiterrates gewandt.

Wie fällt die Bilanz des Arbeiter- und Soldatenrates in Werne aus?

Die Räte waren ein wichtiges Element der Ordnung und Stabilisierung in der Krisensituation des militärischen Zusammenbruchs und des Übergangs von der Monarchie zur Republik. Mit den Räten in Russland teilten sie den Namen, hatten aber „keine ideologische Wahlverwandtschaft“ mit ihnen.¹²⁰ Wie die meisten Räte hat auch die Werner Organisation in dieser Situation bis zu den Wahlen im Januar und März dazu beigetragen, Ruhe und Ordnung in Stadt und Umland zu wahren und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Hatten die Arbeiter- und Soldatenräte mit der neuen Staats- und Regierungsform zunächst auch einen Umsturz der Verwaltung beabsichtigt, haben solche Zielsetzungen in Werne, wie in den meisten Städten, keine Rolle gespielt. Die Übernahme von Kontrollfunktionen durch sie half, die Kommunalverwaltung in ihren Funktionen zu stützen. Eingriffe in den Verwaltungsaufbau und die Tätigkeit der Behörden hat es hier nicht gegeben. Seine Mitglieder waren freilich ohne Verwaltungserfahrung, blieben auf den Rat der erfahrenen Leiter der Stadt- und der Amtsverwaltung angewiesen. Die Werner Organisation stand voll hinter der Regierung der Volksbeauftragten, verstand sich als Institution einer Übergangszeit bis zur Wahl demokratisch legitimierter Vertretungen und trat für die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung ein. Radikalisierungstendenzen, die in manchen Arbeiter- und Soldatenräten des Ruhrgebietes nach der Jahreswende auftraten, lassen sich in Werne nicht beobachten. Die Kräfte der alten Ordnung begannen früh, den ohnehin durch Vorgaben aus Berlin eingegrenzten Handlungsspielraum des lokalen Rates einzuschränken. Zumal nach den Kommunalwahlen vom 2. März 1919 machte er die Erfahrung zunehmender Machtlosigkeit gegenüber den Ortsbehörden.

Der neue Magistrat

Der alte Magistrat der Stadt Werne war auch nach der Wahl der Stadtverordnetenversammlung zunächst im Amt geblieben. Erst Mitte Juli 1919 beendete ein Gesetz die Amtszeit seiner unbesoldeten Mitglieder. Neuwahlen wurden ausgeschrieben.

¹¹⁹ Ebenda, Stellungnahme des Preuß. Innenministers, 10.6.1919.

¹²⁰ Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19, Frankfurt 1985, S. 58.

Bisher hatte der Magistrat aus dem Bürgermeister, dem Beigeordneten und vier Schöffen bestanden. Die Amtszeit von Bürgermeister Hartmann, 1914 zum zweiten Male gewählt, war noch nicht abgelaufen. Von der Stadtvertretung zu wählen waren also der Beigeordnete und die vier Magistratsschöffen. Auch für diese Wahl galt das Verhältniswahlrecht. Die Stadtverordneten wurden aufgefordert, bis zum 1. Oktober Wahlvorschläge einzureichen. Sie durften nicht mehr als zehn Namen enthalten und waren von mindestens drei Stadtverordneten zu unterzeichnen.¹²¹

Nur ein einziger Wahlvorschlag wurde präsentiert. Er trug die Unterschriften nahezu aller Stadtverordneten, sowohl der Zentrumsliste als auch der Altstadtbürgerliste, - mit Ausnahme der beiden Sozialdemokraten. Da sie nur zwei Mandate im Stadtrat besaßen, waren sie nicht in der Lage, einen eigenen Wahlvorschlag vorzulegen. Deshalb verzichteten sie auf die Benennung von Kandidaten.

Gemäß der Vorlage bestimmte der Stadtrat am 8. Oktober 1919 die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats. Wiedergewählt wurden: als Beigeordneter Geschäftsführer Adolf Waßmann und als Schöffen Bergmann Theodor Gräve, zugleich Vorsitzender des Lokalkomitees des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, und Rechtsanwalt und Notar Leo Potthoff. Neu in das Kollegium traten ein Betriebsleiter August Schmidt und Bergmann Jakob Kuhn.

Benannt wurden zudem fünf Ersatzleute.¹²² Unübersehbar war der Wandel in der sozialen Zusammensetzung des Magistratskollegiums. Hatten bis zum Ersten Weltkrieg die Handwerksmeister hier eine dominante Rolle gespielt, waren es jetzt mit Betriebsleiter August Schmidt und den beiden Bergeleuten Gräve und Kuhn Vertreter des Bergbaus.

In der *Landgemeinde Werne*, wo seit 1900 der Landwirt Philipp Lohmann Gemeindevorsteher gewesen war, wählte die Gemeindevertretung im September 1919 den Maurermeister Anton Holtrup in dieses Amt.

Mit Abschluss dieser Wahlen entsprachen die Organe der kommunalen Selbstverwaltung in Stadt- und Landgemeinde Werne allen Grundsätzen demokratischer Repräsentation. Ausgenommen war allein der Fall von Bürgermeister Hartmann. Er war 1903, noch zur Zeit der Geltung des Dreiklassenwahlrechts, ins Amt gelangt. Nach der Wiederwahl 1914 lief

¹²¹ StAWe C VII 34, Bekanntmachung des Bürgermeisters, 23.9.1919, Konzept.

¹²² Ebenda.

seine Wahlperiode erst 1926 aus. Wir werden sehen, dass sich daraus erhebliche Komplikationen ergaben.

Reichstagswahlen am 6. Juni 1920

Auch nach den Wahlen im Januar und März 1919, der Verkündung der Reichsverfassung im August 1919, die eine parlamentarisch-demokratische Republik begründete, nach Bildung einer von SPD, Zentrum und DDP getragenen Reichsregierung blieb die politische und soziale Lage in den folgenden Monaten gespannt. Der Alltag wurde, auch in Werne, bestimmt durch die anhaltend schlechte Ernährungslage, Probleme bei der Auflösung des Heeres, Arbeitslosigkeit, anziehende Inflation, Wohnungsnot, Wirtschaftskrise.

Das die *politische* Stimmung prägende Thema war der Versailler Friedensvertrag. Unter schärfstem Druck der Alliierten sah sich die Reichsregierung gezwungen, den Vertrag am 10. Januar 1920 zu unterzeichnen. In der Empörung über dessen Bedingungen waren sich nahezu alle politischen Lager einig. Für die meisten Deutschen war nicht der Krieg Ursache für die politisch desolate Lage, sondern der Versailler Friedensvertrag. In der rechten politischen Szene setzte sich die Tendenz durch, die junge Republik mit Versailles zu identifizieren. Der Kampf gegen die Friedensbestimmungen wurde damit zugleich zum Kampf gegen die Demokratie.

Am 13. März 1920 unternahm Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und General Freiherr von Lüttwitz den Versuch, die Reichsregierung durch Besetzung der Regierungsgebäude in Berlin zu stürzen. (Kapp-Putsch). Die Gewerkschaften organisierten den Generalstreik, und der Putsch brach rasch zusammen. Aus dem Generalstreik entwickelte sich im Ruhrgebiet eine kommunistische Aufstandsbewegung. Nach schweren Kämpfen stellte die Reichswehr die Ruhe dort wieder her. Eine Folge des gescheiterten Putsches war die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen.

Die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 machten den Vertrauensverlust sichtbar, den die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) inzwischen erlitten hatten. Von links lastete man ihr an, dass unter ihr die Kräfte der Reaktion wieder erstarkt waren. Von rechts warf man ihr die Märzkämpfe, Versailles und alles vor, was aus ihrer Sicht die nationale Ehre verletzt hatte.¹²³

¹²³ Vgl. hierzu Winkler, S. 139.

Reichstagswahlergebnisse (in %) vom 6. Juni 1920

	SPD	USPD	KPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP
Reich	21,7	17,9	1,2	18,0	8,3	19,9	15,1
Prov. Westfalen	20,3	14,8	1,6	35,3	4,5	14,0	7,0
Reg. Bez. Münster	13,0	10,3	2,9	58,1	1,9	7,7	2,7
Stadt Werne	10,0	9,0		73,4	1,2	5,2	0,08
Landgem. Werne	9,9	8,3		76,8	0,2	3,9	0,4

„Werner Zeitung“

Hauptverlierer bei der Wahl, auch in Werne Stadt und Land, war die *SPD*, und zwar hier mit mehr als der Hälfte ihrer Wähler (von 22 auf 10 Prozent). Ihre Verluste kamen der *USPD*, die 1919 in der Lippestadt noch nicht angetreten war, zugute; sie schloss nun dicht zu ihr auf (9 und 8,3 Prozent). Im Unterschied zum Reichsdurchschnitt und zur Provinz Westfalen, wo das *Zentrum* leichte Verluste verzeichnete, konnte es seine Position in Werne sogar verbessern (von 72,9 auf 73,4, bzw. von 67,3 auf 76,8 Prozent). Vielen Wählern mochte die Partei als bewährter Halt in unsicheren Zeiten erschienen sein. Während die linksliberale *DDP* im Reichsdurchschnitt mehr als die Hälfte ihrer Stimmen verlor, konnte sie sich in der Lippestadt, wo sie nur Splitterpartei war, von 0,8 auf 1,2 Prozent leicht verbessern, büßte aber in der Landgemeinde die Hälfte ihrer kleinen Wählerschar ein (0,4 auf 0,2 Prozent). Der eigentliche Gewinner der Wahl war die nationalliberale *DVP*. Verfünffachte sie im Reichsdurchschnitt nahezu ihren Stimmenanteil (von 4,4 auf 19,9 Prozent), konnte sie zumindest in Werne-Stadt ihren Stimmenanteil (von 2,4 auf 5,2 Prozent) mehr als verdoppeln. Das war nicht zuletzt der im April 1919 gegründeten Ortsgruppe der *DVP* zuzuschreiben, deren Vorsitzender der Gemeindeverordnete der Landgemeinde und Geschäftsführer der Zeche Werne, Karl Hellhammer, war. Zu den Verlierern der Wahl zählte auch die hier ganz schwach vertretene *DNVP*.

II. Der Kampf um die Gründung der neuen Stadt

Kurz vor dem Ziel gescheitert: 1914

Seit 1903 hatte sich das zuvor oft bereits spannungsreiche Verhältnis zwischen Stadt- und Landgemeinde Werne wiederum verschlechtert. Das Stadtgebiet war im Osten und Südosten stark eingeschnürt und umfasste insgesamt nur 652 ha. (s. Abb. 4) Auch die Dienstbezirke der Polizeien von Stadt und Land waren entsprechend abgegrenzt. Der Magistrat war der Überzeugung, dass die Stadt sehr viel stärker als die Landgemeinde die Lasten der Industrialisierung zu tragen habe, während die hohe Steuerleistung des in der Bauerschaft Evenkamp gelegenen Zechenbetriebes allein der Landgemeinde zufließe. Die Ursache dieses Missverhältnisses sah sie in dem nach ihrer Auffassung auf ungesetzliche Weise 1837 festgelegten Verlauf der Grenze zwischen beiden Gemeinden. Die Stadtleitung bemühte sich deshalb in mehreren Ansätzen, diesen für sie als sehr nachteilig empfundenen Zustand zu ändern. Sie stellte zunächst den Antrag, die Bauerschaft Evenkamp - und damit das Betriebsgelände der Zeche - einzugemeinden. Die Vertretung der Landgemeinde wies den Antrag mit der Begründung zurück, die Stadt könne die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs nicht nachweisen. 1908 verlangte der Magistrat, alle sieben Bauerschaften in das Stadtgebiet einzubeziehen. Die Gemeindevertretung von Werne-Land wies die Ansprüche der Stadt wiederum als unberechtigt zurück und vertrat die Auffassung, der Stadt seien durch die Zeche weitaus mehr Vorteile als Nachteile erwachsen. Im Jahre 1911 erhob die Stadt beim Verwaltungsgericht in Münster formell Klage gegen die Landgemeinde „wegen streitiger Grenzen“. Ebenso durch den Regierungspräsidenten dazu gedrängt, entschloss sich daraufhin die Landgemeindevertretung, in Verhandlungen über eine Vereinigung beider Gemeinden einzutreten. Auch die Gemeinde Stockum sollte einbezogen werden. In mühevoller Arbeit wurde der Entwurf eines Vertrages erarbeitet, der den Zusammenschluss von Stadt, Landgemeinde und Stockum zu einer neuen Großgemeinde vorsah.¹²⁴ Am 24. Januar 1914 lehnten indes die Gemeindevertretungen von Werne-Land und Stockum den Vertragsentwurf ab. In der Landbevölkerung hatte sich inzwischen breiter Widerstand gegen das Eingemeindungsprojekt formiert. Die Stadt nahm daraufhin das Gerichtsverfahren, das sie zur Korrektur der Verwaltungsgrenzen beim Bezirksausschuss angestrengt hatte, wieder auf. Die Landgemeinde sollte zur Anerkennung der nach ihrer Auffassung noch immer gültigen Grenzen der ehemaligen Stadtfeldmark veranlasst

¹²⁴ S. hierzu eingehend die Arbeit des Verfassers: Verfassung und Verwaltung, S. 91 - 124.

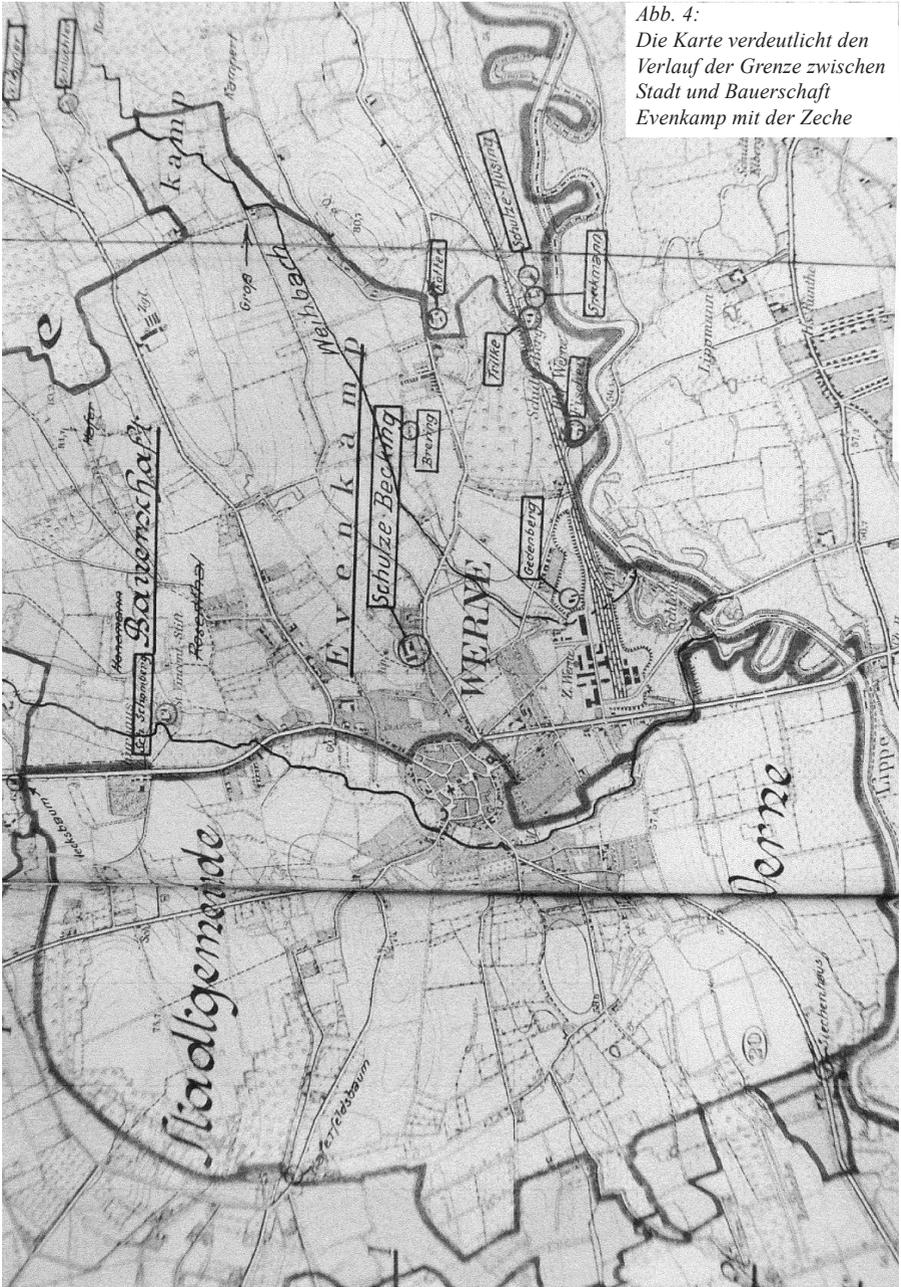


Abb. 4:
 Die Karte verdeutlicht den
 Verlauf der Grenze zwischen
 Stadt und Bauerschaft
 Evenkamp mit der Zeche

werden. Dem Antrag waren umfangreiche Gutachten von zwei Fachhistorikern beigelegt, die beide den Anspruch der Stadt auf die Stadtfeldmark und damit auf große Teile der Landgemeinde als begründet bezeichneten. Absehbar war auf jeden Fall, der Prozess würde sich noch lange hinziehen und ein Urteil große Verbitterung zur Folge haben. Gewann die Stadt, würde die Landgemeinde durch den Verlust der Zeche mit ihrer Steuerkraft an die Stadt schwer geschädigt. Gewann die Landgemeinde, blieb die Stadt durch die bestehende Grenze eingeschnürt, war ihr dadurch jede Entwicklungsmöglichkeit genommen.

Eine neue Initiative

Nachdem, wie wir sahen, Bürgermeister Hartmanns Versuch von Mitte November 1918, mit Hilfe des Arbeiterrates in der Eingemeindungsfrage eine Lösung zu erreichen, gescheitert war, regten ein Jahr später, im November 1919, Mitglieder des Kartells der Christlichen Gewerkschaften in der Landgemeinde an, die Eingemeindungsfrage wieder aufzugreifen. Die vielfältigen Erfahrungen in den Kriegsmonaten hatten immer stärker bewusst werden lassen, dass als Folge der Ansiedlung des Zechenbetriebes die Unterschiede zwischen Stadt und Land in der Wirtschaftsstruktur und der sozialen und beruflichen Schichtung geringer, die Lebensverhältnisse insgesamt ähnlicher geworden waren. Die bestehende Verwaltungsgrenze zwischen Stadt- und Landgemeinde trennte seit vielen Jahrzehnten, was mehr und mehr zusammengewachsen war. Insbesondere große Teile Evenskampfs hingen inzwischen baulich aufs engste mit der Stadt zusammen. Im Krieg und in den Monaten danach hatte man erfahren, wie aufwändig und beschwerlich insbesondere die Organisation der Lebensmittelversorgung zu bewerkstelligen war, wenn zwei, zudem noch unterschiedlich verfasste Kommunalverwaltungen und ihre Polizeidienste in diesem Bezirk nebeneinander tätig waren.

Bevor wir den Verlauf der neuen Auseinandersetzung skizzieren, ist noch an einen wichtigen Sachverhalt zu erinnern. Die Beratungen und Entscheidungen über die Eingemeindungsfrage vor dem Ersten Weltkrieg wurden in Stadt und Land bestimmt von kommunalen Vertretungen, die aus Wahlen nach dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangen waren. Mit Einführung des *neuen* Wahlrechts war, wie wir sahen, ein weitgehender Wandel in der Zusammensetzung dieser Gremien eingetreten. Gegenüber der Situation von 1914 hatten sich damit auch aus dieser Perspektive wichtige Voraussetzungen für die Lösung des Eingemeindungsproblems verändert. Es wird zu prüfen sein, ob sie günstiger geworden waren.

Veranlasst durch die Anregung von seiten der Christlichen Gewerkschaften fanden sich im November 1919 zahlreiche Einwohner zu einer Vorbesprechung zusammen. Nach eingehendem Meinungsaustausch verständigte man sich mit großer Mehrheit auf den Vorschlag, die Vertretungen von Stadt und Land sollten die Vereinigungsverhandlungen wieder aufnehmen, und zwar durch Bildung einer gemeinsamen Kommission. Die neue Initiative ging also nunmehr von der stärksten politischen Gruppierung in Stadt und Land Werne, den Christlichen Gewerkschaften, aus.

Auf beiden Seiten reagierte man rasch. Am 17. November bereits sprach sich die *Gemeindevertretung Werne-Land* einmütig für die Wiederaufnahme der Verhandlungen aus, stellte aber eine gewichtige Bedingung: Gleichzeitig mit der Landgemeinde müsse, wie 1914 vorgesehen, die Gemeinde Stockum in die Stadt Werne eingemeindet werden; sie sei deshalb an den Beratungen zu beteiligen. Für die Verhandlungen mit der Stadt wurde eine fünfköpfige Kommission benannt. Ihr gehörten der Gemeindevorsteher Maurermeister Anton Holtrup und die Gemeindevetreter Landwirt Dahlhoff, Maurer Heinrich Hesener, Bergmann Emil Wedemeyer und Geschäftsführer Karl Hellhammer an. Es gab auch bereits Überlegungen, die auf eine Auflösung des Amtes Werne hinausliefen. Wessel könne nach Herbern ausgemeindet werden. Falls auch Capelle die Eingemeindung wünsche, sollte es ebenfalls an den Verhandlungen beteiligt werden.

Auch die *Stadtgemeinde* griff die Anregung sogleich auf. Auf Veranlassung des Stadtverordneten Middelhoff (Zentrum) trafen sich zunächst die Mitglieder des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums zu einer privaten Besprechung, in der man sich darauf verständigte, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung vom 20. November 1919 wählte dann ebenfalls eine fünfköpfige Kommission. Ihre Mitglieder waren Rechtsanwalt Leo Potthoff, Bergmann Theodor Gräve, Brennereibesitzer Bernhard Moormann, Maschinist Hubert Schulz und Schuhmachermeister Wilhelm Wienand.

Bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten, war in Stockum bereits eine wichtige Entscheidung gefallen. Anders als 1914 lehnte es die Gemeindevertretung am 24. November 1919 einmütig ab, mit der Landgemeinde Werne zusammenzugehen und die Eingemeindung in die Stadt Werne zu beantragen. Sie ließ wissen, sie wolle selbständig bleiben, solange keine wesentlichen Veränderungen in ihren bisher ganz ländlichen Verhältnissen eingetreten seien.¹²⁵

¹²⁵ S. zu diesen Vorgängen: StAWe C VII 46, Protokollauszug, Gemeindevertretung Werne 17.11.1919; Amtmann Ohm an Bürgermeister Hartmann, 18.11.1919; Bürgermeister Hartmann an Amtmann Ohm, 18.11.1919, Konzept; StAWe 01-576, Denkschrift des Magistrats und des Amtmanns über die Vereinigung der Landgemeinde Werne mit der Stadtgemeinde Werne, 15. Mai 1922.

Interessengegensätze, Unstimmigkeiten, Unzuverlässigkeiten

Die vor allem gegen Ende sehr lebhaft und kontrovers verlaufende Diskussion über die Eingemeindung in der Kommission und in der Öffentlichkeit wurde ganz maßgeblich bestimmt von der Einschätzung der derzeitigen Verhältnisse von Stadt und Amt Werne und vor allem der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten. Auf diese Perspektiven ist hier vorab ein Blick zu werfen.¹²⁶

Die mit Anlage der Zeche einsetzende industrielle Entwicklung hatte zu einer erheblichen Zunahme der Bevölkerung geführt; in der Zeitspanne von 1900 bis 1922 in der Stadt von 2569 auf 5376 Einwohner, noch stärker in der Landgemeinde von 2415 auf 7040 Einwohner; davon allein in der Arbeiterkolonie Evenkamp 4000. Auch die Steuerkraft beider Gemeinden war rapide gewachsen: der Stadt von 8.525 M. (1896) auf 78.203 M. (1919), noch rascher in der Landgemeinde von 14.546 (1896) auf 127.384 (1919).¹²⁷ Im Jahre 1922 beschäftigte die Zeche 4200 Arbeiter und Angestellte. Von ihnen wohnten 900 in der Stadt, 1400 in der Landgemeinde und 1900 in Rünthe und den umliegenden Gemeinden. In Stadt und Land Werne gab es außer der Zeche nur noch einen größeren Industriebetrieb, die Brennerei und Presshefefabrik Moormann, die 50 Arbeiter beschäftigte. Geschäftlicher Mittelpunkt für die gesamte Bevölkerung dieses Raumes war die Stadt Werne, und vieles sprach dafür, dass ihre Bedeutung rasch weiter wachsen werde.

Die leitenden Persönlichkeiten der Gemeindeverwaltungen von Stadt und Land Werne waren sich einig in einer überaus optimistischen Einschätzung der Entwicklung der Region. Sie zeigten sich davon überzeugt, dass eine „gewaltige neue Entwicklung“ des Kohlenbergbaus im Raum Werne bevorstand. Sie werde voraussichtlich mit Inbetriebnahme der Bahnlinie Dortmund-Münster in wenigen Jahren einsetzen, und es werde sich „mit Sicherheit“ ein bedeutender Industriebezirk herausbilden.

Bergbaugesellschaften hatten im gesamten Stadt- und Amtsbezirk bereits Grubenfelder erworben und Vorbereitungen für die Anlage von Kohleschächten getroffen. Ausgegangen wurde von einem Zuzug von 12.000 Arbeitern und einem Anstieg der Einwohnerzahl auf 48.000. Im Gefolge des Bergbaus würden sich, so wurde erwartet, noch andere Industrien an-

¹²⁶ Die nachfolgenden Angaben stützen sich auf die von Stadt und Amt Werne, herausgegebene Denkschrift, in: StAWe 01-576.

¹²⁷ Zahlenangaben nach der Denkschrift. Bei den Zahlen zur Steuerleistung sind freilich inflationäre Entwicklungen zu beachten, die die Denkschrift unberücksichtigt lässt.

siedeln. Deshalb erschien es notwendig, das Gebiet in einem „einheitlich geleiteten städtischen Gemeinwesen“ zusammenzufassen. Dessen „Kern“ könne nur die Stadt Werne sein.¹²⁸

Hervorzuheben ist hier vor allem, dass Amtmann Johannes Ohm, der vor 1914 eher eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, diese optimistische Einschätzung des Entwicklungspotentials der Region Werne nunmehr uneingeschränkt teilte und bald zum wichtigsten Wegbereiter des Eingemeindungsprojekts wurde.

1914 war die Vereinigung am Widerstand der Landgemeinde gescheitert. Noch immer gab es eine Vielzahl von Unstimmigkeiten, Unzuträglichkeiten, Interessengegensätzen und Streitigkeiten zwischen beiden Gemeinden. Gewichtiger aber erschienen den Leitungsinstanzen von Stadt und Land jetzt die Vorteile, die sich für beide Gemeinden durch eine Vereinigung ergeben würden. Eine genauere Untersuchung der *Verhältnisse in wesentlichen kommunalen Aufgabenbereichen* machte nach ihrer Auffassung deutlich, dass die Vereinigung letztlich für beide Seiten vorteilhaft sein würde. Eine Bestandsaufnahme ergab folgendes Bild.

1. (*Räumliche Einschnürung der Stadt*) Für die Stadt am gravierendsten war ihre räumliche Einengung im Osten und Nordosten. Bereits 150 m vom Marktplatz entfernt begann der Bezirk der Landgemeinde. Die Straßen nach Münster und nach Kamen wechselten in ihrem Verlauf mehrfach zwischen Stadt- und Landgebiet. Die Bebauungspläne für Stadt und Landgemeinde (s. Abb. 5) konnten der bevorstehenden Entwicklung nicht gerecht werden. Nur ein neu aufzustellender gemeinsamer Bebauungsplan würde das wachsende Bedürfnis der Stadt nach Ausdehnung über die bisherigen Grenzen befriedigen können. Erst nach der Eingemeindung würde die leistungsfähigere neue Stadt in der Lage sein, den Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge und die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen im Umland (zur Erschließung der Wohngebiete in der Nähe der neuen Kohlebergwerke) zu finanzieren.

2. *Verbesserung und Verbilligung der Verwaltung*: Die Spitzen der Verwaltungen gingen zudem davon aus, dass sich mit der Eingemeindung die Organisation der gesamten Verwaltung, insbesondere des Polizeidienstes, verbessern werde. Behörden könnten zusammengelegt, das Publikum schneller abgefertigt werden. Dadurch sei eine Reduzierung ihrer Kosten um 15 - 20 Prozent zu erwarten.

¹²⁸ StAWe 01-576, s. Denkschrift.

3. *Verkehrswesen*: Im Verkehrswesen gab es viele Unzuträglichkeiten und Interessengegensätze zwischen Stadt und Land. Die Landgemeinde nutzte die städtischen Straßen und die elektrische Straßenbahn, ohne zu ihrer Unterhaltung beizutragen. Für die elektrische Straßenbahn hätte nach Auffassung der Stadt eine rentablere Linienführung gewählt werden können, wenn nicht Streitigkeiten mit der Landgemeinde dies verhindert hätten. Die Stadt war verpflichtet, einen großen Teil der in der Landgemeinde gelegenen Straße nach Stockum zu unterhalten. Als Folge des Auftrags des Landeskulturamtes unterlagen viele Interessentenwege in der Landgemeinde der Aufsicht des Magistrats, im Stadtbezirk hingegen solche des Gemeindevorstehers von Werne-Land. *Nach* der Eingemeindung könnte die Stadt auch im Interesse der Landgemeinde die notwendigen großen Straßen zum Bahnhof der neuen Staatsbahn Dortmund - Münster bauen. Zugleich werde es ihr dann möglich sein, neue Wege durch den Stadtwald anzulegen, dem später, „wenn die ganze Gegend mit Kohlebergwerken und Bergarbeiterbevölkerung besiedelt“ ist, als „Volkserholungsstätte“ große Bedeutung zukomme. Weitere Straßenbahnen werde die Stadt in einigen Jahren bauen müssen, um die neuen Bergwerke und deren Arbeiterkolonien an sich anzuschließen und Stadt und Kolonien mit dem Bahnhof Werne zu verbinden.

4. *Finanzverhältnisse*: Die Stadt klagte: Das Missverhältnis zwischen den neuen Aufgaben und ihren, gegenüber der Landgemeinde immer weiter zurückbleibenden Steuereinnahmen sei jedes Jahr deutlicher spürbar. Komme es zum Abteufen der neuen Bergwerke, werde die finanzielle Lage der Stadt ohne Eingemeindung unhaltbar. Das Ausmaß der Umstrukturierung, zu der die Stadt durch die Entwicklung des Kohlenbergbaus gezwungen würde, beanspruchte nach Auffassung der Stadt so große Mittel, dass sie sich nur durch Einführung einer Gemeindegewerbsteuer beschaffen ließen. Ihre Einführung aber setze die Zugehörigkeit der Industrie zum städtischen Gemeindebezirk voraus.

5. Der Ausbau der *kommunalen Daseinsvorsorge* werde beiden Seiten zugute kommen, zeigte man sich überzeugt. Das galt zum einen für die *Wasserversorgung*. Die Stadt hatte ihr Rohrnetz auf eigene Kosten gebaut, bezog ihr Wasser als Großkonsument vom Gelsenkirchener Wasserwerk und gab es an ihre Einwohner ab. In der Landgemeinde hatte jedoch das Wasserwerk auch die Rohrleitung angelegt und gab das Wasser unmittelbar an die Verbraucher ab. Die Stadt hatte per Vertrag mit dem Wasserwerk vereinbart, das Rohrnetz in der Landgemeinde zu kaufen. Im Falle der Eingemeindung werde die Stadt von diesem Recht Gebrauch machen, für die erheblich vergrößerte Wassermenge günstigere Wasserpreise erzielen

und das Wasser billiger als derzeit an die Verbraucher weitergeben. Die Stadt und der angrenzende Teil der Landgemeinde hatten ihre *Abwasserteinrichtungen* unabhängig voneinander angelegt. Die Eingemeindung bot die Möglichkeit, die Anlagen beider Gemeinden einander anzupassen und eine gemeinsame Kläranlage zu schaffen.

Ohne Mitwirkung der Landgemeinde hatte die Stadt 1909 ein *Elektrizitätswerk* gebaut. Die Landgemeinde hatte sich der Überlandzentrale des E-Werks „Westfalen GmbH“ angeschlossen. Die Stadt kündigte an, beim Zusammenschluss mit der Landgemeinde zum wirtschaftlich günstigeren Anschluss an die Überlandzentrale überzugehen. Als Großabnehmer werde man dann billigere Preise erzielen.

Auch die *Müllabfuhr* sollte neu organisiert werden. Nach Auffassung der Stadt lag es im öffentlichen Interesse, bei der Eingemeindung dem mit der Stadt zusammengebauten Teil der Landgemeinde, wo es überhaupt keine Müllabfuhr gab, in die städtische Müllabfuhr einzubeziehen.

Mit der Zusammenlegung der *Sparkassen* von Stadt und Land zu einem Institut würde sich für die Kunden eine Verbesserung des Leistungsangebots ergeben.

6. Ebenso wurden Verbesserungen im *Schulwesen* erwartet. In der Stadt fehlten Schulräume; auf dem Land standen manche leer; sie könnten von Kindern aus der Stadt besucht werden. Außerdem: Von den Schülern der städtischen Rektoratschule kam die Hälfte aus der Landgemeinde; sie leistete aber keinen Zuschuss.

Unübersehbar war: Die Stadt würde, zumindest zunächst, deutlich mehr von der Eingemeindung profitieren als die Landgemeinde. Würde bei dieser Ausgangslage die Zustimmung der Landgemeinde, ihrer Vertretung und ihrer Einwohner, zu erreichen sein?

Die Eingemeindungskommission berät: Wachsende Schwierigkeiten

Am 1. Dezember 1919 begannen die Vertreter von Stadt und Land Werne ihre Beratungen. Zum Vorsitzenden der gemeinsamen Eingemeindungskommission wurde der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Bernhard Moormann, gewählt. In vielen Sitzungen erörterte das Gremium zwei Jahre lang, allerdings mit einigen längeren Unterbrechungen, eingehend alle Fragen des Pro und Kontra einer Vereinigung.¹²⁹

¹²⁹ Die stenographischen Protokolle der Verhandlungen in: StAWe C VII 46.

Zunächst ging es um die Zukunft Stockums. Amtmann Ohm teilte mit, wie die dortige Gemeindevertretung entschieden hatte: Stockum wünsche keine Vereinigung mit der Stadt Werne, wolle vielmehr selbständig bleiben. Die Kommission ließ sich durch diese Nachricht aber nicht davon abbringen, die Vereinigung Stockums mit Werne als wünschenswert zu bezeichnen. Zur Begründung wurde insbesondere geltend gemacht, dass sich die Bergberechtigten der Zeche Werne über Stockum erstreckten und die Begründung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes empfehlenswert sei. Deshalb wurde beschlossen, zur nächsten Sitzung Vertreter der Gemeinde Stockum einzuladen.

Es erschienen dann beim nächsten Mal auch einige Mitglieder des Stockumer Gemeinderates. Der Vorsitzende Moormann versuchte, sie doch für eine Eingemeindung zu gewinnen. Er wies darauf hin, dass Stockum zwar zur Zeit wegen seiner günstigen finanziellen Lage keine Veranlassung habe, sich Werne anzuschließen, die Zeche Werne aber in den nächsten Jahren in Stockum einen zweiten Schacht ausbauen und eine Kolonie anlegen werde. Das werde den Einzug fremder Arbeiter in die Gemeinde zur Folge haben, die, anders als die bodenständige Arbeiterbevölkerung, kein Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse der Landbevölkerung haben werde. Amtmann Ohm fügte hinzu, Stockum könne nicht damit rechnen, ein eigenes Amt zu bilden; auch sei seine Angliederung an das Amt Herbern zweifelhaft. Dann bliebe nur die Wahl, entweder nach Bockum-Hövel oder doch nach Werne eingemeindet zu werden. Die Stockumer aber verharteten auf ihrem ablehnenden Standpunkt, sagten aber zu, an den weiteren Sitzungen teilzunehmen.¹³⁰

Über die mit der angestrebten Vereinigung von Stadt und Land verbundenen zahlreichen Sachfragen verständigte man sich in der gemeinsamen Kommission in der Regel ziemlich komplikationslos. Als zunehmend schwere Belastung erwies sich indes, dass sich rasch eine breite Opposition in der Landgemeinde gegen das Eingemeindungsprojekt formierte. Würde sich das Desaster von 1914 wiederholen? Die Vertreter von Werne-Land in der Kommission behaupteten zwar, am Ziel der Eingemeindung festzuhalten, verwiesen aber darauf, in der Gemeinde sei „keine Stimmung“¹³¹ dafür vorhanden. Konnte man, ohne sich des Rückhalts in der breiten Öffentlichkeit sicher zu sein, überhaupt die Verhandlungen fortsetzen, fragte man sich.

¹³⁰ Ebenda, Protokolle der Sitzungen vom 1. bis 19.12.1919.

¹³¹ Ebenda, Sitzung vom 19.12.1919.

Müsste man nicht erst die Wähler hinreichend aufklären, bevor man mit den Verhandlungen fortfahre? Der Vorsitzende Moormann beobachtete, es breite sich besonders in den Kreisen der Landwirte „außerordentlicher Widerstand“ gegen die Vereinigung vor.¹³² Dort seien Gerüchte in Umlauf, die Stadt plane ein großes Kanalbauprojekt und die Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Für all dies sollten die Landwirte nach der Eingemeindung durch Erhöhung der Grundsteuer bezahlen. Gemeindevertreter Dalhoff berichtete sogar, Gutsbesitzer August Klosterschulte habe ihm erklärt, wer für die Eingemeindung stimme, müsse einfach vor die Wand gestellt werden.

In der Kommission bestand weitgehende Einigkeit über die Ursachen der skeptischen bis ablehnenden Haltung vieler Einwohner in der Landgemeinde. Amtmann Ohm charakterisierte sie, ohne auf Widerspruch in der Kommission zu stoßen, so: „Es besteht...an und für sich keine Sympathie für die Eingemeindung. Sie sagen sich: Wir sind bisher für uns gewesen; unsere Finanzen sind in Ordnung; unsere Schulen ebenso; weshalb sollen wir uns mit der Stadt vereinigen, zumal der Stadt große Aufgaben unmittelbar bevorstehen?“ Er nannte den Aufschluss des Bahnhofsgeländes, ein Kanalprojekt, Anlage neuer Straßen, Schulbauten. All diese Arbeiten kämen der Landbevölkerung zugute, auch wenn sie der Stadt nicht beiträten. Ursache des besonders heftigen Widerstandes aus den Reihen der Landwirte sei die erwartete Anhebung der Grundsteuer.

Unter diesen Bedingungen war das Vereinigungsvorhaben, so schien es, nur zu retten, wenn es gelang, die Landbevölkerung über die Vorteile der Vereinigung von Stadt und Land aufzuklären und, wie Bürgermeister Hartmann es formulierte, das „Märchen“ zu widerlegen, als ob die Stadt sich durch die Eingemeindung erholen wolle.¹³³ Welche Wege sollten hierfür beschritten werden? Ausführlich wurde in der Kommission hierüber diskutiert, und man beschloss: Aufklärungsarbeit sollte sowohl durch die Presse als auch durch Vorträge geleistet werden. Öffentliche Volksversammlungen hielt man für weniger geeignet, weil sie leicht in Radauveranstaltungen ausarten könnten. Um falschen Vorstellungen und Gerüchten den Boden zu entziehen, galten kleinere Veranstaltungen in den Bauerschaften und im landwirtschaftlichen Lokalverein als zweckmäßiger. Mehrere solcher Versammlungen sind dann von Kommissionsmitgliedern auch abgehalten worden, ohne dass man mit deren Ergebnissen immer ganz zufrieden ge-

¹³² Ebenda, Sitzung vom 12.1.1920.

¹³³ Ebenda, Sitzung 12.2.1920.

wesen wäre. Die Kommission beauftragte deshalb schließlich die leitenden Beamten von Stadt und Land, einen Entwurf für den Eingemeindungsvertrag auszuarbeiten. Er sollte dann in einer öffentlichen Versammlung ausführlich vorgestellt werden und für das Projekt werben.¹³⁴

Offener Streit

Die Gegner der Eingemeindung verstärkten nunmehr ihren Widerstand. Ihr wortmächtigster Vertreter, Gutsbesitzer August Klosterschulte, warf der Stadt in einem Leserbrief in der „Werner Zeitung“¹³⁵ vor, sie betreibe die Eingemeindung, weil sie „unendlichen Nutzen“ daraus ziehen wolle. Sie müsse Schulen errichten, wolle viele Straßen bauen und habe die Steuerschraube bereits scharf angezogen. Nun suche sie Entlastung in der Landgemeinde bei deren großem Grundbesitz. Ihn werde sie nach der Eingemeindung mit erheblichen Steuerzuschlägen belegen. Die Gemeindevertreter hielt der Verfasser für zu wenig erfahren in der Kommunalpolitik. Die alleinige Verantwortung für die Entscheidung über die Eingemeindung könnten sie also nicht übernehmen. Deshalb rief er zu einer Volksabstimmung unter den Eingesessenen der Landgemeinde auf. Gelten solle dann: „Des Volkes Wille soll unser höchstes Gesetz sein.“

Im Auftrage der Eingemeindungs-Kommission nahm ihr Vorsitzender, Bernhard Moormann, zu Klosterschultes Leserbrief Stellung.¹³⁶ Er widersprach vor allem in zwei Punkten: 1. Nicht die Stadt sei Antragstellerin; vielmehr hätten Eingesessene der Bauerschaft Evenkamp die Eingemeindungs-Frage wieder in Gang gebracht. 2. Als unzutreffend wies er sämtliche Angaben und Vermutungen Klosterschultes über zu erwartende Grundsteuererhöhungen zurück. Die Kommission vertrete vielmehr einmütig den Standpunkt, dass der Landgemeinde nach der Eingemeindung keine Erhöhung der Grundsteuerlasten zugemutet werden könne. Moormann konnte belegen, dass der Entwurf des Eingemeindungsvertrages eine entsprechende Vorsorge enthielt. Eine Änderung dieser Bestimmung war nur möglich, wenn eine Mehrheit von je 4/5 der aus der Altstadt Werne und der ehemaligen Landgemeinde gewählten Stadtverordneten zustimmte.¹³⁷

¹³⁴ Ebenda, Sitzung 12. und 22.1. 1920.

¹³⁵ Ebenda, Sitzung 12.2.1920.

¹³⁶ Ebenda, „Werner Zeitung“, 17.2.1920.

¹³⁷ § 7 des Eingemeindungsvertrages: „Bei Erhebung einer Gemeindegrundsteuer ist der Veranlagung der Ertragswert oder der staatlich veranlagte Nutzungswert zugrunde zu legen.“

Klosterschultes Aufruf zum Plebiszit beantwortete die Kommission zum einen mit der Veröffentlichung des Entwurfs des Eingemeindungsvertrages in der „Werner Zeitung“¹³⁸, zum anderen mit der Einladung der Einwohner von Stadt und Land zu einer *öffentlichen Versammlung am 14. März 1920* im Gesellenhaus. Es sollte eine Aussprache über die Zweckmäßigkeit der Eingemeindung stattfinden.

Mehr als 1000 Personen kamen. Über den Verlauf der Veranstaltung sind wir im einzelnen nicht unterrichtet, wohl aber über ihr Ergebnis: Gewiss zur großen Enttäuschung Klosterschultes und seiner Anhänger sprach sich die Versammlung fast einmütig für die Eingemeindung aus.¹³⁹ Auch in einer SPD-Versammlung der Landgemeinde war das Eingemeindungsprojekt Gesprächsthema. Ein Mitglied der Gemeindevertretung teilte mit, es seien alle dafür, außer den großen Landwirten.¹⁴⁰

Im November 1921 fasste die gemeinsame Kommission das Ergebnis ihrer Beratungen in einem Schlussprotokoll¹⁴¹ zusammen. Es hob vor allem hervor: Die Kommission sei „einstimmig zu dem Resultat gekommen, dass eine Verschmelzung...im höchsten Interesse beider Gemeinwesen liegt.“ Begründet wurde dies mit der industriellen Entwicklung, die dringend ein Zusammengehen bei der Regelung der verschiedensten kommunalen Angelegenheiten notwendig mache, wie sie die Denkschrift bereits dargestellt hatte.

Vor der Entscheidung

Die nun unmittelbar bevorstehende Entscheidung wurde belastet durch ein ungelöstes Personal-Problem. Wurde die Eingemeindung beschlossen, verloren die beiden leitenden Beamten von Stadt und Amt Werne, Bürgermeister Hartmann, 1914 erneut auf zwölf Jahre gewählt, und Amtmann Ohm, Lebenszeitbeamter, ihre Stellungen. Die Vertretung der Landgemeinde hatte es grundsätzlich abgelehnt, sich unter dem derzeitigen Leiter der Stadtverwaltung nach Werne-Stadt eingemeinden zu lassen. Deshalb bat sie Bürgermeister Hartmann und Amtmann Ohm, gegen angemessene Abfindung ihre Ämter niederzulegen, und zwar in der Absicht, einen der beiden, wie es vorsichtig hieß, zum neuen Stadtoberhaupt zu wählen. Mit Amtmann Ohm wurde mühelos ein solches Abkommen erzielt. Bürgermeis-

¹³⁸ „Werner Zeitung“ vom 10.3.1920.

¹³⁹ StAWe 01-576, Denkschrift.

¹⁴⁰ StAWe D III 18.

¹⁴¹ „Werner Zeitung“ vom 24.11.1921, Schlussprotokoll der Eingemeindungs-Kommission vom 20.11.1921.

ter Hartmann aber war das Pensions-Angebot der Kommission zu niedrig; er lehnte es ab und hielt an seiner erheblich höheren Forderung fest.¹⁴²

Zur Durchführung ihrer Vorschläge bildete die Eingemeindungskommission am 21. November 1921 einen Ausschuss, dem von der Landgemeinde Amtmann Ohm und Geschäftsführer Hellhammer, von der Stadt Rechtsanwalt Potthoff und Brennereibesitzer Bernhard Moormann angehörten. Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretung von Werne-Land¹⁴³ billigten die bald vorgelegten Vorschläge des Ausschusses. In diesem Zusammenhang gab es von mehreren Seiten Kritik am Verhalten von Bürgermeister Hartmann; er sei zu einer Sitzung nicht erschienen und insbesondere bei seiner unangemessen hohen Abfindungsforderung geblieben.

Die Auflösung des Amtes Werne bereitete sich inzwischen vor. In Stockum lehnte die Gemeindevertretung am 13. Dezember 1921¹⁴⁴ eine Vereinigung mit der Stadt Werne ebenso ab wie einen Anschluss an das rein industrielle Nachbaramt Bockum-Hövel. Da keine Aussicht bestehe, dass das nur 1300 Einwohner zählende Stockum ein eigenes Amt bilden werde, plädierte die Vertretung bei Auflösung des Amtes Werne für einen Anschluss an das Amt Herbern. In Anwesenheit von Landrat Graf von Westphalen wurde auch in Capelle die Frage des Verbleibs ausführlich in der Gemeindevertretung am 14. Dezember 1921 erörtert.¹⁴⁵ Als wichtig galt allen die Erhaltung der Selbständigkeit von Capelle als politischer Gemeinde. Da Capelle mit Nord- und Südkirchen viel mehr Berührungspunkte habe als mit Herbern, beschloss der Gemeinderat einstimmig den Anschluss an das Amt Nordkirchen.

Bürgermeister Hartmann hatte inzwischen ein neues Angebot für seine Abfindung vorgelegt. Wieder berieten die Vertretungen von Stadt und Land am 8. Februar 1922 darüber. Die Versammlung sprach sich grundsätzlich dafür aus, den Vertragsentwurf und die Angebote von Bürgermeister und Amtmann anzunehmen. Sie hielt es jedoch für angebracht, Vertrag und Angebote noch einer genaueren Prüfung vor allem im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Haushalt zu unterziehen. Damit beauftragte sie

¹⁴² StAWe C VII 46, Bürgermeister Hartmann an den Vorsitzenden der Eingemeindungskommission, Moormann, 17.11.1921.

¹⁴³ „Werner Zeitung“, 2.12.1921.

¹⁴⁴ „Werner Zeitung“ vom folgenden Tage.

¹⁴⁵ „Lüdinghauser Zeitung“, 16.12.1921.

wiederum einen *neuen Ausschuss*.¹⁴⁶ Auffällig an seiner Zusammensetzung war vor allem: Moormann und Hellhammer gehörten ihm nicht an.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen legte der Ausschuss in einem Protokoll vor, das die „Werner Zeitung“ veröffentlichte.¹⁴⁷ Zur Behebung noch vorhandener Zweifel wurde sodann eine zweite Besprechung der städtischen Körperschaften und der Gemeindevertretung auf den 2. März 1922 festgelegt. Im unmittelbaren Anschluss daran sollte noch am gleichen Tage endgültig über die Eingemeindung entschieden werden.

Aufruf zum Plebiszit

Als dies bekannt wurde, rief, wie zwei Jahre zuvor, die gleiche Gruppe der Landwirte die Einwohner des Amtes Werne zu einer Versammlung am Mittwoch, dem 1. März 1922, morgens um 10 Uhr, im Gesellenhaus auf. (s. Abb. 6) Protestiert werden sollte dort gegen die Absicht der Gemeindevertretung, „über unsere Köpfe hinweg“ und „gegen unseren Willen“ einen „endgültigen Beschluss“ über die Eingemeindung der Landgemeinde in die Stadt bereits am folgenden Tage zu fassen. (s. Plakat) Der Aufruf stieß auf großes Interesse. Bereits vor Beginn der Veranstaltung war der Saal überfüllt.¹⁴⁸

Die Leitung lag wiederum in den Händen von August Klosterschulte. Er hob hervor: Zum einen: Den Einwohnern der Landgemeinde sei die große Eile bei der Verabschiedung des Eingemeindungsvertrages ganz unverständlich. Zum anderen: Die Gemeindesteuern wüchsen mit der Zeit „ins Unermeßliche“. Dabei zahle ein großer Teil der Ausschussmitglieder, die den Vertragsentwurf unterzeichnet hätten, überhaupt keine Kommunalsteuern. Es war das bekannte Argument: Das Land, insbesondere die Landwirte müssten die notleidende Stadt finanzieren. Unklar blieb, was die Veranstalter am 1. März eigentlich erreichen wollten. Ging es ihnen darum, die Eingemeindung nur hinauszuschieben, oder wollten sie sie, etwa durch Abhaltung eines Plebszits, überhaupt verhindern?

In geschliffener Form entgegnete Amtmann Ohm : 1. Von einer plötzlichen Vorlage könne keine Rede sein. Seit zwei Jahren sei die Sache verhandelt und der Allgemeinheit genügend Zeit gegeben worden, sich einen genauen

¹⁴⁶ Es vertraten die Landgemeinde: Holtrup, Hesener, Knaup, Dortmann, Rehr; die Stadt: Potthoff, Schmidt, Wienand, Schulz, Zinke; s. StAWe C VII 46, Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, 8.2.1922.

¹⁴⁷ Als Beilage in der „Werner Zeitung“ vom 25. 2. 1922.

¹⁴⁸ S. den Bericht über die Versammlung in der „Werner Zeitung“, 3.3.1922.

Eingefessene der Gemeinden Werne, Stodum und Capelle!

Am Donnerstag, den 2. März soll der entgültige Beschluß über die Eingemeindung stattfinden. Ohne unsere Stimmen in einer öffentlichen Volksversammlung gehört zu haben, will man uns der Stadt einverleiben.

In einer Zeit solcher politischen und wirtschaftlichen Umwälzung, wo die neue Städte- und Landgemeinde-Ordnung noch in Ausarbeitung ist, können unsere Vertreter es zur Zeit wohl nicht abwarten, gegen unsern Willen einen solch folgenschweren Entschluß zu fassen. Auf

Mittwoch, 1. März, 10 Uhr vorm.

wird eine große

Protest-Versammlung

im Gesellenhause

anberaumt. Wir rufen die gesamte Einwohnerschaft des Amtes Werne auf, an dieser Versammlung teilzunehmen. Wir werden einmütig unsern Willen kundgeben.

Mögen die erwählten Vertreter über unsern Kopf hinweg die Eingemeindung beschließen, wir haben unsere Pflicht getan! Ein auswärtiger Redner ist zur Stelle.

Eingefessene des Amtes Werne, habt Ihr den Eingemeindungsvertrag gelesen?

Ihr wißt, worum es sich handelt!

Erscheint in Massen!

Mehrere Eingefessene des Amtes Werne.

Abb. 6: Aufruf zur Protestversammlung gegen die geplante Vereinigung von Stadt- und Landgemeinde

Einblick über alle Fragen zu verschaffen. 2. Die Versammlung sei von Landwirten, also Privatleuten einberufen worden. Sie könne deshalb nur dazu dienen, Aufklärung zu schaffen. Damit war klargestellt: Rechtlich verbindliche Beschlüsse konnte die Massenversammlung im Gesellenhaus nicht fassen. Dazu war nach der Gemeindeverfassung allein die Gemeindevertretung in der Lage. 3. Seit Jahrhunderten bildeten Stadt und Landgemeinde bereits eine wirtschaftliche Einheit. Jetzt sollten sie auch kommunalpolitisch vereinigt werden. Unter einer Verwaltung könnten alle Aufgaben besser erfüllt werden. 4. Richtig sei: Die Stadt empfangen mehr als sie gebe. Sie sehe sich indes in mehreren Bereichen vor großen Aufgaben, deren Lösung auch der Landgemeinde zugute käme. Es wäre deshalb nur angemessen, wenn auch sie zu den Kosten beitrüge. 5. Die Entwicklung der Industrie und der ständige Zuzug von Arbeiterbevölkerung hätten dazu geführt, dass die Landwirtschaft nur noch eine kleine Rolle spiele. 74 Prozent aller Steuerpflichtigen seien Lohn- und Gehaltsempfänger. Der Anspruch der Landwirte um Klosterschulte, die Interessen der Landbevölkerung insgesamt zu vertreten, sei deshalb unhaltbar. Trotzdem seien der Landwirtschaft im Vertrag auf Veranlassung ihres Vertreters wichtige Zusicherungen für die Regelung der Grund- und Gebäudesteuer gemacht worden. 6. Die Eingemeindungskommission sei einmütig zu der Überzeugung gelangt, dass die Vereinigung eine Notwendigkeit sei und im Interesse *beider* Gemeinden liege.

Neue Komplikationen

Gewiss zur großen Überraschung der meisten Zuhörer trat in der Versammlung nun noch ein weiterer Kritiker des Vertragsentwurfs und damit verbundener Regelungen auf. Es war der langjährige Vorsitzende der Eingemeindungskommission und Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Bernhard Moormann. Einige Stadtverordneten hatten ihm zuvor bereits Verschleppungspolitik in dieser Sache vorgeworfen. Moormann war daraufhin aus dem neuen Eingemeindungsausschuss ausgetreten. In der großen Versammlung im Gesellenhaus am 1. März beanstandete er zwei Abmachungen der Eingemeindungskommission: Die Vereinbarung über die Pension für Bürgermeister Hartmann sei „hinter den Kulissen“ ausgehandelt worden und viel zu hoch ausgefallen. Zum weiteren: Es seien Änderungen in der Kommunalbesteuerung vorgesehen, die nach seiner Berechnung gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe sowie die Hausbesitzer „ungeheuer“ belasteten. Er verlangte deshalb entsprechende Korrekturen, nämlich eine „peinlich sparsame“ Eingemeindung und möglichste Einschränkung der Ausgaben für Beamte. Als billigsten

und einfachsten Weg zur Eingemeindung schlug er vor: Sie solle am folgenden Tage, also am 2. März 1922, zwar beschlossen werden, der definitive Übergang der Landgemeinde in die Stadt aber erst mit dem Tag des Abgangs von Bürgermeister Hartmann erfolgen. Zur Regelung aller vorläufigen gemeinschaftlichen Interessen sollte eine Kommission aus je fünf Mitgliedern beider Gemeinden gewählt werden. Aus seiner Sicht bot sein Antrag einen entscheidenden Vorteil: Es blieb offen, wann die Eingemeindung in Kraft trat. Moormann verhehlte auch nicht, warum er riet, so zu verfahren. Er hielt nämlich für nicht ausgeschlossen, dass Bürgermeister Hartmann gar nicht bereit sein würde, sein Amt niederzulegen. Nur wenn man so verfare, war nach seiner Überzeugung sicherzustellen, dass Hartmann nicht auch Bürgermeister der neuen großen Stadt Werne werden würde. Dass Moormanns Haltung noch durch weitergehende Überlegungen bestimmt wurde, sollte sich bald zeigen.

Der Verlauf der Versammlung hatte den Landwirten deutlich gemacht, dass grundsätzlicher Widerstand gegen die Eingemeindung sinnlos geworden war. Chancen, die befürchtete Grundsteuererhöhung zu vermeiden, boten sich jetzt allein noch durch die Unterstützung von Moormanns Antrag. Er war ihnen willkommen, weil er die Möglichkeit zu bieten schien, die Vereinigung von Stadt und Land auf nicht absehbare Zeit zu verschieben, - und damit auch die Steueranhebung. Sie kündigten deshalb an, den Moormann-Antrag der Sitzung der Gemeindevertreter am folgenden Tag vorzulegen.

Am Schluss der Versammlung am 1. März 1922 standen demnach zwei Anträge: Zum einen der Vorschlag der Eingemeindungskommission, die Vereinigung von Stadt- und Landgemeinde sofort zu beschließen. Zum anderen Moormanns Antrag, sie von Bürgermeister Hartmanns Ausscheiden aus dem Amt abhängig zu machen. Eine Abstimmung wurde in der Versammlung, der ja, wie Ohm klargestellt hatte, kein Beschlussrecht zukam, nicht durchgeführt. Zu entscheiden hatten darüber am folgenden Tage allein die Gremien von Land und Stadt Werne.

Umstrittene Entscheidung

Am 2. März 1922 fand zuerst eine gemeinsame Besprechung von Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretung statt. Nach eingehender Erörterung wurde zunächst *unverbindlich* über den Entwurf des Eingemeindungsvertrages abgestimmt. Er wurde angenommen, und zwar durch die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung mit allen gegen eine Stimme, nämlich die Moormanns, und der Gemeindevertretung mit allen

Stimmen bei einer Enthaltung, nämlich der Hellhammers. Der Magistrat hatte sich bereits am 24. Februar 1922 einmütig für die Eingemeindung ausgesprochen.

Für die *entscheidende* Abstimmung, die sich unmittelbar daran anschloss, trennten sich die Körperschaften. In der Stadtverordnetenversammlung änderte sich das Stimmverhalten nicht. Wohl aber in der Gemeindevertretung.¹⁴⁹ Dort votierten jetzt nur noch sechs Stimmen für, aber fünf gegen die Eingemeindung. Die fünf Gegner waren offensichtlich Anhänger des Moormann-Antrages. Angenommen wurde zugleich das Angebot von Amtmann Ohm vom 13. Februar 1922, in dem er seine Bereitschaft erklärt hatte, die Bürgermeisterstelle zu übernehmen.¹⁵⁰ Der Beschluss war erst auszuführen, wenn das Pensionsgesuch von Bürgermeister Hartmann genehmigt war.

Moormann bekräftigte in den folgenden Wochen seine Ablehnung der Eingemeindung unter diesen Bedingungen. Er nahm die Entscheidung zum Anlass, in enger Abstimmung mit Gemeindevertreter Hellhammer Besteuerungspraxis und Finanzgebaren der Stadt- und Landgemeinde scharfer Kritik zu unterwerfen. Zum einen bestritt er entschieden, was nicht nur Hartmann, sondern auch Amtmann Ohm behauptet hatte, mit Einverleibung der Zeche am 1. Oktober 1922 werde unmittelbar eine wesentliche Steuererleichterung für die Eingessenen der Stadt eintreten. Nach Moormanns Berechnungen wurden zum anderen die Gewerbetreibenden nicht nur übermäßig, sondern „in einer gesetzlich nicht zu rechtfertigenden Weise“ zur Gewerbesteuer herangezogen. Aus seiner Sicht waren nicht nur die Personalkosten der Verwaltung viel zu hoch, sondern war überhaupt der Umgang der Gemeinderäte und Stadtverordnete mit den Geldern allzu großzügig, namentlich bei der anstandslosen Bewilligung der hohen Abfindungsforderungen der beiden leitenden Beamten. Zu ihrer Kritik sahen sich Moormann und Hellhammer vor allem deshalb berechtigt, weil ihre Betriebe, die Zeche und Moormanns Brennerei, die höchsten Steuerzahler in Stadt und Land waren. Beide verwahrten sich gegen den Vorwurf, überhaupt gegen die Eingemeindung zu sein. Moormann erklärte vielmehr „unter Ehrenwort und eidesstattlich“, er sei ein Freund der Eingemeindung.

¹⁴⁹ StAWe D I 44, Beschluss der Gemeindevertretung Werne vom 2.3.1922.

¹⁵⁰ StAWe C VII 34, Magistrat an Bezirksregierung, 8.11.1922, Konzept.

Sein Bestreben sei aber, diese auf billigstem Wege durchzuführen, und eben das sei nicht geschehen. Hellhammer äußerte sich in ähnlicher Weise.¹⁵¹

Die neue Stadt Werne

Nach der Entscheidung der lokalen Gremien am 2. März 1922 vollzog sich das weitere Verfahren zur Eingemeindung ohne Komplikationen, sieht man von einer einmonatigen Verzögerung ab. Am 27. März 1922 beschloss die *Amtsversammlung Werne* mit 10 gegen 6 Stimmen, die durch Vereinigung der Landgemeinde Werne mit der Stadt Werne erforderlich werdende Auflösung des Amtsbezirks Werne gutzuheißen.¹⁵² Der *Kreistag* erklärte am 3. Juli 1922 sein Einverständnis damit, dass die Landgemeinde Werne mit dem 1. Oktober 1922 in die Stadt Werne eingegliedert, der Amtsbezirk Werne aufgelöst und die Gemeinde Stockum dem Amt Herbern und die Gemeinde Capelle dem Amt Nordkirchen zugeteilt würden. Nach Klärung aller einschlägigen Vorfragen beschloss das *Preußische Staatsministeriums* am 28. Oktober 1922, dass die Landgemeinde Werne mit der Stadtgemeinde Werne am **1. November 1922** vereinigt werde. Mit diesem Datum entstand **die neue Stadt Werne**.

Sie stellt den seltenen Fall dar, dass mit ihr ein Bezirk eingemeindet wurde, der ihr an Einwohnerzahl, Flächengröße und Wirtschaftskraft überlegen war. Die neue Stadt zählte 12.117 Einwohner. Von ihnen kamen 5165 aus der Altstadt, 6952 aus der Landgemeinde. 9940 waren katholisch, 2100 evangelisch, 48 Dissidenten, 29 Juden. Das Stadtgebiet wuchs durch den Einbezug der Landgemeinde mit ihren sieben Bauerschaften von 652 auf 6049 ha.¹⁵³

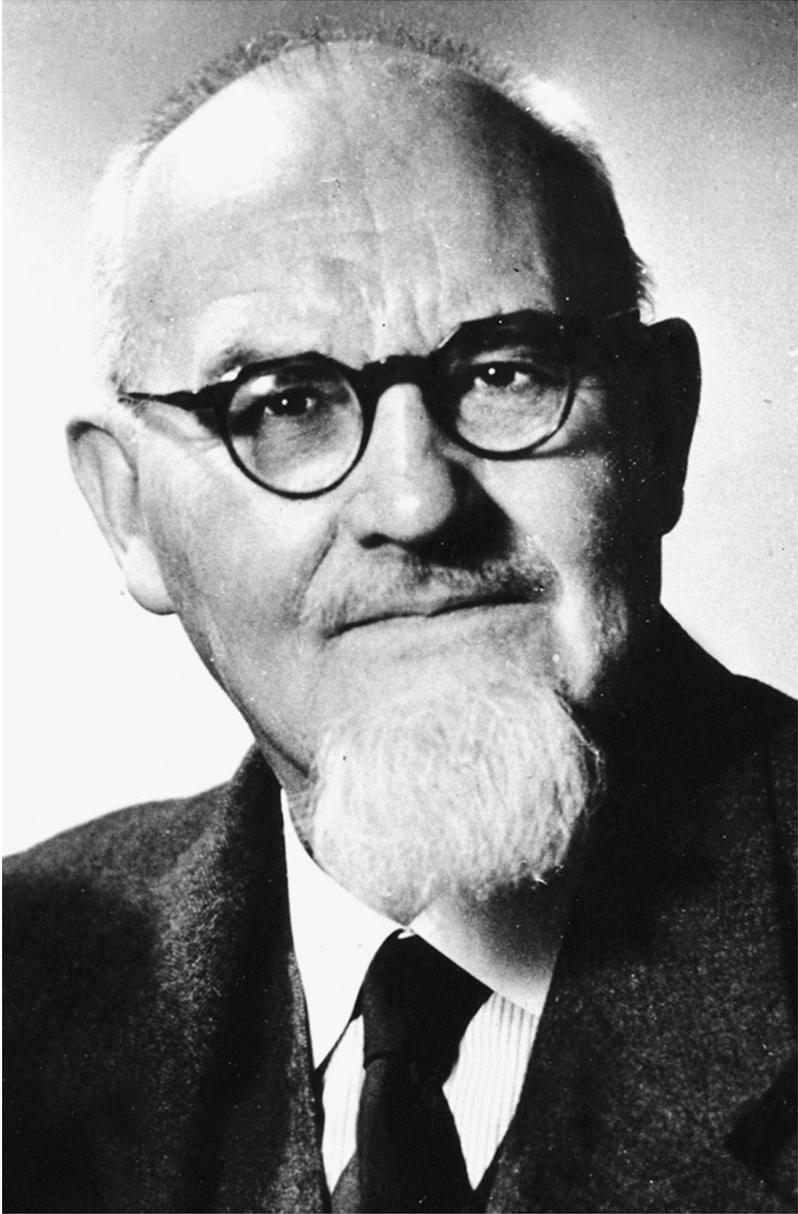
Bürgermeister Hartmann war seit dem 1. Oktober 1922 im Ruhestand. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung verliehen ihm die Ehrenrechte. Auf Antrag des Magistrats wurde der frühere Amtmann *Johannes Ohm* durch Regierungsverfügung vom 9. November 1922 *zum kommissarischen Bürgermeister* bestimmt. (Abb. 7)

Größe und Zusammensetzung der **Stadtverordnetenversammlung** waren den gewandelten Verhältnissen anzupassen. Als nicht angängig erschien,

¹⁵¹ s. StAWe C VII 46, Bernhard Moormann an den Innungsausschuss zu Werne, März 1922; StAWe D I 44, Protokoll der Sitzung des Beauftragten des Regierungspräsidenten, des Assessors Martinus, und der Kommissionsmitglieder, 26.4.1922.

¹⁵² StAWe D I 44, Beschluss der Amtsversammlung Werne vom 27. März 1922. Gemeindevertretungen Stockum und Capelle 9.11.1922.

¹⁵³ Zahlenangaben nach: 01-576, Verwaltungsbericht der Stadt für das Rechnungsjahr 1922.



*Abb. 7: Johannes Ohm, Amtmann des Amtes Werne 1907 - 1922
Bürgermeister der Stadt Werne 1922 - 1933*

den bisherigen Rat, der 18 Mitglieder gehabt hatte, durch Hinzutritt des Gemeinderats mit nur 11 Mitgliedern zu ergänzen. Stadt- und Landinteressen wären zahlenmäßig nicht ausgewogen repräsentiert gewesen. Man verständigte sich auf eine angemessenere Verteilung der Mandate und bestimmte, die neue Stadtverordnetenversammlung sollte 30 Mitglieder haben. Als Wahltermin wurde der 10. Dezember 1922 festgelegt.

a) Die neue Stadtverordnetenversammlung

Unmittelbar vor der Wahl kam es in der *Zentrumspartei* zu einer Auseinandersetzung, die aufschlussreich ist für soziale Struktur, Organisation und programmatische Ausrichtung des Ortsvereins. Wir erinnern uns: Bei der Kommunalwahl im März 1919 war die Partei in der Stadt mit einer Liste aufgetreten und hatte 73,4 Prozent der Stimmen erzielt. Vor der nun anstehenden Neuwahl der Stadtverordneten wurde in Parteiversammlungen die Frage aufgeworfen, wie man sich den Wählern präsentieren sollte. In einer Vorstandssitzung sprachen sich die drei Arbeitervertreter und einige andere Mitglieder wieder für eine Einheitsliste aus. Die große Mehrheit aber votierte für eine ständische Lösung: Arbeiterschaft und Mittelstand sollten mit getrennten Listen bei der Stadtvertreterwahl auftreten.

In der Zentrumsarbeiterschaft sahen manche in dieser Entscheidung die Fortsetzung einer seit langem bestehenden Praxis der Ortsvereinsleitung, Arbeiter nicht als gleichberechtigte Parteimitglieder anzusehen. Ihre Verärgerung äußerte sich nun in deutlicher öffentlicher Kritik an der Führung und der politischen Ausrichtung des Ortsvereins. Man beschwerte sich, für die lebhafteste Unterstützung der Partei insbesondere bei Wahlen nie die gebotene Anerkennung gefunden zu haben. Verlangt wurde, bei der Besetzung von Leitungspositionen in der Gemeinde dürfe nicht, wie bisher, der Berufsstand ausschlaggebend sein; vielmehr müsse der Grundsatz gelten: „Freie Bahn dem Tüchtigen“. Die örtliche Partei dürfe sich nicht weiterhin am „Programm der Programmlosigkeit“ orientieren, also am Grundsatz, Politik gehöre nicht in die Kommune, da es dort nur um wirtschaftliche Belange gehe. Gefordert wurde vielmehr, die Grundsätze, die die Zentrumspartei für die allgemeine staatliche Politik proklamiere, auch auf die Kommunalpolitik anzuwenden. Nur wenn man sich programmatisch auf die Anforderungen der modernen Zeit einstelle, könne man sich gegenüber der Sozialdemokratie behaupten.¹⁵⁴

¹⁵⁴ „Lüdinghauser Zeitung“ 9.12.1922, Leserbrief eines Arbeiterzentrumwählers.

Ob diese Kritik zu Änderungen in der Ausrichtung des Ortsvereins geführt hat, läßt die lückenhafte Überlieferung nicht erkennen. Wichtig erscheint vor allem: Sosehr viele Zentrumsanhänger in der Aufstellung einer Arbeiterliste eine Ausgrenzung und Kränkung sehen mochten, die Entscheidung hierzu erwies sich als erfolgreich. Bei allen Kommunalwahlen in der Weimarer Republik (1922, 1924 und 1929) ist die Werner Zentrumsparlei fortan stets mit zwei Listen angetreten, einer Arbeiter- und einer Mittelstandsliste. Dabei errang die Liste der Zentrumsarbeiterschaft meistens mehr Mandate als die Zentrums-Mittelstandsliste. Unter Führung von Theodor Gräve, dem Vorsitzenden des Lokalkomitees des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, bildete sie die größte Fraktion, und Gräve wurde in mehreren Jahren jeweils zum Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Erst bei der schicksalhaften Wahl im März 1933 trat die Zentrumsparlei in Werne wieder geschlossen mit einer einzigen Liste auf, wie wir sehen werden.

Fünf Wahlvorschläge wurden für die Stadtverordnetenwahl vorgelegt. Das Zentrumslager trat, wie erläutert, mit der Liste der „Christlichen Arbeiter“ und der „Mittelstandsliste“ an. Die Sozialdemokraten warben mit der Liste der „Vereinigten sozialdemokratischen Parteien“ um Wähler. Die USPD hatte sich inzwischen aufgelöst, und ein Teil ihrer Reichstagsabgeordneten hatte sich der MSPD angeschlossen. Die anderen Listen verwandten berufsständische Bezeichnungen. Um die Stimmen des bürgerlichen Lagers kämpften neben dem Zentrum ebenso die beiden Listen „Beamte“ und „Mittelstandsvereinigung Ehringhausen“.

Klarer Sieger der Wahl waren die Christlichen Gewerkschaften, die mit 43,7 Prozent 13 Mandate gewannen, gefolgt von der „Mittelstandsliste“ des Zentrums, der mit 22,9 Prozent 8 Mandate zufielen. Die „Mittelstandsvereinigung Ehringhausen“ erreichte mit 14,2 Prozent vier Sitze. Die SPD-Liste kam mit 11,1 Prozent auf drei Mandate. Die „Beamten“-Liste konnte in der Ratsversammlung mit einem Anteil von 8,2 Prozent zwei Sitze einnehmen. Das Zentrum besaß also in der neuen Stadtvertretung mit ihren beiden Listen eine Zweidrittel-Mehrheit. (s. Anhang III,1)

In seiner sozialen Zusammensetzung war der Werner Rat Spiegelbild einer Industriestadt: Fast die Hälfte der Stadtverordneten war auf der Zeche beschäftigt. Zu ihnen gehörten, neben den zahlreichen Bergleuten, auch der Betriebsleiter August Schmidt, Anführer der „Beamten“-Liste, und der Geschäftsführer der Zechenverwaltung, Karl Hellhammer, der - wie

übrigens auch Bernhard Moormann - über die Liste der „Mittelstandsvereinigung Ehringhausen“ in den Rat gewählt worden war. Weiter gehörten dem neuen Gremium zehn Gewerbetreibende an, außerdem vier Beamte bzw. Angestellte, zwei Landwirte und ein Selbständiger.

b) Der neue Magistrat

Auf der Magistratsebene vollzog sich ebenfalls ein weitgehender Wechsel. Bürgermeister Hartmann war, entgegen mancher Befürchtung, in der Tat am 1. Oktober 1922 in den Ruhestand getreten. Am 20. November 1922 bereits trat Ohm sein neues Amt als kommissarischer Bürgermeister an. Am 24. Januar 1923 wählte ihn die neue Stadtvertretung für 12 Jahre zum Bürgermeister. Das Preußische Staatsministerium bestätigte seine Wahl am 15. März 1923. Da auch der Beigeordnete Bisping sein Amt, wie im Vereinigungsvertrag vorgesehen, niedergelegt hatte, bestimmte die Stadtverordnetenversammlung am 24. Januar 1923 den Bergmann Jakob Kuhn, zugleich Vorstandsmitglied des lokalen Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, zu seinem Nachfolger. Er war schon seit 1919 Magistratsschöffe gewesen.

Anfang 1923 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die Zahl der Magistratsschöffen von vier auf sechs zu erhöhen. Mit dem Bürgermeister und dem Beigeordneten sollte der Magistrat also jetzt aus acht Mitgliedern bestehen. Vereinbarungsgemäß legten die bisherigen Magistratsschöffen ihr Amt nieder. Wahlvorschläge für die Neuwahl der Schöffen am 24. Januar 1923 mussten von mindestens fünf Stadtverordneten unterzeichnet sein und durften nicht mehr als 12 Kandidaten-Namen enthalten.

Vorgelegt wurden zwei Wahlvorschläge. Sie verdienen Aufmerksamkeit, weil sie von parteiübergreifenden Bündnissen getragen wurden. Auf der *ersten Liste* hatte sich die Fraktion des Arbeiterzentrums mit der Beamten-Fraktion und der SPD, die wegen des Quorums von mindestens fünf Stimmen nicht einen eigenen Wahlvorschlag hatte präsentieren können, zusammengeschlossen. Fast alle Unterzeichner waren auf der Zeche beschäftigt.

Die *zweite Liste* war unterzeichnet von Vertretern mittelständischer Gruppen; allein vier von ihnen gehörten der Fraktion Mittelstands-Zentrum an. Nicht die Parteien traten also bei der Magistratswahl einander gegenüber, sondern die großen gesellschaftlichen Gruppen der Stadt, die Welt der Industrie auf der einen Seite, der Mittelstand auf der anderen Seite.¹⁵⁵

Klarer Sieger bei der Wahl der Magistratsschöffen war der 1. Wahlvorschlag. Er erhielt 18 Stimmen. Das bedeutete: vier Sitze im Magistrat. Der 2. Vorschlag kam auf 11 Stimmen; das bedeutete zwei Sitze.¹⁵⁶ In den Magistrat zogen danach von der 1. Liste vom Arbeiterzentrum Bergmann Hermann Hesener, Vorsitzender des Ortskartells des Verbandes der christlichen Bergarbeiter; Schlosser Hermann Rehr, seit 10 Jahren bereits Mitglied der Gemeindevertretung und der Amtsvertretung, und Bergmann Franz Ziranek ein; außerdem Betriebsleiter August Schmidt von der Beamten-Liste, der bereits seit 1919 dem Magistrat angehört hatte. Die SPD blieb ohne Vertretung im Magistrat. Vom 2. Wahlvorschlag, dem Mittelstandsbündnis, wurden Magistratsschöffen:¹⁵⁷ Bäckermeister Matthias Bisping, seit zwei Jahren Beigeordneter, und Rechtsanwalt und Notar Ernst Capelle, seit Ende 1918 zeitweise Vorsitzender des Zentrum-Ortsvereins. (s. Anhang III,2)

Nach der Wahl der Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder waren alle Leitungsfunktionen der großen Stadt Werne neu besetzt.

¹⁵⁵ Die erste Liste führte zwölf Namen auf, davon allein sieben Bergleute (Bernhard Hesener, Franz Ziranek, Albert Günnewig, Walter Spies, Heinrich Schöpfer, Bernhard Beisemann, Hermann Seyfarth jr.). Es folgten zwei Handwerker (Schlosser Hermann Rehr, Maurer Fritz Steinweg), ein Lehrer (Alex Robert), ein Eisenbahntechniker (Fritz Berens) und Betriebsleiter August Schmidt, der bisher bereits Schöffe gewesen war.

Unterzeichnet war die Liste von den Stadtverordneten Bergmann Matthias Abels, Maurer Heinrich Hesener, Bergmann Bernhard Schriever, Betriebsleiter August Schmidt und Bergmann Theodor Gräve.

Die zweite Liste nannte sechs Kandidaten: Bäckermeister Matthias Bisping, Rechtsanwalt Ernst Capelle, Maurermeister Anton Holtrup, Schreinermeister Gottfried Witte, Landwirt Anton Stammschroer in Holthausen, Bäckermeister Aloys Hauschopp in Langern.

Unterzeichnet hatten die Stadtverordneten Kaufmann Rudolf Werkmeister, Gastwirt Carl Lugge, Schneidermeister Friedrich Stückmann, Lehrer Johannes Vahle und Architekt Otto Wehmeyer. Allein vier seiner fünf Mitglieder gehörten dem Mittelstands-Zentrum an. Also ein Bündnis mittelständischer Interessen. StAWe C VII 34.

¹⁵⁶ Zum Berechnungsverfahren s. die Aufstellung des kommissarischen Bürgermeisters Ohm vom 24.1., in: C VII 34.

¹⁵⁷ Ebenda, Magistrat an Bez.Regierung 29.1.1923.

III. Das Krisenjahr 1923

Am 11. Januar 1923 begannen französische und belgische Truppen, das Ruhrgebiet zu besetzen. Auch in Wernes Nachbarstädte Lünen und Bergkamen zogen fremde Truppen ein. Frankreich und Belgien begründeten ihren Schritt mit dem Vorwurf an das Deutsche Reich, seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt zu haben. Die Reichsregierung rief am 13. Januar zum „passiven Widerstand“ auf, also dazu, die Weisungen der Besatzer nicht zu befolgen.

In der Lippestadt war die Sorge groß, dass Stadt und Bergwerk ebenfalls besetzt würden. Bürgermeister Ohm und Stadtverordnetenvorsteher Gräve wandten sich am 18. Januar in einem pathetischen Aufruf an die Öffentlichkeit.¹⁵⁸ „Der Feind steht vor den Toren der Stadt“, so hieß es zu Beginn. Die Einwohner wurden beschworen, „in dieser gemeinsamen Not...mehr als je zusammen zu halten“, und aufgefordert: „Treu wollen wir unsere Regierung in ihrem verantwortungsvollen Amte unterstützen...Einig wollen wir sein in der Hoffnung, dass die auf Waffengewalt gestützten Pläne der Feinde an der trotzigen Einigkeit des deutschen Volkes zerschellen.“ Ziehe die feindliche Besatzung ein, dann seien Ruhe und Besonnenheit geboten und „Wahrung der Würde“.

In einer Konferenz in Lüdinghausen verständigten sich die Leiter der Gemeindeverwaltungen des Landkreises auf eine Vielzahl von Maßnahmen, wie Behörden und Mitarbeiter, insbesondere die Polizei, sich den Besatzungstruppen vor Ort gegenüber verhalten sollten. Einig war man sich vor allem darin, den von der Reichsregierung proklamierten passiven Widerstand entschlossen zu unterstützen.¹⁵⁹

Die fremden Truppen haben die Lippe nicht überquert. Werne blieb unbesetzt. Gravierende Folgen des „Ruhrkampfes“ aber bekam auch die Lippestadt in den folgenden Monaten unmittelbar zu spüren. Die Finanzierung des arbeitslosen Ruhrgebietes überforderte bald die Kräfte des Reiches. Der Wert der Mark sank ins Bodenlose. Im Januar 1923 betrug der Wert des Dollars 1800 Mark, im November 1923, zum Zeitpunkt der Währungsreform, 4,2 Billionen Mark. Die Hyperinflation traf alle Rentner, die kleinbürgerlichen Schichten, die ihre Ersparnisse in Konten angelegt hatten, und die Lohn- und Gehaltsempfänger. Andererseits wurden alle Schulden, die auf Boden- und Sachwerten lagen, faktisch aufgelöst.

¹⁵⁸ StAWe 02/11, Aufruf vom 18.1.1923.

¹⁵⁹ Ebenda, Notizen von Bürgermeister Ohm über eine Besprechung in Lüdinghausen am 27.1.1923.

Welche Auswirkungen diese Entwicklung für die städtischen Finanzen und die Lebensverhältnisse vor Ort konkret hatten, sei an einigen Beispielen verdeutlicht.

Der Haushaltsplan der Stadt Werne für das Rechnungsjahr 1923/24 bewegte sich bald in bis dahin unvorstellbaren Größenordnungen. Er ging im Mai 1923 schon von 605.000.000 Mark aus, musste im August verzehnfacht werden und erreichte im November 1923 einen Höchststand mit 4.200.000.000.000 Mark. Nach dem Vorbild anderer Gemeinden sah sich die Stadt im Mai gezwungen, eigenes Notgeld in Umlauf zu bringen. Die Löhne für die städtischen Arbeiter mussten schon im März um 50 Prozent erhöht, im Juli zweimal verdoppelt werden. Am 13. August wurde der Stundenlohn auf 160.000 Mark, am 30. August auf 480.000 Mark festgesetzt. Bis November folgten weitere Lohnerhöhungen im wöchentlichen oder halbwochentlichen Abstand. Wachsende Verbitterung richtete sich vor allem gegen die ständig steigenden Preise für Lebensmittel. Nach jeder Lohn- oder Gehaltszahlung war zunehmend Eile angesagt, die soeben ausgezahlte Menge Papiergeld sogleich in Sachwerte umzusetzen, um nicht schon wenige Stunden später das Doppelte oder Mehrfache dafür bezahlen zu müssen. Der Verwaltungsbericht der Stadt für das Rechnungsjahr 1923/24 sprach vom „fürchterlichsten Währungsverfall, den je die Weltgeschichte erlebt hat.“¹⁶⁰

Gravierend waren vor allem die sozialen Folgen der Geldentwertung. Die Stadt hatte eine wachsende Zahl von Fürsorgeempfängern zu unterstützen, deren Ersparnisse aus Kapital- und Grundbesitz wie auch aus privaten Versicherungen die Inflation aufzehrte. Ein Reichsgesetz hatte den Gemeinden 1922 die Unterstützung zur Pflicht gemacht; ein Fünftel der Unterstützungsleistungen mussten sie selbst aufbringen. 276 Sozialrentnern wurde in Werne das ganze Jahr hindurch ein monatlicher Zuschuss zu ihren Renten gezahlt. 38 weitere versorgte die Stadt mit Lebensmitteln, die zuvor in den Bauerschaften gesammelt worden waren. 23 Kleinrentner erhielten monatlich eine Unterstützung. 277 Familien bekamen staatliche Mittel zur Brotverbilligung. 79 Erwerbslose versuchte die Stadt zu beschäftigen, vor allem im Straßen- und Wegebau. Zudem mussten 32 Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet versorgt werden.¹⁶¹

¹⁶⁰ StAWe C VII 47, Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1923/24.

¹⁶¹ s. zu diesen Zahlen: StAWe Magistratsprotokoll XIII/7 ; StAWe C VII 47, Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1923/24.

Was hatte die 1919 gegründete Republik ihren Bürgern bisher geboten? Viel Elend, viele Enttäuschungen; es gab wenig Hoffnung auf bessere Zeiten.

Die neue Reichsregierung Stresemann (Kabinett der großen Koalition aus DVP, Zentrum, DDP, SPD) sah sich ab September 1923 aus finanziellen und innenpolitischen Gründen gezwungen, den passiven Widerstand aufzugeben und den Ruhrkampf abzubrechen. In den folgenden Wochen war die Republik schwersten innenpolitischen Bedrohungen *von links und rechts* ausgesetzt. Im Oktober kam es in *Sachsen* zu schweren Unruhen, nachdem SPD und KPD eine Regierung gebildet und mit der Aufstellung „proletarischer Hundertschaften“ begonnen hatten. Die KPD plante nach dem Vorbild des bolschewistischen Russland einen „deutschen Oktober“. Die Reichsregierung verhängte die Reichsexekution gegen Sachsen, ließ Reichswehrtruppen einmarschieren und setzte an die Stelle der Regierung einen Reichskommissar. In *Hamburg* unternahmen Kommunisten einen Putschversuch, den die Polizei vom 22. - 24. Oktober in blutigen Straßenkämpfen niederwarf. Der „deutsche Oktober“, den die KPD-Zentrale entfesseln wollte, fand nicht statt. Die Franzosen ließen im Oktober und November durch separatistische Gruppen *im Rheinland und in der Pfalz* „autonome Republiken“ ausrufen. Sie scheiterten am Widerstand der Bevölkerung.

Der *Konflikt zwischen Bayern und dem Reich* verschärfte sich. In dessen Verlauf erklärte Hitler, der Führer der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP), in München in der Nacht vom 8. zum 9. November die Regierungen des Reichs und Bayerns für abgesetzt und proklamierte eine provisorische Reichsregierung unter seiner und General Ludendorffs Führung. Ein Demonstrationszug der NSDAP am 9. November wurde an der Feldherrnhalle in München von der Polizei beschossen und zerstreut. Der *Hitler-Putsch* war damit gescheitert.

NSDAP und die KPD wurden für das ganze Reichsgebiet verboten.

Die Republik hat sich im Oktober und November 1923 mit der Abwehr der Putschversuche von links und rechts erfolgreich behauptet. Der Regierung Stresemann gelang es im November 1923, die Inflation durch eine Währungsreform zu stoppen. Mit der Schaffung der „Rentenmark“ wurde eine *stabile Währung* begründet.

IV. Werne in der Phase der Stabilisierung der Republik (1924 - 1929)¹⁶²

Die Erschütterung der Gesellschaft durch die politischen und wirtschaftlichen Krisen des Jahres 1923 machte sich in den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 auch in Werne bemerkbar.

Reichstagswahlergebnisse (in %) vom 4. Mai 1924

	SPD	KPD	Z	DDP	DVP	DNVP	WP	NSDAP
Reich	20,5	12,6	13,4	5,7	9,2	19,5	2,4	6,5
Prov. Westf.	15,9	16,9	32,2	4,7		13,5		
Reg. Bez. MS	9,9	2,9	51,6	2,0	5,8	8,1		
Stadt Werne	7,5	19,9	56,9	0,9	6,4	3,0		

„Lüdinghauser Zeitung“ 5.5.1924

Einerseits: Wie im ganzen Reich erlitten die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) auch in Werne Verluste. Die SPD kam nur noch auf 7,5 Prozent, ihr schlechtestes Ergebnis in der Zeit der Weimarer Republik. Geradezu dramatisch waren die Einbußen des Zentrum (gegenüber 1920 um 16,5 Prozent); es behauptete aber noch immer mit großem Vorsprung seine dominierende Stellung vor Ort. Die DDP hatte mit 0,9 Prozent noch weitere ihrer wenigen Wähler verloren und war bedeutungslos geworden.

Andererseits: Es gewannen die rechtsbürgerlichen Parteien: die DVP wuchs leicht von 5,2 auf 6,4 Prozent; deutlich mehr die DNVP, von 0,8 auf 3 Prozent. Beobachten läßt sich zugleich, dass in der Lippestadt nun auch nationalistische und antisemitische Splitterparteien auf der äußersten Rechten Wähler gewannen: die Deutsch-völkische Freiheitspartei (53 Stimmen), die damit mehr Stimmen bekam als die DDP; die nationale Freiheitspartei (9 Stimmen) und die Deutsch-Soziale Partei (27 Stimmen), zusammen 1,8 Prozent. Gewichtiger aber war vor allem die Zunahme des politischen Radikalismus von links. Die KPD, die in der Lippestadt erstmalig antrat, überflügelte sofort die SPD und wurde mit 19,9 Prozent zweitstärkste Partei.

¹⁶² Den Begriff der „relativen Stabilisierung“ der Republik zur Charakterisierung der Phase 1924 - 1929 verwendet Eberhard Kolb. Ursula Büttner spricht von „Stabilisierung auf gefährdeter Grundlage“.

Unübersehbar war: Es mehrten sich auch in der Lippestadt die Zeichen für das sinkende Vertrauen in das parlamentarisch-demokratische System.

Kommunalwahlen

Nach dem neuen Gemeindewahlgesetz vom 12. Februar 1924 war die Wahlzeit sowohl der Gemeindeverordneten wie auch der unbesoldeten Magistratsmitglieder nach fünf Jahren abgelaufen. Die deshalb anstehende **Wahl der Stadtverordneten** wurde gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 abgehalten, obwohl die letzte Kommunalwahl in Werne erst eineinhalb Jahre zurücklag.

Wiederum wurden von den Parteien fünf Wahlvorschläge präsentiert, aber z.T. andere als zwei Jahre zuvor. Neben der SPD trat nunmehr auch die KPD auf kommunaler Ebene mit einer Liste auf. Das Zentrum war erneut mit zwei Wahlvorschlägen vertreten, der Liste der „Christlichen Arbeiter“ und der „Zentrumsliste Mittelstand“. Fünfter Bewerber war eine „Allgemeine Bürgerliste“, offenbar Sammelbecken der Anhänger von DVP und DNVP und vielleicht auch weiter rechts angesiedelter Gruppierungen.

Die *Wahlbeteiligung* war ziemlich gering, betrug im Stadtgebiet insgesamt nur 66 Prozent, aber mit großen Unterschieden insbesondere zwischen den beiden Wahlbezirken in Evenkamp (43,6 und 53,8 Prozent) einerseits und den übrigen Bauerschaften (von 73,6 bis 85,2 Prozent) andererseits.

Am erfolgreichsten war wiederum der Gewerkschaftsflügel des Zentrums. Er gewann in der jetzt nur noch 22 Mitglieder zählenden Stadtverordnetenvertretung acht, der Zentrums-Mittelstand sieben Mandate. Die Allgemeine Bürgerliste kam auf drei Mandate. Das Zentrumslager verfügte mit 15 der 22 Sitze also wieder über eine Zwei-Drittel-Mehrheit. SPD und KPD errangen jeweils zwei Sitze. (s. Anlage IV,1)

An den beiden Wahlergebnissen dieses Tages in Werne ist vor allem auffällig: Reichstags- und Kommunalwahl haben für die Parteien z.T. zu erheblich unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Zum einen: Waren SPD und KPD bei der Kommunalwahl etwa gleich stark, hatte die KPD bei der Reichstagswahl mehr als doppelt so viele Stimmen errungen. Zum anderen: Das Zentrum schnitt bei der Kommunalwahl erheblich besser ab als bei der Reichstagswahl. Bei der Kommunalwahl, bei der die Kandidaten vor Ort in der Regel persönlich bekannt waren, Sympathien und Antipathien eine große Rolle spielten, gaben zum nicht geringen Teil andere Kriterien

den Ausschlag als bei der Reichstagswahl, bei der über Parteienlisten mit zumeist unbekanntem Kandidaten abzustimmen war.

Im Sozial- und Berufsprofil der neuen Stadtverordnetenversammlung sind gegenüber ihrer Vorgängerin insbesondere zwei Veränderungen erkennbar: Der Anteil der auf der Zeche Beschäftigten war - mit nur noch fünf Bergleuten - zurückgegangen, der Anteil der Gewerbetreibenden, unter ihnen allein neun Handwerker, deutlich gestiegen. Anzumerken ist auch: ein Mitglied der Zechenleitung ist nicht mehr im Stadtrat vertreten. Noch in anderer Weise brachte die Kommunalwahl vom 4. Mai 1924 eine bemerkenswerte Neuerung: Mit der Mittelstands-Liste des Zentrums zog zum ersten und bis 1933 zum letzten Male eine Frau in das Werner Stadtparlament ein. Es war die Lehrerin Anna Beul.

In Werne haben die KPD-Vertreter die vorgeschriebene Verpflichtung von Stadtverordneten akzeptiert und nicht, wie ihre Parteigenossen häufig andernorts, durch Handschlag dadurch ins Lächerliche zu ziehen versucht, dass sie mit roten Fausthandschuhen zur Sitzung erschienen oder nach vollzogener Verpflichtung sich demonstrativ in mitgebrachten Waschkübeln die Hände wuschen.¹⁶³ In Werne legten sie auch in der Folgezeit wenig revolutionäres Gehabe an den Tag.

Die Wahl der *Magistrats-Schöffen* schloss sich an. Drei Vorschläge wurden vorgelegt. Den ersten, mit vier Namen, präsentierten die Stadtverordneten der Allgemeinen Bürgerliste.¹⁶⁴ Der zweite, 12 Namen umfassende kam als gemeinsamer Vorschlag von den Ratsmitgliedern des Gewerkschaftsflügels und der Mittelstandsliste des Zentrums. Entsprechend sozial gemischt waren die Kandidaten: 4 Bergleute, 3 Handwerksmeister, 3 Landwirte, ein Gastwirt und ein Betriebsleiter. Der dritten Liste lag ein Wahlbündnis der Fraktionen von SPD und der KPD zugrunde. Vermutlich hat ein einfaches Kalkül zu diesem Vorgehen geführt. Da jede der beiden Parteien im Rat nur zwei Mandate besaß, ein Wahlvorschlag aber von mindestens drei Stadtverordneten zu unterzeichnen war, bot allein ein Wahlbündnis beider Parteien die Möglichkeit, Einfluss auf die Zusammensetzung des Magistrats zu gewinnen. Es kam dann auf die Reihenfolge der Bewerber in der Liste an. Da die KPD in der Stadt am 4. Mai 1924 sowohl bei der Reichstags- wie auch bei der Stadtverordnetenwahl mehr Stimmen als die

¹⁶³ s. hierzu Winkler, S. 268.

¹⁶⁴ Es waren Rechtsanwalt Ernst Capelle, Geschäftsführer Carl Hellhammer, Kaufmann Heinrich Haunhorst und Bauunternehmer Heinrich Wilde.

SPD erhalten hatte, war ihr Anspruch auf die ersten Plätze in der Liste gut begründet.

Bei der Wahl der sechs Magistratsschöffen am 2. Juni 1924 erhielt das Zentrum alle 15 Stimmen seines Lagers in der Stadtverordnetenversammlung. Für die beiden anderen Listen wurden je drei Stimmen abgegeben. Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl fielen der Zentrumsliste fünf Schöffensitze zu. Sie gingen an Bergmann Bernhard Hesener, Bäckermeister Matthias Bisping, Betriebsleiter August Schmidt, Gutsbesitzer Heinrich Ehringhausen und Schlosser Hermann Rehr. Bei Stimmengleichheit entschied das Los. Dabei ging die Allgemeine Bürgerliste leer aus. Das SPD-KPD-Wahlbündnis erhielt einen Sitz; ihn nahm der Bauarbeiter Anton Pabel ein.¹⁶⁵

Mit ihm war zum ersten Mal ein Vertreter der KPD in den Magistrat der Stadt Werne gelangt. Angesichts des Kampfes der KPD gegen das System von Weimar stellte sich sogleich die Frage, ob der neue Schöffe bereit sein würde, den gesetzlichen Bestimmungen seines Amtes gerecht zu werden. Seine Amtsführung hat der Stadtleitung dann offenbar keinen Anlass zu Beschwerden geboten. Pabel vertrat, wie Bürgermeister Ohm dem Regierungspräsidenten berichtete, die Interessen der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterschaft sehr nachdrücklich; aber Bedenken gegen ihn hätten sich nicht ergeben.¹⁶⁶ Wegen Verlegung seines Wohnsitzes schied er 1926 aus dem Magistrat aus. Der in der Liste der Ersatzmitglieder ihm folgende Bergmann Lorenz Löper lehnte die Annahme des Magistratsmandats ab mit der Erklärung, er sei aus der kommunistischen Partei ausgetreten und fühle sich nicht berufen, als Kandidat dieser Partei aufzutreten.¹⁶⁷ Nächster Bewerber nach der Liste war der Schlosser Alfred Schmidt, bereits Stadtverordneter und ebenfalls KPD-Mitglied. Er gab, wie es ein Erlass des preußischen Innenministers Severing vom 4. Juni 1924 verlangte, die Erklärung ab, die Pflichten eines Magistratsmitglieds - insbesondere die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit und zur Beachtung der Gesetze und Verordnungen sowie der Verfügungen der vorgesetzten Behörden - „gewissenhaft zu erfüllen und sein Amt nicht nach Parteiinstruktionen, sondern nach Recht und Pflicht zu erfüllen.“¹⁶⁸ Mit dieser Erklärung folgte Schmidt

¹⁶⁵ StAWe C VII 34, Wahlprotokoll vom 2.6.1924.

¹⁶⁶ Vgl. die Beurteilung der neuen Schöffen durch Bürgermeister Ohm im Schreiben an den Regierungspräsidenten vom 30.6.1924, in: StAWe C VII 34.

¹⁶⁷ Ebenda, Erklärung Löpers vom 7.8.1926.

¹⁶⁸ Ebenda, Erklärung Alfred Schmidts vom 1. 12.1926.

zugleich einer Direktive der Unterbezirksleitung der KPD in Essen an die Ortsgruppen. Da viele kommunistische Gemeindevertreter die geforderte schriftliche Verpflichtung, die Vertraulichkeit der Sitzungen anzuerkennen, verweigert hatten, waren sie von den Sitzungen ausgeschlossen worden. Die Parteileitung hielt es indes nicht für „zweckmäßig“, sich so zu verhalten. Denn nach ihrer Auffassung war nicht zu verantworten, dass die Wähler ihrer Partei ohne Vertreter in den Parlamenten blieben. Deshalb erging die Anweisung an die Mandatsträger, die geforderte Erklärung abzugeben.¹⁶⁹

Abgesehen von kleineren Störungen, arbeiteten die beiden Organe der Stadtleitung, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, in der Regel komplikationslos zusammen. Im März 1926 kam es indes zu einem bemerkenswerten, für das Selbstverständnis insbesondere der Stadtverordnetenversammlung aufschlussreichen Konflikt. Der SPD-Stadtverordnete Matthias Abels behauptete in einer Sitzung, in letzter Zeit seien 50 bis 60 Prozent der Beschlüsse der Stadtvertretung vom Magistrat nicht ausgeführt worden. Auf seinen Antrag hin beschloss das Gremium daraufhin einstimmig, fortan solle vor Eintritt in die Verhandlungen das Protokoll der vorausgehenden Sitzung verlesen werden. Außerdem hieß es: „Gleichzeitig berichtet der Magistrat über die Ausführung der Beschlüsse“.¹⁷⁰ Der Magistrat bestritt zum einen die Richtigkeit der Behauptung, lehnte aber vor allem eine generelle Berichterstattung ab, mit der Begründung, er sei „kein untergeordnetes Organ“ der Stadtverordnetenversammlung, - womit er die Rechtslage nach der Städteordnung korrekt wiedergab. Er zeigte sich aber bereit, auf Anfrage in Einzelfällen Auskunft zu geben. Habe er die Zustimmung zu einem Stadtverordnetenbeschluss versagt, werde er generell die Gründe hierfür schriftlich mitteilen.¹⁷¹

Die Reichtagswahlen vom 7. Dezember 1924

Hatten die Maiwahlen 1924 noch unter dem Eindruck der politischen und wirtschaftlichen Krisen des Jahres 1923 gestanden, fanden die Reichtagswahlen vom 7. Dezember 1924 unter verbesserten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen statt. In Deutschland ging die Arbeitslosigkeit im Herbst kontinuierlich zurück, die tariflichen Stundenlöhne stiegen, die Gewerkschaften setzten Arbeitszeitverkürzungen durch. Im Rückblick auf

¹⁶⁹ StAWe C VII 36. Der Regierungspräsident übermittelte mit Datum vom 28. Juni 1924 den Abdruck dieses Textes vom 21. Juni 1924 den nachgeordneten Behörden.

¹⁷⁰ StAWe C VII 36, Stadtverordnetenbeschluss vom 29.3.1926.

¹⁷¹ StAWe XIII/7, Magistratsprotokoll 31.3.1926.

Reichstagswahlergebnisse (in %) vom 7. Dezember 1924

	SPD	KPD	Z	DDP	DVP	DNVP	WP	NSDAP
Reich	26,0	9,0	13,6	6,3	10,1	20,5	3,3	3,0
Prov. Westfalen	22,6	9,8	33,9	4,7	10,6	13,5		1,1
Stadt Werne	9,0	15,0	58,5	1,6	6,5	3,4	0,6	
Stockum	7,2	3,3	71,8	1,8	3,3			1,3
Stadt Lüdingh.	7,3	1,4	66,6	2,3	4,4	11,7		

„Lüdinghauser Zeitung“ 10.12.1924

das Jahr 1924 beobachtete auch die Stadtleitung in Werne „Zeichen des Wiederaufstiegs“.¹⁷²

Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung im Reich schlug sich im Wahlergebnis nieder. Die Parteien, die die Republik trugen, konnten ihre Position auf der *Reichsebene* festigen. Die SPD legte wieder zu (4. Mai 1924: von 20,5 auf 26,0 Prozent). Das Zentrum blieb stabil (13,6 nach 13,4 Prozent). Leichte Zugewinne verzeichnete auch die DDP (von 5,7 auf 6,3 Prozent). Die bürgerlichen Rechtsparteien konnten sich ebenso etwas verbessern; die DVP (von 9,2 auf 10,1 Prozent) und die DNVP (von 19,5 auf 20,5 Prozent). Verlierer waren die extremen Parteien: die KPD ging von 12,6 auf 9 Prozent zurück. Noch stärker die NSDAP; sie verlor mehr als die Hälfte ihrer Wähler (von 6,5 auf 3 Prozent).

Dieser Trend war, allerdings in etwas abgeschwächter Form, auch in der *Stadt Werne* zu beobachten. Die SPD legte leicht zu (von 7,5 Prozent auf 9 Prozent); ebenso das Zentrum (von 56,9 Prozent auf 58,5 Prozent). Etwas verbessern konnten sich sowohl die DDP (von 0,9 auf 1,6 Prozent) wie auch die bürgerlichen Rechtsparteien DVP (von 6,4 auf 6,5 Prozent) und DNVP (von 3 auf 3,4 Prozent). Deutliche Stimmenverluste musste allein die KPD hinnehmen (von 19,9 auf 15 Prozent). Die NSDAP war, wie im Mai, auch jetzt hier völlig bedeutungslos geblieben.

Ausdruck der vom Verhältniswahlrecht begünstigten Parteienzersplitterung, die Mitte der 20er Jahre noch zunahm, war das gehäufte Auftreten von Kleinparteien, die sich z.T. für sehr spezielle Interessen einsetzten. Ihr Erscheinen auf den Wahlzetteln trug zur Verwirrung der Wähler bei und verstärkte den Eindruck, dass Demokratie zu Parteieninflation und

¹⁷² S. die Verwaltungsberichte in: StAWe C VII 46 und 47.

heilloser Zersplitterung führe.¹⁷³ So hatten z. B. bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 in Werne 15 Parteien Stimmen erhalten, davon fünf weniger als ein Dutzend.¹⁷⁴

Wernes „Schlüssel für den gewerblichen Wohlstand“

Streiks, aber auch das Ausscheiden der Kriegsgefangenen und der schlechte Zustand der Zechenanlagen hatten nach dem November 1918 zunächst den Rückgang der Kohleförderung verursacht. Früher aber als im Ruhrbergbau stieg die Förderung der Zeche Werne bereits 1919 wieder an. (s. Abb. 8) In ihrer Randlage zum Ruhrgebiet trafen sie die politischen Krisen der Anfangsjahre der Weimarer Republik, die Separatistenbewegung, der Kapp-Putsch 1920, und vor allem die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen 1923 weitaus weniger schwer als den Ruhrbergbau.

Der Bergbaubetrieb war „der Schlüssel für den gewerblichen Wohlstand“, wie es die Stadtleitung zum Ausdruck brachte.¹⁷⁵ Die Einseitigkeit der wirtschaftlichen Struktur wirkte sich freilich in Krisensituationen des Bergbaus nachteilig für die Stadt insgesamt aus, wie sich früh zeigte. Freilich: Werne war, im Unterschied zu vielen Ruhrgebietsstädten, keine reine Bergbaustadt. Sowohl ein breitgefächertes mittelständisches Gewerbe als auch die Landwirtschaft blieben in der Zeit der Weimarer Republik bedeutende Faktoren des Wirtschaftslebens. Die Volks- und Betriebszählung von 1925 machte dies sichtbar. Im Stadtgebiet gab es, außer der Zeche, 1140 Gewerbebetriebe und 1000 Land- und Forstwirtschaftsbetriebe.¹⁷⁶

Im Jahre 1923 erwarb der Klöckner-Konzern die Zechenanlage Werne von der Aktiengesellschaft Georgsmarienbergwerks- und Hüttenverein zu Osnabrück. Um in ihren Betrieben die Produktion technisch und organisatorisch zu rationalisieren, verfolgte die neue Eigentümerin, wie damals viele Unternehmen im Ruhrgebiet,¹⁷⁷ das Ziel, eine vertikale Konzernstruktur aufzubauen. Sie umfasste von der Rohstoffbasis im Kohlen- und Erzbergbau über Kohleveredlung, Eisen- und Stahlproduktion, Walzwerke

¹⁷³ Tormin, S. 183.

¹⁷⁴ „Lüdinghauser Zeitung“, 10.12.1924.

¹⁷⁵ StAWe C VII 46, Verwaltungsbericht 1929.

¹⁷⁶ StAWe C VII 47, Volks- und Betriebszählung 16.6.1925. Nach Smula (S. 74) waren 1925 im Stadtgebiet beschäftigt: 1940 Arbeiter im Bergbau, 113 im Metall- 102 im Holz-, 148 im Bekleidungsgewerbe und 283 im Bauwesen, insgesamt 2704.

¹⁷⁷ Zu den Konzentrationsbewegungen im deutschen Bergbau der zwanziger Jahre s. P. Borscheid, S. 356 f.

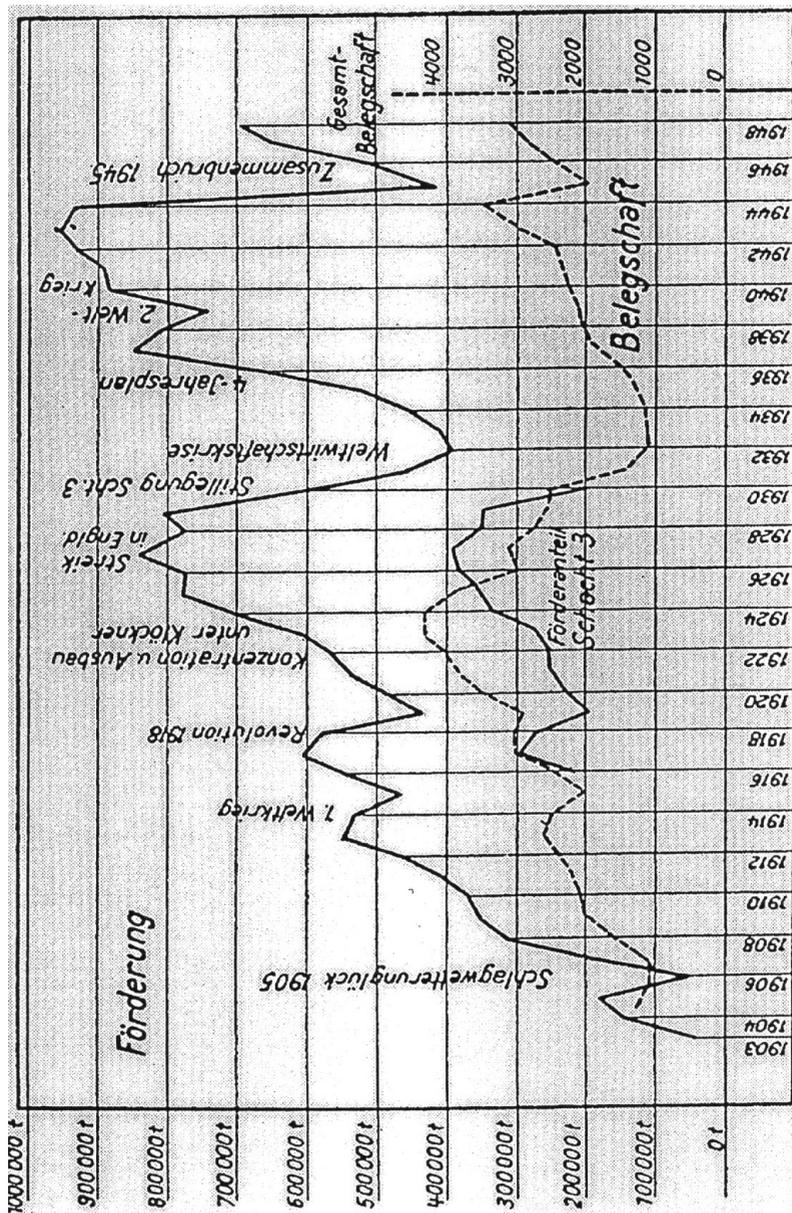


Abb. 8: Jahresförderung und durchschnittliche Gesamtbelegschaft der Zeche Werne von 1903 - 1948

und Maschinenfabriken bis zum Vertrieb dieser Produkte mehrere Stufen. Hier ordnet sich auch die Entscheidung des Konzerns ein, Vorarbeiten in der chemischen Kohlenveredlung und Synthese aufzugreifen. Zusammen mit der Wintershall AG begann er als erstes Unternehmen im Ruhrbergbau 1926 mit der Herstellung von synthetischem Stickstoff.

Im Grubenbetrieb in Werne leiteten die Klöckner-Werke sogleich wichtige Veränderungen ein. Da der Konzern seine Hütten aus eigenen Bergwerken in Königsborn und Viktor-Ickern mit hochwertiger Fettkohle versorgen konnte, konzentrierte er sich in Werne auf den Abbau der Gas- und Gasflammkohle. Den Abbau der günstiger gelagerten Fettkohle stellte man zurück. Diese Ausrichtung der Förderung bedeutete Verzicht auf Erträge und verschlechterte die Position der Zeche Werne im Wettbewerb mit anderen Zechen. Sie profitierte deshalb auch nicht in gleichem Maße von den konjunkturellen Aufschwüngen des Ruhrbergbaus. Die Konzernleitung nahm dies in Kauf.¹⁷⁸ Bis 1924/25 stieg die Belegschaft auf ca. 4000 Mann,¹⁷⁹ von denen 1940 im Stadtgebiet wohnten. Da die industrielle Nachfrage nach Kohle 1924/25 sank und eine Absatzkrise folgte, wuchsen auch in Werne auf dem Zechenplatz bald die Kohlenhalden. Die Konzernleitung reagierte auf die schlechte Wirtschaftslage der Werner Zeche mit der Drosselung des Betriebes, mit weiterer Rationalisierung und Mechanisierung, sowie mit Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeiten und Feierschichten. Es gab Entlassungen von Arbeitern. Im Ruhrgebiet waren Anfang 1926 46.000 Bergleute arbeitslos.¹⁸⁰

In der Stadt machte sich angesichts der schlechten Lage der Werner Zeche, der Lohnkürzungen, Feierschichten und Entlassungen, 1925/26 große Sorge breit. Im Rückblick auf das Verwaltungsjahr 1925/26 beschrieb der Magistrat „ein Krisenjahr wie kaum zuvor“ und beklagte die „stetig wachsende Geld- und Wirtschaftsnot“.¹⁸¹ Man befürchtete sogar eine Stilllegung der Zeche und allgemeine Arbeitslosigkeit. Der Magistrat traf bereits erste Vorkehrungen für den Fall, dass durch eine solch schwerwiegende Entwicklung eine Einschränkung der Gemeindeausgaben notwendig werden sollte.¹⁸²

¹⁷⁸ S. hierzu Karl-Richard Haarmann: Einhundert Jahre Steinkohlenbergbau in Werne, hrsg. von der Stadt Werne, 2000, S. 9.

¹⁷⁹ Fischer, S. 19, 212.

¹⁸⁰ Borscheid, S. 356.

¹⁸¹ StAWe C VII 46, Verwaltungsberichte 1925-26.

¹⁸² StAWe XIII/7, Magistratsprotokolle 31.3.1926.

Mit dem Ausbruch des großen englischen Bergarbeiterstreiks im Mai 1926, der sieben Monate andauerte, verbesserte sich die Absatzlage des Ruhrbergbaus grundlegend. Auch die Werner Zeche profitierte von dem einsetzenden lebhaften Aufschwung. Sie erreichte 1927 mit ca. 820.000 t ihre höchste Förderung in den 1920er Jahren. Zwischen 1924 und 1929 wurden die Tariflöhne im Bergbau allein zehnmals erhöht; die durchschnittlichen Schichtlöhne für Hauer und Schlepper stiegen in dieser Zeit um 44,6 Prozent.¹⁸³ Auch der Haushaltsentwurf im Jahr 1926 ging von einer Besserung der städtischen Finanzlage aus. Die Hochkonjunktur hielt aber nicht lange an. Bereits im folgenden Jahr (1927/28) klagte die Stadt über „allgemeine wirtschaftliche Schwierigkeiten“.¹⁸⁴

Notlagen

Das *Verhältnis zwischen der Stadt Werne und dem Klöckner-Konzern* trübte sich bald ein. Ursache waren Steuerforderungen der Stadt, die unter Leitung von Bürgermeister Ohm ein ehrgeiziges Investitionsprogramm für den weiteren Ausbau der Infrastruktur verfolgte. Für die Bemessung der von der Zeche zu zahlenden Gewerbesteuer war der Magistrat im Haushaltsplan 1924/25 von einem außerordentlich hohen Wert des Betriebs- und Anlagenkapitals ausgegangen.¹⁸⁵ Daraufhin erhoben die Vertreter der Firma Einspruch gegen die Veranlagung zur gemeindlichen Vermögenssteuer und lehnten es rundweg ab, die Gewerbesteuer zu zahlen. Der Magistrat wies die Einsprüche als unbegründet zurück und war auch nicht bereit, Steuernachlass zu gewähren. Die Firma Klöckner scheute sich daraufhin nicht, die Stadtleitung mit der Aufforderung zu provozieren, sie solle doch die Zwangsbeitreibung versuchen.

Angesichts der prekären Lage empfahl die Bezirksregierung in Münster der Stadt, den Bergbaubetrieb im Haushaltsplan für 1925 steuerlich geringer zu belasten. Der Magistrat folgte der Empfehlung und veranlagte die Zeche niedriger als in den letzten Jahren. Zum Ausgleich dieses Verlustes belastete der Etat für 1925 hingegen Kleingewerbe, Hausbesitz und Landwirtschaft im Stadtgebiet deutlich höher. Für sein Entgegenkommen verlangte der Magistrat von den Klöckner-Werken die Zusage, die der Zeche zufallende Steuerumlage zu „garantieren“. Der Konzern lehnte es daraufhin ab, dazu überhaupt Stellung zu nehmen, drohte vielmehr unverhohlen mit

¹⁸³ S. Borscheid, S. 356.

¹⁸⁴ StAWe C VII 47, Verwaltungsberichte 1925-31.

¹⁸⁵ StAWe XIII/6, Magistratsprotokolle 1923-1924, 20.9.1923.

der Stilllegung der Zeche, wenn die Stadt die für 1924 nicht entrichtete Steuersumme einzuziehen versuchen sollte.

Unter Druck gesetzt sah sich der Magistrat zur gleichen Zeit auch noch von der Bezirksregierung. Die kommunale Aufsichtsbehörde hielt die im Etatentwurf vorgesehene steuerliche Belastung der Einwohner für zu hoch. Deshalb nahm sie selbst eine Kürzung der vorgesehenen Steuerumlage vor.¹⁸⁶ Der Magistrat legte gegen diese Entscheidung sogleich Verwahrung ein. Er protestierte gegen die „Verkümmern des den Städten garantierten Selbstbestimmungsrechtes“, gegen die „schwere Verletzung der öffentlichen Interessen und des Wohles der Stadt“ und verurteilte diese Vorgehensweise als „unerträglichen schweren Eingriff“ in das Grundrecht der Selbstverwaltung“, der sich auf keine gesetzliche Bestimmung stützen könne. Zur Begründung machte er darauf aufmerksam, dass er einen großen Teil der von der Großindustrie verursachten kommunalen Lasten der Bürgerschaft habe auferlegen müssen. Zugleich forderte er die Aufsichtsbehörde auf, die Interessen der Stadt gegen die „Macht- und Finanzbestrebungen“ des Klöckner-Konzerns entschiedener in Schutz zu nehmen und nicht das kommunale Leben dadurch zum Erliegen zu bringen, dass man der Stadt die erforderlichen Mittel versage. Im Hinblick auf die von ihr empfohlene Steuerreduzierung für die Zeche beschwerte sich der Magistrat, die „Gewaltpolitik“ der Großindustrie verdiene keine besondere Fürsorge durch die Staatsbehörde.

Der Magistrat blieb bei seinem Entschluss, seine Steuerforderungen gegenüber der Zeche Werne unnachsichtig durchzusetzen. Bürgermeister Ohm schlug vor, vom Klöckner-Konzern eine Nacherhebung für das Rechnungsjahr 1924 und eine Vorauszahlung für den Haushalt 1925 zu verlangen. Bei Nichteinhaltung der Terminvorgaben sollten die angedrohten Zwangsmaßnahmen unnachsichtig durchgeführt werden. Unter keinen Umständen sollte ein Beitreibungsverfahren ausgesetzt werden, selbst wenn in diesem Fall Betriebseinschränkungen auf der Zeche angedroht würden. Der Konzern lasse sich bei den bereits begonnenen Arbeiterentlassungen doch ohnehin nur von rein wirtschaftlichen Interessen leiten; Steuerforderungen der Stadt spielten hierbei keine Rolle. Bürgermeister Ohm nahm für den Magistrat in Anspruch, mit dem Etatentwurf den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen der Zeche weitgehend Rechnung getragen zu haben,

¹⁸⁶ StAWe XIII/7, Magistratsprotokolle 25.6.1925.

¹⁸⁷ Ebenda, Magistratsprotokolle 30.7. und 1.10.1925.

und lehnte jede Verantwortung für etwaige wirtschaftliche Maßnahmen des Konzerns aus Anlass dieser Steuerforderungen ab.

Die geplante rigorose Vorgehensweise, die Steuerschuld der Zeche einzutreiben, stieß freilich bereits im Magistrat selbst bald auf Widerspruch. Drei seiner acht Mitglieder sprachen sich dagegen aus.¹⁸⁷ Noch entschiedener war der Widerstand bei den Stadtverordneten. Sie lehnten mit neun gegen sechs Stimmen bei vier Enthaltungen überhaupt den Haushaltsplan für 1925 ab - „unter dem Druck der Verhältnisse“, wie es hieß, was wohl heißen sollte: die der Bürgerschaft aufgebürdete Steuerlast erschien ihnen zu groß, und die gegen den Klöckner-Konzern als Steuerschuldner geplanten Maßnahmen hielten sie für überzogen. Das Kollegium beantragte deshalb bei der Bezirksregierung, die Zwangsetatisierung für den Haushalt anzuordnen.¹⁸⁸ Seinen Beschluss, die Festsetzung des Haushalts der Regierung zu übertragen, bekräftigte das Kollegium kurze Zeit später noch einmal mit 13 zu 4 Stimmen. Die Aufsichtsbehörde beendete schließlich die Auseinandersetzung: dem Antrag der Stadtverordneten entsprechend ordnete sie eine deutliche Kürzung des Haushaltsplans an. Wichtige und dringende kommunale Vorhaben und Investitionen in der Stadt mussten, wie der Magistrat beklagte, unter diesen widrigen Verhältnissen zurückgestellt werden.¹⁸⁹

Steuerstreitigkeiten zwischen Stadt und Klöckner-Konzern zogen sich noch lange hin. 1926 legte der Konzern wiederum Einspruch gegen die Veranlagung zur kommunalen Grundvermögenssteuer und zu Berufsschulbeiträgen ein.¹⁹⁰ 1927 bot die Stadt ein Abkommen an, das dem Konzern weit entgegenkam und zur Beilegung der Auseinandersetzungen im Jahre 1928 wesentlich beigetragen hat.¹⁹¹ In den folgenden Jahren hat die Frage der Steuerveranlagung dann keinen Anlass mehr für Streit zwischen Stadt und Klöckner-Werken gegeben. So bot der Konzern für die Rechnungsjahre 1929/30 und 1930/31 jeweils ein Steuerabkommen an, 1929 sogar mit einer freiwilligen Mehrbelastung, das die Stadt annahm.¹⁹²

¹⁸⁸ Ebenda, Magistratsprotokolle, 12.10.1925.

¹⁸⁹ StAWe C VII 46, Verwaltungsbericht für 1925/26.

¹⁹⁰ StAWe XIII/7, Magistratsprotokolle 22.4. und 21.10. 1926.

¹⁹¹ Ebenda, 25.6. und 30.7.1925, 4.2. und 22.4.1926, 4.5.1928; StAWe XIII/ 8, Magistratsprotokolle 13.6.1927 und 4.5.1928.

¹⁹² StAWe Magistratsprotokolle XIII/8, 15.4.1929; XIII/9, 20.6.1930.

Auch in der kurzen Zeit der wirtschaftlichen Erholung nach dem Krisenjahr 1923 blieben materielle Not, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot die großen Dauerprobleme für Politik und Verwaltung der Stadt Werne, wie in vielen anderen Städten. Die Reichsgesetzgebung hatte seit 1920 in die traditionellen Selbstverwaltungsrechte der Kommunen eingegriffen und sie weitgehend von den Steuerzuweisungen des Reiches abhängig gemacht. Verloren hatten sie insbesondere das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer - und damit ihre wichtigste Einnahmequelle. Geblieben war ihnen die Grund- und Gewerbesteuer. Zugleich waren den Gemeinden neue Aufgaben zugeordnet worden, vor allem in der Sozial- und Wohlfahrtspolitik sowie in der Wohnungsbauförderung.

Die Stadtverwaltung war in allen wirtschaftlichen und sozialen Krisensituationen bemüht, zu helfen und die *Not der Einwohner* zu lindern. Zahlreiche Beispiele belegen dies. Den 1924 in einem Arbeitskampf ausgesperrten Bergleuten bot der Magistrat Beschäftigung im Gemeindeföhrbau zu einem freilich niedrigen Tageslohn an. Die Bürger wurden aufgerufen, Kinder von Ausgesperrten mittags und abends an ihrem Tisch zu speisen. Es gab Quäkerspeise in den Schulen und Lebensmittelgutscheine.¹⁹³ 1926 wurden Erwerbslose im Straßen- und Föhrbau eingesetzt, so auch bei Beginn der Arbeiten zur Anlage der Badeanstalt am Merschwege. Bedürftige Erwerbslose erhielten Milch, Kartoffeln und Kohlen. Kinder bekamen notwendige Lernmittel und Schulhefte unentgeltlich. Die Stadtverordneten forderten den Magistrat auf, eine Gefrierfleisch-Verkaufsstelle einzurichten und das Fleisch zum Selbstkostenpreis abzugeben. Die Metzgerinnung übernahm den Verkauf gratis. Wegen der Notlage beschloss der Magistrat eine Bargeldspende in Höhe von 100 M für Erwerbslose.¹⁹⁴ All dies regte auch andere Aktionen an. Der Landwirtschaftliche Ortsverein übernahm die unentgeltliche Lieferung von Ostereiern für die Erwerbslosen, um, wie es hieß, das „Freundschaftsverhältnis zwischen der kommunistischen Arbeiterschaft und der Landwirtschaft“ zu erhalten.¹⁹⁵

Eine beachtliche finanzielle Entlastung brachte den Städten die Errichtung der *Arbeitslosenversicherung* im Jahre 1927, die die bisherige Form der Erwerbslosenfürsorge ablöste. Zu den Aufgaben der neuen Versicherung gehörten die Betreuung der Arbeitslosen und Arbeitsbeschaffungsmaß-

¹⁹³ StAWe XIV/9, Stadtverordnetenprotokolle 26.5.1924.

¹⁹⁴ s. zu diesen Aktionen: StAWe XIII/7, Magistratsprotokolle, 25.3. und 15.4.1926; Stadtverordneten-Prot. XIV/9 29.3.1926; StAWe XIII/7, Magistratsprot. 1.4.1926.

¹⁹⁵ „Werner Zeitung“, 1.4.1926.

nahmen. Die Versicherungsbeiträge waren je zur Hälfte von Arbeitgebern und -nehmern aufzubringen. Beitragslücken wurden durch Reichsmittel geschlossen. Ganz wichtig also: Die Gemeinden hatten keine Zuschüsse mehr zur Arbeitslosenfürsorge zu zahlen. Wenn sie indes nach 26 bzw. 39 Wochen auslief, trat bei Bedürftigkeit die sogenannte Krisenfürsorge in Kraft, die wie bisher zu vier Fünftel vom Reich und ein Fünftel von der Gemeinde zu finanzieren war. Nach ihrem Auslaufen wurde der Arbeitslose an die „Allgemeine Fürsorge“ der Gemeinde überwiesen. Ihr oblag dann die Versorgung zur Gänze.

Der Aufbau der Arbeitslosenversicherung gehört zweifellos zu den großen sozialpolitischen Leistungen der Weimarer Republik.

Im Weltkrieg und in den ersten Nachkriegsjahren war der *Wohnungsbau* in Stadt und Umland fast völlig zum Stillstand gekommen, die Einwohnerzahl indes weiter gewachsen, damit auch die Zahl der Wohnungssuchenden. Bereits im Krieg hatte die Regierung Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel ergriffen und die Gemeinden zur Errichtung von Wohnungsnachweisen verpflichtet. Hatte der Wohnungsbau in Werne bisher allein in privater Hand gelegen, insbesondere bei der Zeche, setzte sich nach dem Krieg in der Stadt- und Landgemeinde die Überzeugung durch, die Behebung der akuten Wohnungsnot sei nunmehr eine kommunale Aufgabe. Die Verwaltungen ergriffen deshalb eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem: Sie errichteten eine Zwangsbewirtschaftung. Ihre Instrumente waren ein Wohnungsamt, dessen Mitglieder sich aus Gemeindevertretern zusammensetzte, und ein Mieteinigungsamt, dessen Leitung in der Stadt Werne in den Händen des Amtsrichters lag.

Der Verwaltungsaufwand war enorm. Jedes Haus, jede Wohnung, jedes Zimmer unterlag der Bewirtschaftung, wurde bei Bedarf von einer Kommission besichtigt, die dann entschied. Jeder Mietvertrag bedurfte amtlicher Bestätigung. Es gab zahllose Verstöße gegen die Bestimmungen, es gab Strafandrohungen, es wurden Sanktionen verhängt. Im Streitfall war eine Beschwerde an das Mieteinigungsamt zulässig; dessen Entscheidung jedoch unanfechtbar war. Ein Antrag der Vertretungen von Stadt und Land im Jahre 1921, ein gemeinsames Wohnungsamt für Stadt und Amt Werne zu errichten, lehnte die Amtsversammlung ab.¹⁹⁶ Mit der Vereinigung von Stadt- und Landgemeinde im November 1922 wurde das Problem getrennter Verwaltungen freilich gelöst.

¹⁹⁶ StAWe 02-29, Beschluss der Amtsversammlung vom 23.2.1921.

Das System der Wohnungszwangswirtschaft führte zu zahlreichen Komplikationen und Streitfällen. Zur Verdeutlichung der Probleme, denen sich die Wohnungsämter gegenübersehen, seien einige Beispielfälle aufgeführt. Die Zeche Werne erhob den Anspruch, über die Vermietung von ihr errichteter Wohnungen selbst entscheiden zu können; dies stehe nicht dem Wohnungsamt zu. Die Baufirma Philipp Holzmann bat um Zuweisung einer Wohnung für ihren Bauleiter, der für die Arbeiten an der Bahn zuständig sei und am Platz bleiben müsse. Begründet wurde der Antrag vor allem mit dem Hinweis, beim Bahnbau handele es sich um eine Notstandsarbeit und die Fertigstellung der Bahn liege im Allgemeininteresse. 1926 bat der Magistrat die Zechenverwaltung, bei Neueinstellungen in erster Linie einheimische Erwerbslose zu berücksichtigen, weil durch die Heranziehung auswärtiger Arbeiter die Wohnungsnot noch verschärft werde.¹⁹⁷ Zahlreiche Beschwerden kamen von seiten der Landwirte. Der Vorstand des Westfälischen Bauernvereins beklagte sich bei Landrat Graf von Westphalen darüber, dass in zunehmender Zahl landwirtschaftlich genutzte Räume von Wohnungsämtern beschlagnahmt würden. Mit Blick auf Werne äußerte er die Erwartung, dass es mit Hilfe des Amtmanns dort möglich sein müsse, „Übergriffe des Mietamtes“ zu verhindern oder rückgängig zu machen.¹⁹⁸

Die Stadt ergriff weitere Maßnahmen, um den *Wohnungsbau zu fördern*. Zu ihnen gehörte vor allem: Sie übernahm Bürgschaften für Wohnungsbaudarlehen, gewährte Zinsverbilligungen für Baudarlehen, vergab Hauszinssteuerdarlehen und unterstützte Baugesellschaften. So ging im Lauf der zwanziger Jahre die Wohnungsnot allmählich zurück. Erst Anfang der 30er Jahre wurde die Wohnungsbewirtschaftung abgebaut.¹⁹⁹

Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928

Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 hatte das Zentrum in Werne, wie in vielen anderen Städten, schwere Verluste hinzunehmen. Gegenüber der Dezemberwahl 1924 büßte es fast 9 Prozent seiner Wähler ein. Es verlor sie zum größten Teil an die „Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)“ (WP). Bereits 1920 in Berlin gegründet, vertrat sie unter Berufung auf eine verschwommene Mittelstandsideologie die Interessen

¹⁹⁷ StAWe XIII/7, Magistrats-Prot. 5.8.1926.

¹⁹⁸ StAWe 02-29, Vorstand des Westfälischen Bauernvereins an Landrat Graf von Westphalen, 1.7.1921.

¹⁹⁹ S. z.B. StAWe XIV/9, Magistrats-Prot. 31.3.1926; 3.3. und 27.6.1927. Zu den Angaben insgesamt: StAWe 02-29.

Reichstagswahlergebnisse (in %) vom 20. Mai 1928

	SPD	KPD	Z	DDP	DVP	DNVP	WP	NSDAP
Reich	29,8	10,6	12,1	4,9	8,7	14,2	4,5	2,6
Prov. Westfalen	26,1	10,8	28,8	3,3	9,2	8,5		
Stadt Werne	13,4	10,6	49,5	1,3	4,5	3,2	14,9	0,6
Stadt Lüdingh.	10,8	2,0	52,1	1,9	1,5	7,4	23,8	0,1

„Lüdinghauser Zeitung“ 21.5.1928

insbesondere des Haus- und Grundbesitzes, des Einzelhandels und des Handwerks. Die Partei, die bei der Dezemberwahl 1924 in Werne nur acht Wähler gehabt hatte, stieg jetzt sogleich mit 14,9 Prozent zur zweitstärksten Kraft in der Stadt auf. In Lüdinghausen brachte sie es 1928 gar auf 23,8 Prozent. Nichts verdeutlicht mehr ihre schwindende Integrationskraft im Mittelstand als diese Entwicklung.

Verlierer war 1928 auch die KPD. Sie kam, nach 15 Prozent im Dezember 1924, nur noch auf 10,9 Prozent. Deutlich verbessern konnte sich hingegen die SPD (von 9 auf 13,4 Prozent). Verluste verzeichneten sowohl die längst zur Splitterpartei abgesunkene DDP (von 1,6 auf 1,3 Prozent) als auch die bürgerlichen Rechtsparteien (DVP von 6,6 auf 4,5 Prozent; die DNVP von 3,4 auf 3,2 Prozent). Wiederum warben, wie bereits 1924, völkisch-nationalistische Gruppierungen um Wähler, erhielten in der Lippestadt 1928 aber nur wenig Zuspruch. Zu ihnen gehörte die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) mit 26 Stimmen (0,6 Prozent); ebenso der „Völkisch-nationale Block“, der zwei Stimmen bekam, und die „Christlich-soziale Reichspartei“, der sich 8 Wähler zuwandten. Die rechtsradikalen Parteien waren also chancenlos geblieben - noch. Die Wahlbeteiligung in Werne lag mit 75,4 Prozent fast genau auf dem Reichsdurchschnitt.²⁰⁰

Verheißungsvoller Start

Im Herbst 1928 erfüllte sich endlich ein lang gehegter Wunsch der Stadt Werne.

Am 17. Oktober 1928 nahm die Reichsbahn den Betrieb auf der Strecke Dortmund - Münster auf.²⁰¹ Für Werne war dies ein Ereignis von überragender Bedeutung. Wir wissen, dass sich mit der neuen Eisenbahnverbindung

²⁰⁰ StAWe 01-636; „Lüdinghauser Zeitung“, 21.5.1928.

²⁰¹ s. zur Geschichte des Bahnbaus insbesondere StAWe 01-577.

seit langem weitreichende Erwartungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt verbanden.

Der Bahnbau Dortmund - Münster hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg als notwendig erwiesen, weil die bestehenden Verbindungen aus dem Zentrum des rheinisch-westfälischen Industriegebiets über Hamm und Recklinghausen zur Provinzialhauptstadt Münster und darüber hinaus den Anforderungen des Verkehrs nicht mehr gewachsen waren. Zugleich sollte die neue Bahnlinie den nördlich der Lippe gelegenen Grubenfeldern und Ortschaften Anschluss an das staatliche Eisenbahnnetz ermöglichen und eine schnelle Verbindung für den Personenverkehr herstellen. Sie war ursprünglich als zweigleisige Hauptbahn geplant.

Nach intensiven Verhandlungen mit den Interessenten und nach Prüfung der vorgeschlagenen Linienführung entschloss sich die Eisenbahnverwaltung, den Bahnbau von Dortmund über Lünen, Werne, Ascheberg, Davensberg und Amelsbüren nach Münster einzuleiten. Bereits 1913 begannen die Grundstücksverhandlungen und vorbereitende Arbeiten. Der Bau selbst wurde 1914 in Angriff genommen. Der Kriegsausbruch verzögerte den Baufortschritt; es fehlte bald an Arbeitskräften und Baustoffen. So beklagte die mit der Ausführung der Arbeiten beauftragte Baufirma Peter Büscher Ende Dezember 1914, dass alle ihre Bemühungen, die für den Streckenbau benötigten 150 Arbeiter zugeteilt zu bekommen, gescheitert seien. Sie wandte sich deshalb an die zuständige Reichsstelle mit der Bitte um Zuweisung polnischer Saisonarbeiter. Der Landrat, dessen Zustimmung für deren Einsatz erforderlich war, erhob keine Einwände, und so haben in den folgenden Monaten auf der Baustelle auch im Bereich Werne ca. 70 Polen gearbeitet.²⁰² Im weiteren Verlauf des Krieges gelang es, z.T. mit Kriegsgefangenen und Frauen, die Arbeiten fortzusetzen.

Nach Kriegsende führten Währungsverfall und Finanzierungsprobleme schließlich dazu, dass der Bau 1923 völlig zum Erliegen kam. 1926 konnten die Arbeiten aber mit Hilfe eines Reichsdarlehens im Rahmen eines Bauprogramms zur Belebung der Wirtschaft und eines Arbeitsbeschaffungsprogramms wieder aufgenommen werden. Man beschränkte sich damals auf den Weiterbau der Linie ab Lünen als eingleisiger Nebenstrecke, weil sich wichtige Voraussetzungen, die für die Planung maßgebend gewesen waren,

²⁰² StAWe C VI 14, Baufirma Peter Büscher und Sohn an den Landrat in Lüdinghausen, 31.12.1914; Baufirma Peter Büscher und Sohn an das Generalkommando in Münster durch die Hand des Bürgermeisters der Stadt Werne, 17.2.1915.

inzwischen grundlegend geändert hatten. Zum einen: die Leistungsfähigkeit des bestehenden Streckennetzes war wesentlich gesteigert worden; zum anderen: die Versorgung der Nord- und Ostseehäfen mit Kohle und anderen Industrieprodukten war zurückgegangen, weil die deutsche Kriegsmarine in ihrem Bestand stark reduziert war und die Handelsschifffahrt daniederlag. Der eingleisige Nebenbahnausbau reichte, so war man überzeugt, auf absehbare Zeit für die Ansprüche des Betriebes aus.

Am 17. Oktober 1928 wurde die Eröffnung der Reichsbahnstrecke Dortmund - Münster feierlich begangen. Ein Festkomitee aus Vertretern der beteiligten Gemeinden hatte den Präsidenten der Reichsbahn, führende Persönlichkeiten der Bezirksverwaltung und der an der Strecke gelegenen Orte zur ersten Fahrt eingeladen. Nachdem die Stadt Münster den Ehrengästen im Hauptbahnhofsgebäude um 11 Uhr ein kleines Frühstück gegeben hatte, setzte sich der Sonderzug in Bewegung. Auf allen Bahnhöfen wurde er feierlich begrüßt. Ihren Abschluss fand die Feier in Werne. Bei Ankunft des Zuges wurden die Gäste am Bahnhof vom Bürgermeister begrüßt und sodann mit Musik und unter Glockengeläut durch die geschmückten Straßen zum Festlokal, dem Saal des Gesellenhauses, geleitet. Dort war ein Festmahl bereitet, an dem gegen 250 Damen und Herren teilnahmen. (s. Abb. 9) Es gab festliche Musik, und mehrere Ansprachen würdigten die Bedeutung des Tages. Am Abend wurden die auswärtigen Gäste mit Fackelzug und Musik zum Bahnhof Werne zurückgeleitet. Der Festumzug und die geschmückten Straßen wurden in einem Film aufgenommen, den das Stadtarchiv aufbewahrt.²⁰³

²⁰³ StAWe 01-577, C VII 47 Verwaltungsbericht der Stadt Werne für das Rechnungsjahr 1928.



Abb. 9: Die Eröffnung der Reichsbahnstrecke Dortmund - Münster wird am 17. Oktober 1928 festlich begangen

VI. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und ihre politischen Folgen

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 setzten im Bergbau verstärkt Absatzschwierigkeiten ein. Die Zeche Werne reagierte wiederum mit Absenkung der Förderleistung, mit regelmäßigen Feierschichten und mit Entlassungen. Die Folgen dieser Maßnahmen schwächten die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung, die ca. zwei Drittel der Einwohner Wernes ausmachte. Auch der gewerbliche Mittelstand geriet durch diese Entwicklung zunehmend in Bedrängnis. Für den Magistrat stand das Jahr 1929/30 im Rückblick „im Zeichen des wirtschaftlichen Niedergangs“ der Stadt.²⁰⁴

Kommunalwahlen

Unter diesen Bedingungen fand die *Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung am 19. November 1929* statt. Sie sollte die letzte in der Weimarer Republik sein. Das Zentrum trat erneut mit ihren beiden Listen an, zum einen den „Christlichen Arbeiterwählern“, zum anderen der Liste „Zentrum“, diesmal aber ohne den Zusatz „Mittelstand“. Ihre Konkurrenten waren die gleichen wie bei der letzten Wahl: SPD, KPD und die Allgemeine Bürgerliste, diesmal mit dem Zusatz „(umfassend Arbeiter, Beamte, Gewerbetreibende und Handwerker)“. Die NSDAP kandidierte nicht. Zeichen der krisenhaften Entwicklung: Die Wahlbeteiligung lag mit 78,9 % deutlich höher als vor fünf Jahren (66 %).²⁰⁵

Überlegener Sieger in Werne war erneut das *Zentrum* mit insgesamt 62 % der Stimmen. Aber es gab in seinen Reihen eine bemerkenswerte Verschiebung der Gewichte. Die Liste „Zentrum“ gewann nun acht statt bisher sieben Sitze (36,4 Prozent), der Christliche Gewerkschaftsflügel aber nur mehr sechs (27,2 Prozent), also zwei weniger als 1924. Mit nun insgesamt 14 von 22 Sitzen besaß die Zentrumsparterie in der neuen Stadtverordnetenversammlung immer noch eine klare Mehrheit, aber einen Sitz weniger als bisher. Erheblich verbessern konnte sich die *Allgemeine Bürgerliste*, mit dem Anstieg von drei auf fünf Sitze (22,7 Prozent). Dazu trugen offenbar ganz wesentlich die Wähler der Wirtschaftspartei bei der Reichstagswahl von 1928 bei. Auffällig sind Verschiebungen im linken Parteienspektrum. Im Vergleich zur Reichstagswahl im Jahr zuvor verloren *KPD* und *SPD*; die *KPD* aber sogleich die Hälfte ihrer Wähler (4,5 Prozent). Sie konnte

²⁰⁴ StAWe C VII 46, Verwaltungsbericht für 1929/30.

²⁰⁵ Kandidatenlisten der Parteien in: StAWe 01-653.

also bisher nicht von der Krise profitieren. Hatte sie bei der Reichstagswahl 1928 10,6 Prozent erreicht, waren es bei der Kommunalwahl 1929 noch 5,3 Prozent. In der Stadtvertretung stand ihr demnach nur mehr ein Sitz zu. Die *SPD* büßte gegenüber der letzten Reichstagswahl vier Prozent ein, behauptete jedoch (mit 9,1 Prozent) ihre Position im Stadtrat mit zwei Sitzen.²⁰⁶ (s. Anlage V,1)

In der beruflichen Struktur unterschied sich der neue Stadtrat nur wenig von seinem 1924 gewählten Vorgänger. Wiederum war fast die Hälfte seiner Mitglieder auf der Zeche beschäftigt. Neben den Bergleuten und Zechenhandwerkern gehörten dazu zwei leitende Angestellte, nämlich der Betriebsführer Heinrich Hidding, der über die Zentrumsliste gewählt worden war, und erneut Geschäftsführer Karl Hellhammer als Kandidat der Allgemeinen Bürgerliste. Beinahe ebenso stark war die Zahl der Gewerbetreibenden, darunter allein fünf Handwerker und drei Kaufleute. Die übrigen Sitze nahmen je zwei mittlere Beamte und Landwirte ein. Ein Selbstständiger war nicht mehr darunter. Bemerkenswert: wiederum fehlte ein Angehöriger des akademischen Bürgertums, das bis 1918 in dem nach Dreiklassenwahlrecht bestimmten Stadtparlament fast immer anzutreffen gewesen war. Eine Frau gehörte der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr an. Die Zentrumsliste hatte Konrektorin Anna Beul auf Platz neun gesetzt, aber nur acht Mandate gewonnen. Überhaupt hatten lediglich SPD und Zentrum auf ihren Listen die Namen von Frauen platziert, wenngleich nicht auf vorderen Rängen. Keine davon gelangte ins Stadtparlament.

Blicken wir einen Augenblick zurück: In ihrer sozialen Zusammensetzung hat sich die Werner Stadtverordnetenversammlung in den Jahren der Weimarer Republik nur wenig gewandelt. Die stärkste Gruppe bildeten jeweils die Arbeiter, namentlich die Bergleute, und die Handwerker. Gut vertreten waren dort auch immer Handel und Landwirtschaft. Stets gehörten dem Rat einige Beamte und leitende Angestellte an, selten Selbstständige.

Die *Neuwahl des Magistrats* schloss sich an. Mit der Stadtvertretung war zugleich auch die Wahlperiode des *Beigeordneten* Jakob Kuhn abgelaufen. An seine Stelle wählte die neue Stadtvertretung im Dezember 1929 den Bäckermeister Matthias Bisping. Er war bis zur Eingemeindung bereits zwei Jahre lang Beigeordneter gewesen, danach Magistratsschöffe. Nach Bestätigung seiner Wahl durch das Preußische Staatsministerium erfolgte am 3. Februar seine Amtseinführung.

²⁰⁶ StAWe 01-653.

Bei der *Wahl der sechs Magistratsschöffen* ergaben sich bemerkenswerte Veränderungen. Wiederum drei Gruppen präsentierten ihre Vorschläge: wie bisher der Gewerkschaftsflügel des Zentrums; sodann die SPD mit einer eigenen Liste, also, anders als 1924, ohne Beteiligung der KPD; zum Dritten: ein Bündnis von Zentrumsliste und Allgemeiner Bürgerliste. Das Ergebnis bestätigte das der mittelständischen Listenverbindung offenbar zugrundeliegende Kalkül: Es gewann vier Sitze, die Christlichen Arbeiter und die SPD nur jeweils einen Sitz.

In den Magistrat zogen demnach als Schöffen ein: der bisherige Beigeordnete Bergmann Jakob Kuhn für die Christlichen Gewerkschaften, der Bergmann Otto Hildebrand für die SPD, für die Listenverbindung: Gutsbesitzer August Schulze-Froning, Verwaltungsinspektor Josef Schäper und Schneidermeister Fritz Stückmann vom Zentrum und Bergassessor Ewald Reinke von der DVP.²⁰⁷ Mit den Bergleuten Kuhn und Hildebrand und Bergassessor Reinke waren die Bergbauinteressen im Magistrat stark vertreten. (s. Anlage V,2)

Verschärfung der Krise

Wie die Bergbauunternehmen im Ruhrgebiet reagierte die Zeche Werne auf die wachsenden Absatzschwierigkeiten wieder mit Reduzierung der Förderung, mit Feierschichten, Lohnsenkungen und Entlassungen. 1930 wurde der Förderstandort Rünthe mit Schacht III aufgegeben, die Förderung auf die Schächte I und II konzentriert. Im März 1930 waren noch 1304 Arbeiter auf der Zeche Werne beschäftigt, bei Verschärfung der Krise in den folgenden Monaten nur mehr 1200.²⁰⁸ Der Niedergang der Zeche sollte sich noch bis 1934 hinziehen. Die Bergbaukrise und die sinkende Kaufkraft der breiten Massen wirkten sich unmittelbar auf die Gewerbebetriebe der Stadt aus, von denen sich manche zunehmend in ihrer Existenz bedroht sahen.

Im Januar 1931 setzte ein industrieller Aufschwung ein, aber der Ausbruch der zentraleuropäischen Kredit- und Währungskrise beendete ihn sofort. Große Unternehmen und Banken gerieten in Zahlungsschwierigkeiten. Bald wurde erkennbar, dass es sich bei dieser Krise nicht um einen der regelmäßig wiederkehrenden konjunkturellen Abschwünge handelte. Die Schwere der Krise kam im Ruhrbergbau vor allem in der Stilllegung von

²⁰⁷ StAWe C VII 34.

²⁰⁸ StAWe C VII 46, Verwaltungsbericht 1929/30; H.L. Fischer: Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung zentraler Orte in bergbaugesprägten Regionen, dargestellt am Beispiel der Stadt Werne a.d.Lippe, Münster 1969, S. 19, 212.

Zechen zum Ausdruck. Der Zeche Werne blieb dieses Schicksal indes erspart. Die Löhne fielen weiter zurück. Im Winter 1931/32 kam es zu Massenentlassungen. 1932 waren im Ruhrbergbau 120.000 Menschen arbeitslos. Die Stadt Werne sprach im Rückblick auf das Rechnungsjahr 1930/31 von der zunehmenden „Erschütterung“ der öffentlichen Finanzen, im Bericht von 1932/33 von „anhaltendem wirtschaftlichen Niedergang“. ²⁰⁹

Als Folge der krisenhaften Entwicklung verschlechterte sich die Finanzlage der Stadt rasch. Im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929/30 blieb bereits ein Fehlbetrag in Höhe von 30.000 Mark (9 % der Steuerzuschläge) ungedeckt. Der Magistrat, der dies für einen „unhaltbaren Zustand“ hielt, sah sich sowohl durch die ungewöhnlich ungünstige wirtschaftliche Entwicklung als auch vor allem durch den Widerstand der Steuerpflichtigen dazu gezwungen. ²¹⁰ Zur Verbesserung der Haushaltslage ergriff er zahlreiche Maßnahmen. Zu ihnen zählten insbesondere drastische Einsparungen im Personalbudget. Ende 1930 wurde allen Angestellten der Stadtverwaltung gekündigt, um ihre Bezüge am 1. Januar 1931 kürzen zu können. Erheblich reduziert wurden auch die Beamtengehälter. Es folgte eine Einstellungs- und Beförderungssperre. Durch die „katastrophale“ Lage ²¹¹ sah sich die Stadtleitung zudem veranlasst, erhebliche Steuerrückstände von Bürgern rigoros beizutreiben, selbst durch Eingriffe in das private Immobilienvermögen. In der Tat hat die Stadt mehrere Zwangsversteigerungen eingeleitet. Zudem wurden alle Anträge auf Niederschlagung von Steuerrückständen abgelehnt. ²¹²

All diese Maßnahmen und weitere Kürzungen reichten bei weitem nicht aus, die rasch wachsenden Mehraufwendungen für Krisenunterstützung, Hilfen für ausgesteuerte Wohlfahrtserwerbslose, für die anwachsende Zahl von Fürsorgebedürftigen und die großen Ausfälle bei der Gewerbesteuer zu decken. Im Rechnungsjahr 1931/32 gab die Stadt bei einem Gesamtetat in Höhe von ca. 1,7 Millionen Mark allein 205.000 Mark zur Unterstützung ausgesteuerter Wohlfahrtserwerbsloser aus. ²¹³

Die Arbeitslosigkeit wuchs weit über den Durchschnitt des Vorjahres hinaus, und die Entwicklung brachte den gewerblichen Mittelstand in

²⁰⁹ S. die Verwaltungsberichte in: StAWe C VII 46 und 47.

²¹⁰ StAWe X III 8, Magistrats-Prot. 1927-29, 1.5.1929.

²¹¹ StAWe XIII/10, Magistrats-Prot. 26.6.1931.

²¹² Ebenda, 9.7. und 15.10.1931.

²¹³ StAWe 01-615.

zunehmende Bedrängnis. „Der wirtschaftliche Niedergang hielt an und nahm von Monat zu Monat zu“, stellte die Stadt Ende 1932 fest.²¹⁴

Wie die meisten Kommunen unternahm auch die Stadtleitung in Werne große Anstrengungen, um der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise zu begegnen und die vielfältige Not zu lindern. Einige Maßnahmen seien erwähnt.

Es wurden Notstandsarbeiten durchgeführt. Die Stadt beschäftigte zeitweise zahlreiche Arbeitslose. Eingesetzt wurden sie insbesondere beim Bau der Umgehungsstraße, der Hornebachregulierung, bei Reparaturen an den Chausseen. Die Kosten wurden zwar überwiegend vom Staat Preußen und der Provinz Westfalen übernommen, aber ein erheblicher Teil belastete den städtischen Etat.²¹⁵

Die Stadt leistete Hilfe vor allem auch in Form von Zahlungen, insbesondere an dauernd oder vorübergehend in Not geratene Hilfsbedürftige, an Kleinrentner und an Sozialrentner, die einen Zusatz zu ihren Rentenbezügen, an Erwerbslose, die Krisenunterstützung oder Fürsorge-Unterstützung erhielten. Sie gewährte Darlehen an die Metzgerinnung zum verbilligten Kauf von Fleisch für Erwerbslose. Sie gewährte Volksschulkindern aus großen Familien freie Lernmittel. In jedem Krisenjahr wurde dem Wohlfahrtsausschuss der Stadt ein namhafter Betrag zur Beschaffung und Verteilung von Winterkleidung zur Verfügung gestellt.²¹⁶ Der katholische Elisabeth-Verein und der Evangelische Frauenverein erhielten eine Kommunion- bzw. Konfirmandenbeihilfe.²¹⁷ Auch die Klöckner-Werke beteiligten sich an Hilfsaktionen. Im Winter 1930/31 lieferten sie unentgeltlich Kohlen an Bedürftige.

Die krisenhafte Entwicklung trieb die Zahl der Personen in laufender Fürsorge, die 1931 schon bei 8,25 Prozent gelegen hatte, 1932 auf 12,26 Prozent.²¹⁸ Der Höchststand sollte erst 1934 mit 2409 (19,27 Prozent) erreicht werden.²¹⁹ Zur Deckung des wachsenden Fehlbetrages beantragte der Magistrat Zuschüsse vom Reich und von Preußen, weil er es für „un-

²¹⁴ StAWe C VII 46, Verwaltungsbericht für 1932/33.

²¹⁵ StAWe XIII/8, Magistrats-Prot. 1927-29, 3.1.1929; XIII/9 Magistrats-Prot. 1929-31, 30.10.1929.

²¹⁶ StAWe XIII/9, Magistrats-Prot. 1929-31, 2.10.30.

²¹⁷ Ebenda, 12.2.1931.

²¹⁸ StAWe C VII 46, Verwaltungsberichte für 1930/31 und 1931/32.

²¹⁹ Degener, S. 27.

haltbar und ungerecht“ hielt, den Gemeinden die Fürsorgelasten für die Wohlfahrtserwerbslosen in vollem Umfang aufzuerlegen. Als Preußen als Gegenleistung eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer verlangte, bezeichnete der Magistrat dies als untragbar und lehnte eine solche Maßnahme ab.²²⁰ Die Bezirksregierung machte die Gewährung einer Staatsbeihilfe abhängig von der Erhebung einer Bürgersteuer in der von ihr festgesetzten Höhe. Die Stadtvertretung protestierte sogleich gegen diese Auflage. Der Betriebsrat der Zeche lehnte die Bürgersteuer ebenfalls ab. Der Magistrat bat, auf die Erhebung der Steuer zumindest bei den geringeren Einkommen zu verzichten.²²¹

Mitte 1931 war man sich in der Stadtleitung darüber im Klaren, dass viele Ansätze des Haushaltsplans durch die Entwicklung überholt waren. Die durch eine erneute Kürzung der Beamtengehälter erzielte Ersparnis reichte bei weitem nicht aus, um die bedeutenden Mehraufwendungen für die Krisenunterstützung und die großen Ausfälle bei der Gewerbesteuer zu decken. Vielmehr war mit einem Fehlbetrag von 70.000 Mark zu rechnen.²²²

Die wachsende Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen großen Soziallasten sowie erhebliche Steuerrückgänge führten dazu, dass der städtische Haushalt immer mehr in Unordnung geriet; insbesondere die ungedeckten Fehlbeträge jährlich wuchsen; 1929/30 um 317.000 M, 1930/31 um 443.000 M. Zur Deckung der Fehlbeträge wurden, wie immer, Steuerzuschläge erhoben, und zwar durch Belastung der Gewerbesteuer und der Grundvermögenssteuer.²²³ Trotz größter Sparmaßnahmen reichten die Einnahmen der Stadt bald nicht mehr aus, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Anfang 1933 war die Stadt mit 146.000 Mark Zahlungsverpflichtungen im Rückstand. Als besonders heikel erwies sich: davon waren 73.000 Mark von ihr eingezogene Staatssteuern (Grundvermögens- und Hauszinssteuer), die sie nicht an das Reich abgeführt hatte. Die Folgen dieses Versäumnisses waren gravierend: die Bezirksregierung Münster bestellte im November 1932 für Werne einen Staatskommissar. Ohne dessen Genehmigung durften fortan keine Ausgaben der Stadtverwaltung mehr getätigt werden.²²⁴ Erst im Februar und März 1933 erhielt die Stadt Werne aufgrund ihrer besonderen Notlage Staatsbeihilfen.²²⁵

²²⁰ StAWe XIII/10, Magistrats-Prot., 31.3.1932.

²²¹ Ebenda, 15.10. und 5.11.1931, 7.10.1932.

²²² StAWe XIII/9, Magistrats-Prot. 1929/31, 15.6.1931.

²²³ S. die städtischen Verwaltungsberichte für diese Jahre in: StAWe C VII 47 und 01-615.

²²⁴ StAWe 01-577, Verwaltungsberichte 1926-1933.

²²⁵ Degener, S. 27.

Veränderung der politischen Verhältnisse

Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise begannen sich die politischen Verhältnisse in Deutschland rasch zu verändern. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Winter 1928/29 noch bei 2,4 Millionen gelegen hatte, wuchs im Dezember 1931 auf 5,7 Millionen und im Februar 1932 auf 6,1 Millionen. Der Mittelstand verarmte. *Der politische Radikalismus von links und, stärker noch, von rechts* nahm in der Wirtschafts- und Staatskrise *rasch* zu.

Größere Gewinne als jede andere Partei erzielte bei den Wahlen zwischen 1930 und 1933 die *NSDAP*. Bei der Reichstagswahl 1928 war sie noch eine Splitterpartei gewesen (2,6 % ; 800.000 Stimmen; in Werne 0,6 %). Mit der **Reichstagswahl vom 14. September 1930**, der ersten der drei „Katastrophenwahlen“, erlebte sie bei einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von 82 % einen stürmischen Aufschwung. Hatte sie bisher 12 Mandate gehabt, gewann sie nun 107 Mandate und war nach der SPD, die Verluste hinnehmen musste (von 29,8 auf 24,5 Prozent), zur zweitstärksten Partei im Reich geworden. Auch die *KPD* konnte ihre Mandatszahl von 54 auf 77 steigern (von 10,6 auf 13,1 Prozent). Das *Zentrum* behauptete sich. Die liberalen Parteien verloren z.T. erheblich, die *DNVP* um mehr als die Hälfte.

Reichstagswahlergebnisse (in Prozent) vom 14. September 1930

	SPD	KPD	Z	Staatsp.	DVP	DNVP	WP	NSDAP
Reich	24,5	13,1	11,8	3,8	4,5	7,0	3,9	18,3
Prov. Westfalen	19,6	14,7	28,1					12,4
Stadt Werne	9,1	14,5	47,1	0,7	6,4	3,2	9,3	5,6
Stadt Lüdingh.	8,1	2,4	60,1	1,2	1,7	3,8	11,5	6,8

„Lüdinghauser Zeitung“ 19.9.1930

In **Werne** wie in vielen katholischen Gebieten des Münsterlandes bot sich bei der Wahl am 14. September 1930 ein teilweise deutlich anderes Bild als im Reichsdurchschnitt. Das *Zentrum* blieb hier, trotz kleinerer Verluste, mit großem Vorsprung dominierende Partei (von 49,5 auf 47,1 Prozent). Die *KPD* (von 10,6 auf 14,5 Prozent) überholte erneut die *SPD* (von 13,4 auf 9,1 Prozent) und wurde zweitstärkste Partei. Die *Wirtschaftspartei* verlor an Boden, blieb aber mit 9,3 Prozent drittstärkste Kraft. Die *DDP*, die sich jetzt *Staatspartei* nannte, war bedeutungslos geworden, während die *DVP* ertaunlicherweise zulegen konnte (von 4,5 auf 6,4 Prozent). Die *NSDAP*, 1928 nur Splittergruppe, gewann am stärksten (von 0,6 auf 5,6

Prozent), rangierte damit in Werne aber noch hinter der *DVP* an sechster Stelle. Die Rechts- und Linksradiكالen legten also auch in der Lippestadt am meisten zu.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und die allgemeine Katastrophenstimmung boten der Agitation der rechts- und linksradikalen Kräfte unverhoffte Entfaltungsmöglichkeiten. Die *NSDAP* erhielt Zulauf aus allen sozialen Schichten. Anstelle der bis 1923 verfolgten Putschtaktik setzte Hitler seit 1925 auf die Massenmobilisierung, ohne letztlich Gewalt auszuschließen. Die NS-Propaganda griff nationalistische, antisemitische, antimarxistische und antiliberalen Ressentiments auf und appellierte an eine verbreitete „Führererwartung“. Sie entfesselte eine hemmungslose Agitation gegen die bestehende staatliche und politische Ordnung der parlamentarischen Demokratie und hielt ihr das utopische Bild einer konfliktfreien „Volksgemeinschaft“ entgegen. Damit erreichte sie breite Schichten der Bevölkerung, die durch wirtschaftliche Not verunsichert und politisch orientierungslos waren, insbesondere im Mittelstand und in der jungen Generation.

Die verbreitete Auffassung, das Kleinbürgertum habe mit seinen Stimmen Hitler zur Macht verholfen, ist in dieser Form nicht zutreffend. Die *NSDAP* gewann, in freilich unterschiedlichem Ausmaß, zwischen 1928 und 1933 ihre *Wähler* in allen politischen Lagern, sowohl bei den liberalen und konservativen Parteien, bei der SPD, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, der KPD, den zahlreichen Splittergruppen, und es gelang ihr vor allem auch, bisherige Nichtwähler, namentlich Jungwähler zu gewinnen.²²⁶ Die meisten Wähler, etwa drei Fünftel, kamen aus dem alten und neuen Mittelstand, die übrigen aus der Arbeiterschaft. Als „einigermaßen resistent“ erwiesen sich die SPD-Wähler, in noch höherem Maße die des Zentrums und der KPD.²²⁷ Keine großen Einbrüche gelangen der *NSDAP* auch in das Arbeitslosenheer (1932/33 ein Drittel aller Arbeiter). Die arbeitslosen Arbeiter wählten eher die KPD oder, in geringerem Umfang, die SPD als die *NSDAP*. Große Erfolge konnte sie dagegen bei den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern, bei den Landarbeitern, den Arbeitern kleinerer Betriebe, den unselbstständigen Handwerkern erzielen.

²²⁶ Jürgen W. Falter: *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 364. Falter nennt als Zugewinne der *NSDAP* aus DDP, DVP, DNVP und den zahlreichen Neugründungen 7,5 Millionen, aus der SPD 2 Millionen, aus Zentrum und Bayerischer Volkspartei 600.000, aus der KPD etwa 350.000 Wähler und rund 6 Millionen Stimmen aus der Mobilisierung bisheriger Nichtwähler.

²²⁷ Jürgen W. Falter: *Wahlen...*, S. 501-503.

Bei Protestanten fand sie stärkere Resonanz als bei den Katholiken. Etwa zwei Fünftel der evangelischen Wähler wandten sich ihr zu, aber nur jeder siebte Katholik. Am meisten Zustimmung fand sie bei den protestantischen Landwirten, am wenigsten bei den städtischen Arbeitern. Bei den Wählern der NSDAP ab 1930 überwog zwar das mittelständische Element. Mit ihrer Ideologie der Volksgemeinschaft und ihrem übersteigerten Nationalismus gelang es der Partei aber, bei den Wahlen Angehörige aller Schichten in großer Zahl für sich zu mobilisieren.²²⁸ Deshalb kann sie nicht als Partei des bürgerlichen Mittelstandes bezeichnet werden; sie entwickelte sich vielmehr zur nationalistischen „Volkspartei“ mit den Mittelschichten als stärkster Säule.²²⁹

Ähnlich stellt sich die soziale Schichtung der *NSDAP-Mitglieder* dar. In ihr waren - im Hinblick auf die Zahl aller Berufstätigen - zwei Sozialgruppen überrepräsentiert. Es waren zum einen die mittelständischen, bzw. kleinbürgerlichen Gruppen, also Selbstständige (freie Berufe, Handwerker, Kaufleute), Angestellte und Beamte; zum anderen die Arbeiter. Sie bildeten die stärkste Gruppe, vor allem in Westfalen. Hier war der Anteil der Arbeiter am höchsten. Er lag im NSDAP-Gau Westfalen-Süd in den Jahren von 1925 - 1929 bei 35, stieg bis zur Machtergreifung auf 43,8 Prozent, in Westfalen-Nord von 32,4 auf 37,5.²³⁰ In allen anderen Gauen nahm er in dieser Zeit nur von 26,3 auf 31,5 Prozent zu. Überdurchschnittlich hoch war in Westfalen auch der Anteil der Angestellten an den Mitgliedern in der NSDAP, während der der Landwirte, Beamten und Selbstständigen erheblich darunter lag.²³¹ Die im Juli 1930 in Werne gegründete Ortsgruppe der NSDAP hatte zunächst nur acht Mitglieder²³² und erreichte bis zur Machtergreifung nicht viel mehr als zwei Dutzend. Ihr gehörten Freiberufler, ein Gewerbetreibender, kleine Beamte, wahrscheinlich auch Arbeiter an.²³³ Damit entsprach sie dem Grundmuster der sozialen Schichtung der Parteimitglieder.

Den Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen bildete das Jahr 1932. Bereits bei den preußischen Landtagswahlen im April 1932 gelang es der *NSDAP*, die Zahl ihrer Abgeordneten von neun auf 162 zu erhöhen. Nach einem heftigen Wahlkampf errang sie bei der **Reichstagswahl vom**

²²⁸ Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991, S. 364.

²²⁹ Kolb, S. 106-120, Büttner, S. 410 f.

²³⁰ Ebenda.

²³¹ Behr, S. 151.

²³² Degener, S. 19 f.

²³³ Ebenda, S. 19-21.

31. Juli 1932, bei einer Wahlbeteiligung von 84 Prozent, 37,5 Prozent der Wählerstimmen und wurde mit 230 Abgeordneten zur stärksten Partei. *NSDAP* und *KPD*, die auf 14,5 Prozent gekommen war, besaßen nun im Reichstag eine negative Mehrheit mit 319 von 608 Sitzen. Das Zentrum konnte seine Position (von 11,8 auf 12,5 Prozent) leicht verbessern. Die *SPD* hatte Verluste hinzunehmen (von 24,5 auf 21,6 Prozent). Die liberalen Parteien wurden fast völlig aufgerieben (die Staatspartei, die bisherige *DDP*, fiel von 3,8 auf 1,2 Prozent; *DVP* von 4,5 auf 1,2 Prozent). Die *DNVP* verlor nur leicht (von 7 auf 5,9 Prozent).

Reichstagswahlergebnisse (in %) am 31. Juli 1932

	SPD	KPD	Z	Staatsp.	DVP	DNVP	NSDAP
Reich	21,6	14,5	12,5	1,2	1,2	5,9	37,5
Prov. Westf.	17,5	17,4	29,7	0,3	1,0	5,0	25,5
Stadt Werne	6,4	16,5	59,0	0,1	0,7	3,5	12,3

In den katholischen Gebieten des Münsterlandes behauptete das Zentrum bei diesen Wahlen erneut seine dominierende Position.²³⁴ Vor allem auch in Werne. Hier gewann die Partei erheblich, legte um 12 Prozent zu und kam auf 59 Prozent. Offenbar hat ein großer Teil der Wähler der Wirtschaftspartei, die nicht mehr angetreten war, sich diesmal für das Zentrum entschieden. Die *NSDAP* konnte ihren Stimmenanteil in der Stadt zwar verdoppeln (von 5,6 auf 12,3 Prozent), blieb aber damit selbst hinter der *KPD* (mit 16,5 Prozent) noch deutlich zurück. Die *KPD*-Gewinne gingen zu Lasten der *SPD*, die weiter (von 9,1 auf 6,4 Prozent) zurückfiel.

Bei den **Reichstagswahlen am 6. November 1932** erlitt die *NSDAP* im ganzen Reich deutliche Verluste, fiel von 37,5 auf 33,1 Prozent. Die *KPD* legte hingegen weiter zu und kam (von 14,5) auf 16,5 Prozent der Wählerstimmen. *SPD* (von 21,6 auf 20,4 Prozent) und *Zentrum* (von 12,5 auf 11,9 Prozent) konnten sich behaupten. Leichte Gewinne verzeichnete die *DNVP* (von 5,9 auf 8,3 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei 80,6 Prozent.

Reichstagswahlergebnisse (in %) am 6. November 1932

	SPD	KPD	Z	Staatsp.	DVP	DNVP	NSDAP
Reich	20,4	16,9	11,9	1,0	1,9	8,3	33,1
Prov. Westf.	20,0	19,9	28,8	0,4	1,6	6,5	22,7
Stadt Werne	6,4	19,2	56,7	0,3	1,9	3,9	10,0

²³⁴ Behr, S. 152

Auch in **Werne**, wo die Wahlbeteiligung bei 84,8 % lag, hatte die *NSDAP* in der letzten Wahl in der Weimarer Republik Verluste zu verzeichnen. Sie fiel von 12,3 auf 10,0 Prozent zurück. Die *KPD* wuchs hingegen weiter an, erreichte (von 16,5) jetzt 19,2 Prozent, war damit fast doppelt so stark wie die *NSDAP*. Unangefochten dominierende politische Kraft in der Stadt blieb indes auch jetzt wieder das *Zentrum* (nach 59 Prozent) mit 56,7 Prozent der Stimmen.

Die Resonanz der *NSDAP* in Werne, wie im Münsterland, selbst in Westfalen insgesamt, blieb bis zum Januar 1933 bemerkenswert gering. Vor allem die katholische Bevölkerung versagte sich ihr weitgehend. Der Anteil dieser Region am Aufstieg des Nationalsozialismus ist deshalb ganz unbedeutend. Die Enttäuschung über ihren Misserfolg in dieser Landschaft gestand die *NSDAP* später selbst mit der Feststellung ein, dass sie in keinem anderen Teil Deutschlands „so schwer um die Seele dieser Menschen ringen“ musste „wie im westfälischen Industrie- und Landgebiet.“²³⁵

²³⁵ Parteischrift des Gauess Westfalen-Süd, zitiert nach Behr, S. 153.

²³⁶ Vgl. die Charakterisierung der Machtergreifung der Nationalsozialisten in den westfälischen Kommunen bei Bernd Hey, S. 220-226.

VI. Machtergreifung

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 fand die Weimarer Republik ihr Ende. Zu skizzieren ist im Folgenden, wie sich der Prozess der Machtergreifung durch die NSDAP in der Lippestadt vollzog. Er stellt sich weitgehend als exemplarischer Fall für die Machtübernahme in vielen westfälischen Kommunen dar.²³⁶

Zwei Tage nach Hitlers Ernennung zum Kanzler wurde der Reichstag aufgelöst, seine Neuwahl auf den 5. März festgelegt. Die neue preußische Regierung löste am 4. Februar 1933 mit Wirkung vom 8. Februar alle kommunalen Parlamente auf und bestimmte als Wahltermin den 12. März. Mit dieser Verordnung wurde der NSDAP die Tür zur Machtergreifung in den Städten geöffnet. Im Wahlkampf entfaltete sich der Terror der Nationalsozialisten unter staatlicher Deckung. Er richtete sich gegen alle gegnerischen Parteien, vor allem gegen Kommunisten und Sozialdemokraten. Angriffen sahen sich auch die kommunalen Beamten ausgesetzt, die in dieser Zeit Schutz und Unterstützung weder von den vorgesetzten Behörden noch den aufgelösten Gemeindevertretungen erhielten. Am Tag nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 wurde von Reichspräsident von Hindenburg auf Kabinettsbeschluss hin die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen. Sie setzte praktisch die politischen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft.

Die Wahlen im März 1933

Unter den Bedingungen legalisierter Rechtsunsicherheit und des Terrors, der sich besonders gegen die KPD richtete, fanden die letzten „halbfreien“ Wahlen statt. Die reguläre Teilnahme daran war SPD und KPD schon nicht mehr möglich.

Reichstagswahlergebnisse (in %) vom 5. März 1933

	SPD	KPD	Z	DDP	DVP	DNVP	NSDAP	Wb
Reich	18,3	12,3	13,9	0,9	1,1	8,0	43,9	88,8
Reg.Bez. Münster	9,3	13,8	39,0	0,2	0,9	7,0	28,7	
Lüdinghausen	3,3	4,5	51,2	0,0	0,3	9,6	30,2	92,9
Stockum	4,9	3,6	52,5	0,0	1,1	12,2	25,6	89,9
Werne	5,4	14,0	48,6	0,3	1,1	5,0	25,3	88,0

„Lüdinghauser Zeitung“, 6.3.1933

Die Beteiligung an den **Reichstagswahlen am 5. März 1933** war mit 88,8 Prozent außerordentlich hoch. Trotz des gewaltigen propagandistischen Aufwandes und ihrer ungehemmten Attacken gegen die gegnerischen Parteien gewann die NSDAP im Reichsdurchschnitt nur 43,9 Prozent der Stimmen. Von einer Mehrheit des deutschen Volkes ist sie also nie gewählt worden. In Werne kam sie, wie in vielen Städten des Münsterlandes, nicht über ein Viertel hinaus. Eine Mehrheit auf der Reichsebene erreichte sie lediglich durch eine Koalition mit der DNVP, die ein Wahlkampf Bündnis mit dem Stahlhelm, der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, eingegangen war. Gegenüber der Novemberwahl 1932 verlor das Zentrum in Werne 8,1 Prozent. Die am gleichen Tag durchgeführten **preußischen Landtagswahlen** unterschieden sich in ihren Ergebnissen nur unwesentlich von den Reichstagswahlen.

Eine Woche später, am 12. März 1933, fanden die **Kommunalwahlen** statt. In **Werne** wurden wiederum fünf Wahlvorschläge vorgelegt.²³⁷ (s. Abb. 10) Gegenüber der letzten Wahl von 1929 gab es zwei wichtige Veränderungen. Zum einen: Die *NSDAP* trat jetzt auch bei der Wahl des Stadtrats auf. Zum anderen: Das *Zentrum*, das bisher Arbeiter und Mittelstand mit verschiedenen Listen angesprochen hatte, bündelte alle Kräfte und präsentierte nun eine einzige Liste, versehen mit dem Zusatz „Mittelstand, Landwirte, Arbeiter, Beamte“. Darüberhinaus bewarben sich wiederum SPD, KPD und die Allgemeine Bürgerliste.

Aufschlussreich ist nicht zuletzt die Zahl der Kandidaten auf den Wahlvorschlägen. Die NSDAP-Liste enthielt nur neun Namen, - erstaunlich wenige bei 22 zu vergebenden Ratssitzen und immer wieder herausgestellter Siegesgewissheit. Wie erklärt sich diese Bescheidenheit? Zu diesem Zeitpunkt war ihre Mitgliederzahl in der Stadt Werne noch ganz gering, betrug kaum mehr als zwei Dutzend.²³⁸ Die Werner NSDAP war also nicht einmal in der Lage, auch nur für die Hälfte der Mandate eigene Kandidaten zu benennen. Die *SPD*-Liste enthielt zehn, die der *KPD* 21 Namen. Das *Zentrum* trat mit 31 Kandidaten auf, war damit in besonderer Weise auch bereits für den Fall gerüstet, dass ausfallende oder ausgeschlossene Mandatsträger zu ersetzen waren. Die *Allgemeine Bürgerliste* hatte 16 Bewerber aufgeboten.

²³⁷ Zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl vom 12.3.1933 s. StAWe 01-633.

²³⁸ S. Werner Volkszeitung, 11.11.1933, Rede des NSDAP-Ortsgruppenleiters Dr. Deimann bei der Einführung von Bürgermeister Leo Müller im November 1933; im Januar 1933 habe die Ortsgruppe noch keine 40 Mitglieder gezählt, im November 1933 aber seien ihr bereits fast 600 beigetreten.

Stadtverordnetenwahl 1933

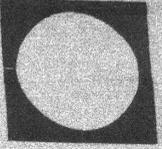
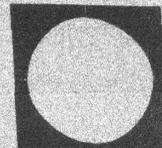
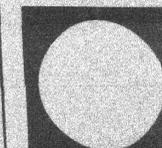
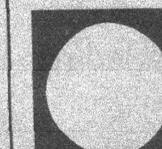
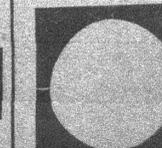
1	<p>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)</p> <p>Gause — Fichter — Henfer — Raab</p>	1	
2	<p>Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)</p> <p>Klassen — Hildebrand — Massing — Rehseuter</p>	2	
3	<p>K. P. D.</p> <p>Schmidt — Klich — Spieß — Pelster</p>	3	
4	<p>Zentrum (Mittelstand, Landwirte, Arbeiter, Beamte)</p> <p>Kuhlmann — Südfeld — Sedentamp — Hesener</p>	4	
21	<p>Allgemeine Bürgerliste</p> <p>Tahlhoff gt. Waterhues — Müller — Selhammer — Goldmann</p>	21	

Abb. 10: Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahl am 12. März 1933

Ergebnis der Stadtverordnetenwahl vom 12. März 1933

NSDAP	1277 Stimmen	(24,2 Prozent)
SPD	219	„ (4,2 „)
KPD	552	„ (10,5 „)
Zentrum	2649	„ (50,3 „)
Allgemeine Bürgerliste	524	„ (9,9 „)
Ungültig	49	„ (0,9 „)

Bemerkenswert erscheint vor allem: Zum einen: Eine Woche nach der Reichstagswahl war die Wahlbeteiligung in Werne um 12,8 Prozent auf 76,0 Prozent gesunken.²³⁹ Zum anderen: Die NSDAP büßte Anteile ein (von 25,3 auf 24,2 Prozent), das Zentrum gewann (von 48,6 auf 50,3 Prozent).

Nach dem Verhältniswahlrecht ergab sich folgende Verteilung der Mandate auf die einzelnen Fraktionen: Die NSDAP erhielt fünf Sitze, die SPD einen, die KPD zwei, das Zentrum zwölf und die Allgemeine Bürgerliste zwei Sitze.

Wichtig ist vor allem: Das *Zentrum* hatte seine absolute Mehrheit im Stadtrat verteidigen können, - wenngleich, gegenüber 1929, mit fast 12 Prozent Verlust. Insbesondere angesichts der für sie dramatischen Wahlkampfbedingungen erwies sich die *KPD* als erfolgreichste Partei. Es gelang ihr in der Lippestadt, ihren Stimmenanteil zu verdoppeln. Die großen Verlierer waren die SPD (von 9,1 auf 4,2 Prozent) und die *Allgemeine Bürgerliste* (von 22,7 auf 9,9 Prozent) mit jeweils mehr als der Hälfte ihrer Wähler von 1929. Die *NSDAP* hatte trotz des gewaltigen propagandistischen Aufwandes und ihrer ungehemmten Attacken gegen die gegnerischen Parteien gerade einmal ein Viertel der Stimmen gewonnen. Offenkundig war damit: Auf parlamentarisch-demokratischem Wege konnte sie ihre Ziele in Werne nicht erreichen, ebensowenig wie in fast allen Städten des Münsterlandes.

Konfrontation und Einschüchterung

Dem Ziel der Machtergreifung in den Kommunen diente eine Vielzahl von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen.²⁴⁰ Insbesondere: Reichs- und preußische Regierung förderten die Rechtsunsicherheit; Organisationen der NSDAP, vor allem die SA, erzeugten durch ihre Aktionen ein Klima

²³⁹ Zahl der Stimmberechtigten: 6936; abgegebene Stimmen: 5270.

²⁴⁰ Vgl. hierzu Hey, S. 222-225.

von Terror, Angst und Verunsicherung. Ein Gefühl der Schutzlosigkeit verbreitete sich, verstärkt durch die Beobachtung, dass Polizei und Justiz keine sichere Hilfe mehr gewährten. Die Aufsichtsbehörden versagten und fielen als Korrekturinstanzen aus. Mit dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ (Ermächtigungsgesetz) vom 24. März 1933 gewann die Regierung weitgehende Gesetzgebungsvollmachten. Ihm folgten zahlreiche Verordnungen, mit denen die Machthaber ihre Übergriffe sanktionierten und neue Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Ziele vorbereiteten.

Sie gingen im ganzen Reich sogleich daran, die politische Umwälzung mit der Besetzung politischer Schlüsselpositionen voranzutreiben. Zunächst verschafften sie sich mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 die Möglichkeit, jeden nicht in ihrem Sinne zuverlässigen Beamten und die Beamten „nichtarischer Abstammung“ unter Ausschaltung des Rechtsweges mit der Entlassung zu bedrohen. Das Gesetz erwies sich als wirksames Mittel, um eine „Säuberung“ der Verwaltung einzuleiten und Stellen für Mitglieder der NSDAP freizumachen. Insbesondere in der Provinzialverwaltung Preußens wurden unter Ministerpräsident Göring (NSDAP) fast alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten und die meisten Landräte ausgewechselt.²⁴¹ Auch Münster erhielt sogleich mit Kurt Matthaei einen Regierungspräsidenten im Geist der „neuen Zeit“.

Unbeirrt hielt die NSDAP an ihrem Ziel fest, in den uneingeschränkten Besitz der Macht in den Gemeinden zu gelangen. Zunächst ging es ihr vor allem darum, die Schlüsselpositionen in der Gemeindeverwaltung in ihre Hand zu bekommen. Im ersten Schritt der Machtergreifung setzte auch in Werne die NSDAP-Ortsgruppe alles daran, den kommunalen Spitzenbeamten, Bürgermeister Ohm, zum Rücktritt zu zwingen oder der Aufsichtsbehörde Vorwände für dessen Beurlaubung oder Entlassung aus dem Amt zu liefern. In der Wahl der Mittel war sie vielseitig und skrupellos, wie sich bald zeigte.

Wie in vielen anderen Städten unternahmen auch in der Lippestadt am 6. März 1933, am Tag nach der Reichstagswahl, SA-Männern den Versuch, auf den öffentlichen Gebäuden Hakenkreuzfahnen zu hissen.²⁴² Symbolhaft sollte der Vorgang die Herrschaft des Nationalsozialismus demonstrieren

²⁴¹ S. zu den Details des Revirements in Westfalen: Hey, S. 219 f.

²⁴² Vgl. StAWe vorl. Signatur XXV- 21. S. z. B. auch bei Kuroпка, S. 285 f, Darstellung der Vorgänge in Münster.

- und zugleich die Stadtleitung zu einer Machtprobe herausfordern. Bürgermeister Ohm verbot die Flaggenhissung, selbst unter Einsatz der Polizei, was heftige Auseinandersetzungen mit den SA-Leuten auslöste. Als er erfuhr, dass Göring an diesem Tag die Regierungspräsidenten angewiesen hatte, solche Aktionen zu dulden, sah er sich gezwungen nachzugeben. Die dann aufgezogenen Fahnen gehörten NSDAP-Mitgliedern. Ohm weigerte sich in der Folgezeit, auf Kosten der Stadt Hakenkreuzfahnen zu beschaffen, und hielt an der schwarzrotgoldenen Flagge als offiziellem Symbol der Weimarer Republik fest. Mit seinem Verhalten im Flaggenstreit hatte sich Bürgermeister Ohm für die Ortsgruppe der NSDAP deutlich genug als Gegner zu erkennen gegeben.

Sie begann nun den Kampf gegen Bürgermeister Ohm. Die Vorgänge zeigen geradezu exemplarisch, welche Methoden bei der Machtergreifung in den Städten angewandt wurden und wie dabei lokale Parteiorganisationen mit gleichgeschalteten staatlichen Aufsichtsbehörden und höheren Parteiinstanzen zusammenwirkten.

Am Sonntag, dem 26. März 1933, gab es in Werne Gerüchte, die NSDAP plane die Amtsenthebung von Bürgermeister Ohm.²⁴³ Ihre soeben gewählten Stadtverordneten wollten vermeiden, so hieß es, von Ohm auf ihr Mandat verpflichtet zu werden. Am folgenden Morgen besetzte eine SA-Abteilung das Rathaus und nahm den Polizeikommissar Papenberg in Schutzhaft, weil er es abgelehnt hatte, eine offenbar gewünschte Beurlaubung zu unterzeichnen. Die umlaufenden Gerüchte und vermutlich die Furcht vor einer unmittelbaren Konfrontation mit der unberechenbaren SA-Gruppe hatten Bürgermeister Ohm und Verwaltungsinspektor Langenberg veranlasst, an diesem Tage nicht ins Rathaus zu kommen.

Die Bezirksregierung Münster nahm die Abwesenheit der beiden Beamten zum - offenbar willkommenen - Anlass, sofort einzugreifen. Sie verurteilte nicht etwa die SA-Aktion, sondern wies vielmehr die beiden Beamten an, auf Ausübung ihrer Dienstgeschäfte bis zur Klarstellung des Sachverhalts zu verzichten. Der Regierungspräsident entsandte zugleich den Regierungsassessor und Parteigenossen Noell aus Lüdinghausen nach Werne. Er entließ Polizeikommissar Papenberg aus der Schutzhaft und beurlaubte ihn für drei Tage.

²⁴³ Die Darstellung folgt dem Bericht der „Lüdinghauser Zeitung“ vom 28.3.1933.

In der Stadt gab es sogleich Gerüchte, es sei eine Zwangsbeurlaubung des Bürgermeisters ausgesprochen worden. Viele Leute kamen daraufhin zum Rathaus. Um die Gemüter zu beruhigen, ließ die Regierung mitteilen, das sei nicht geschehen. Durch die Presse ließ der Regierungspräsident am nächsten Tag bekanntmachen: Die Führer der NSDAP in Werne, die Ohm und Langenberg an der Ausübung ihres Amtes gehindert, das Rathaus besetzt und den Polizeikommissar verhaftet hätten, seien zu ihrem Vorgehen nicht von der Gauleitung der NSDAP ermächtigt gewesen, hätten ohne deren Wissen gehandelt. In Kürze werde ein Mitglied der Gauleitung zusammen mit dem Dezernenten des Regierungspräsidenten und dem stellvertretenden Landrat in Werne eintreffen und die Vorgänge „restlos“ klären.

Die dreiköpfige Regierungskommission, der auch Assessor Noell angehörte, veranlasste am folgenden Tage zunächst, dass Polizeikommissar Papenberg seinen Dienst wieder aufnahm.²⁴⁴ Sie befragte sodann im Magistratszimmer eine Reihe von Bürgern, unter ihnen den Fabrikanten Dr. Arnold Moormann, Betriebsdirektor Schmidt von der Zeche, und zuletzt die in Frage kommenden Nationalsozialisten. Nach den Vernehmungen, über deren Verlauf wir nicht unterrichtet sind, wurde mitgeteilt, eine Entscheidung in der Sache werde in Münster getroffen, jedoch sei mit Sicherheit davon auszugehen, dass sowohl Bürgermeister Ohm als auch Verwaltungsinspektor Langenberg im Amt verblieben.

Anders aber klang es dann in einer holperig formulierten Erklärung der NSDAP-Ortsgruppe vom gleichen Tage: „Trotz aller gegenteiligen Berichte geben wir der Bürgerschaft bekannt, dass der Erfolg unserer Aktion der ist, dass beide Beamte ihre dienstliche Tätigkeit vorläufig nicht wieder aufnehmen dürfen. Wir werden, wenn eine Entscheidung des Regierungspräsidenten nicht in diesem Sinne der Allgemeinheit ausfallen sollte, mit verschärften Maßnahmen bis zur höchsten Instanz durchgreifen.“²⁴⁵ Die örtliche Parteiführung hatte damit ihre Entschlossenheit demonstriert, Bürgermeister Ohm auch gegenüber allen behördlichen Widerständen aus seinem Amt zu entfernen. Als man sich in der Stadt erzählte, die beteiligten SA-Führer hätten sich bei Polizeikommissar Papenberg wegen ihres Vorgehens entschuldigt, dementierte die Leitung der SA noch am gleichen Tag. Für eine Entschuldigung habe „keine Veranlassung vorgelegen.“²⁴⁶

²⁴⁴ Vgl. den Bericht der „Lüdinghäuser Zeitung“ vom 29.3.1933.

²⁴⁵ Zitiert nach der „Lüdinghäuser Zeitung“, 30.3.1933.

²⁴⁶ „Lüdinghäuser Zeitung“, 30.3.1933.

Der Regierungspräsident gab am 29. März 1933 bekannt, dass er sich in der Causa Werne mit der Gauleitung der NSDAP in Münster in Verbindung gesetzt habe. „In beiderseitigem Einvernehmen“ werde „in kürzester Frist“ eine Entscheidung gefällt werden. Er fügte hinzu: „Alle anderen Nachrichten eilen den Tatsachen voraus, bzw. sind falsch.“²⁴⁷ Staatliche Aufsichtsbehörde und Partei-Instanz entschieden also gemeinsam über Ohms Verbleiben im Amt.

Bei der Besetzung freigemachter Stellen leitender Kommunalbeamter bedienten sich die neuen Machthaber bestimmter Methoden. Zunächst wurde regelmäßig das Instrument der kommissarischen Besetzung der Stelle durch Parteigenossen angewandt. So auch hier. Am 4. April 1933 verfügte der Regierungspräsident die Beurlaubung von Bürgermeister Ohm und Oberinspektor Langenberg.²⁴⁸ Sodann beauftragte er Regierungsassessor Noell mit der Vertretung Ohms.²⁴⁹ Ein eindeutiger Fall von Parteibuchwirtschaft, die die NSDAP den anderen Parteien bisher immer vorgeworfen hatte. Die Städteordnung legte fest, dass die Stadtverordnetenversammlung durch Wahl über die Besetzung des Bürgermeisteramtes, wie auch der anderen Magistratsämter, zu entscheiden hatte. Der Bezirksregierung als kommunaler Aufsichtsbehörde stand die Bestätigung der Wahl zu.

Wiederum wie in vielen anderen Städten folgte nun auch hier ein nächster Schritt auf dem Weg zur Machtergreifung. Auf der Grundlage einer Eingabe der NSDAP-Ortsgruppe an die Kreisleitung und auf Veranlassung der NSDAP-Gauleitung wurde ein Ausschuss zur Untersuchung der gegen die Stadtverwaltung, insbesondere gegen Bürgermeister Ohm, erhobenen Vorwürfe eingesetzt.²⁵⁰ Der Ausschuss bestand aus drei Nationalsozialisten und den Fraktionsvorsitzenden von Zentrum und Allgemeiner Bürgerliste. Damit war das Mehrheitsverhältnis in ihm von Beginn an geklärt. Zu seinem Kommissar im Untersuchungsausschuss ernannte der Regierungspräsident den Landrichter und Parteigenossen Dr. Peuler.²⁵¹

Auftreten und Aktionen der NSDAP-Organisationen in Werne und in vielen anderen Städten²⁵² waren in diesen Wochen oft darauf angelegt, Angst und

²⁴⁷ Zitiert nach der „Lüdinghäuser Zeitung“, 30.3.1933.

²⁴⁸ StAWe XIII/10, Magistrats-Prot. vom 27.4.1933.

²⁴⁹ Staatsarchiv Münster (fortan: StAM), Kreis Lüdinghausen Nr. 642, Regierungspräsident an Noell, 9.5.1933.

²⁵⁰ Vgl. hierzu StAM, Kreis Lüdinghausen Nr. 642, Regierungspräsident an Kreisverwaltung Lüdinghausen, 24.4.1933; undatiertes Protokoll.

²⁵¹ Ebenda, Regierungspräsident an Dr. Peuler, 30.4.1933.

²⁵² Vgl. Hey, S. 221 f.

Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten. Insbesondere die SA, deren Mitgliederzahl in der Lippestadt von März bis Ende Mai 1933 von 13 auf 103 Mitglieder gestiegen war,²⁵³ begann mit ihren Aktivitäten geradezu ein System des Terrors aufzubauen. Sie setzte öffentlich Bedienstete, aber auch andere Bürger unter Druck, schüchterte sie ein, verleumdete sie, drohte Schutzhaft an und schreckte selbst vor körperlichen Misshandlungen nicht zurück. In Werne drangsalierten vor allem einige führende Mitglieder der SA eine Reihe von Bürgern.

Einen Nachweis für das Ausmaß des Schreckensregiments, das Parteimitglieder in Werne führten, liefert die NSDAP selbst. In der Gauleitung in Münster zeigte man sich bald besorgt über katastrophale Verhältnisse in der Werner Parteioorganisation. Auf Anordnung des Gauleiters wurde Ende Mai 1933 ein führendes Mitglied der Ortsgruppe verhaftet. Ihm wurden fortgesetzte Beunruhigung der Werner Bevölkerung, mehrfache Bedrohung der amtlichen Behörden und der politischen Leitung und das Aufstellen unwahrer Behauptungen über Gauleiter Dr. Meyer vorgeworfen.²⁵⁴ Einen Monat später sah sich die NSDAP-Kreisleitung angesichts der „vielfältigen kriminellen und gemeinwohlschädlichen Aktivitäten“ von NSDAP- und SA-Mitgliedern in letzter Zeit zu dem Antrag genötigt, die NSDAP-Ortsgruppe Werne aufzulösen. In ihrer derzeitigen Zusammensetzung wie auch in ihrer Führung biete sie nicht mehr die Gewähr für eine erfolgreiche Arbeit. „Die dort herrschenden Übelstände“ seien nur noch durch eine völlige Reorganisation der Ortsgruppe zu beheben.²⁵⁵

Konstituierende Sitzung des Stadtrates

Am 23. Mai 1933, also erst zweieinhalb Monate nach der Wahl, fand die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Der stellvertretende Bürgermeister Noell, vom Regierungspräsidenten für diesen Anlass als sein Kommissar zur Leitung der Sitzung bestimmt, hatte die Versammlung einberufen.

Die Inszenierung der Eröffnungsfeier machte sichtbar, wer in der Stadt inzwischen die politische Richtung vorgab. Mitglieder der SS geleiteten die neuen Ratsmitglieder, darunter die fünf NSDAP-Mitglieder in braunen Uniformen, vom Stadthaus durch die flaggen- und grüngeschmückte Markt-

²⁵³ S. Degener.

²⁵⁴ StAM, Gauleitung Westf.-Nord. Hauptleitung 34, Ortsgruppenleiter an Gauleitung Westf.-Nord, 28.5.1933.

²⁵⁵ StAM, Gauleitung Westf.-Nord., Gauinspektore 65, NSDAP-Bezirksleiter A. Bezler, Lüdinghausen, an die NSDAP-Gauleitung Westf.-Nord, 24.6.1933.

und Bonenstraße. Eine große Menschenmenge umsäumte die Straßen. An den Wänden des Sitzungssaales hingen schwarz-weiße, schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen. Die schwarz-rot-goldene Fahne der Weimarer Republik war nicht darunter. Aufgestellt waren Porträts von Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Ministerpräsident Göring. (s. Abb.11)²⁵⁶

Noells Eröffnungsrede begann mit einem Blick in die Vergangenheit, auf das alte Preußen mit seinen schwarz-weißen, auf das Kaiserreich mit seinen schwarz-weiß-rotten Farben, und er pries dann, symbolhaft vertreten durch die Hakenkreuzfahne, die „nationalsozialistische Revolution“ als Beginn einer neuen Epoche der deutschen Geschichte. Sie werde das „Dunkel“ der vergangenen 14 Jahre „für alle Zeiten überstrahlen“. Er führte auch konkrete Aufgaben vor Ort an, insbesondere die Wiedereingliederung von fast 3000 Erwerblosen in den Arbeitsprozess.

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums bekundete „ehrliche Bereitschaft zu tatkräftiger Aufbauarbeit“ und zur Zusammenarbeit mit den übrigen Mitgliedern. Zugleich versicherte er, seine Partei könne allen Leit- und Grundsätzen zustimmen, die der Führer in den vergangenen Wochen proklamiert habe. Für seine Fraktion nahm er in Anspruch, dass durch ihre Arbeit sich die Finanzlage der Stadt in vergleichsweise geordnetem Zustand und erträglichem Schuldenstand befinde. Konsequenzen aus etwaigen Verfehlungen der Stadtverwaltung zu ziehen, sei seine Fraktion erst bereit, wenn das endgültige Ergebnis des Untersuchungsausschusses vorliege.

Dass die „nationalsozialistische Revolution“ begonnen hatte, machten die Ausführungen des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden noch deutlicher. Es müsse jedem klar sein, dass die „braunen Kämpfer“ als „politische Soldaten unseres großen Führers“ in das Stadtparlament eingezogen seien. Gemeinsam solle beschlossen und durchgeführt werden, was notwendig sei zum Nutzen der gesamten Bürgerschaft. „Umwege und Hinterhältigkeiten“ lehne er ab, und er forderte: „So sollen fortan alle Wahlen und Abstimmungen durch Zuruf getätigt werden.“ Das hieß: Jede Abstimmung sollte fortan öffentlich erfolgen, also kontrollierbar sein. Die Methode der Abstimmung durch Zuruf setzte die NSDAP gezielt in den Stadtparlamenten zur Durchsetzung ihres Machtanspruchs ein. Bisher waren im Werner Stadtrat insbesondere die Mitglieder des Magistrats stets in geheimer Wahl mit Hilfe von Stimmzetteln bestimmt worden.

²⁵⁶ Bericht der „Werner Zeitung“ vom 25.5.1933.



Abb. 11: Ausschmückung des Sitzungssaals durch die NSDAP

Dieser Vorgabe entsprechend wurden in der Sitzung auch die fälligen Wahlen durchgeführt, sämtlich nach Zuruf von seiten der NSDAP und ohne Widerspruch. Das wenig bedeutsame Amt des Stadtverordnetenvorstehers fiel, wie bisher immer, dem Zentrum als stärkster Fraktion zu. Von ungleich größerem Gewicht war die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder. Offenbar in Vorgesprächen hatte die NSDAP das Zentrum bereits massiv unter Druck gesetzt, wie das Ergebnis sichtbar machte. Zum Beigeordneten wurde der Bahnhofsgastwirt Friedrich Gause von der NSDAP gewählt. Für die sechs Schöffen-Sitze hatten NSDAP und Zentrum jeweils drei Kandidaten benannt. Sie alle wurden, wiederum durch Zuruf, sämtlich in wenigen Minuten gewählt. Nach der Städteordnung bedurften die gewählten Magistratsmitglieder jedoch der Bestätigung durch die Bezirksregierung. Sie stand also noch aus.²⁵⁷

Die Entscheidung über Bürgermeister Ohm

Anfang Juni 1933 legte Landrichter Dr. Peuler den Bericht der Untersuchungskommission vor.²⁵⁸ Die meisten der mehr als dreißig von NSDAP-Mitgliedern zusammengetragenen Vorwürfe erwiesen sich als unbegründet, betrafen Belangloses oder wenig Wichtiges. Von ausschlaggebendem Gewicht war für die Kommission letztlich allein das Verhalten Bürgermeister Ohms bei der Flaggenhissung nach der Reichstagswahl. Dieser Vorgang galt ihr als Beweis dafür, dass Ohm „die nationale Erhebung nicht begrüßt“ habe, nicht zu ihr stehe, vielmehr eine „starke Abneigung“ gegen sie hege. Dieser Beurteilung Ohms stimmte allein der Zentrumsvertreter im Ausschuss nicht zu; er enthielt sich der Stimme.

Zum Abschluss des Untersuchungsausschusses hatten sich NSDAP- und Zentrumsfraktion auf folgende Vereinbarung verständigt.²⁵⁹ Unter Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurde der Regierungspräsident gebeten, Ohm von seinem Posten „im Interesse des Dienstes“ abzurufen, da „eine gedeihliche Zusammenarbeit mit ihm aus politischen Gründen unmöglich“ erscheine. Empfohlen wurde seine Beschäftigung „an anderer, untergeordneter, geeigneter Stelle in größerer Entfernung“. Die übrigen beschuldigten Beamten sollten eine angemessene Rüge erhalten, sodann ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Zugleich wurde „mit Befriedigung“ festgestellt, „dass die Finanzen und der Verwaltungsapparat der Stadt im Grunde gesund“ seien.

²⁵⁷ StAWe XIV/10, s. Protokoll der Stadtverordneten vom 23.5.1933.

²⁵⁸ StAWe XXV/21, Entschließung des Untersuchungsausschusses.

²⁵⁹ StAWe XIV/10, Stadtverordnetensitzung vom 17. Juli 1933.

Der Regierungspräsident beurlaubte daraufhin Bürgermeister Ohm. Die nun freigewordene Stelle besetzte er sogleich wieder kommissarisch mit dem nicht aus Werne stammenden NSDAP-Mitglied Leo Müller. Zugleich erfolgte die Bestätigung der übrigen gewählten Magistratsmitglieder, aber, wohlgemerkt nur der drei NSDAP-Bewerber. Den drei Zentrumsvertretern wurde, ohne jede Begründung, die Bestätigung versagt.²⁶⁰ Damit hatte die NSDAP in Werne Entscheidendes erreicht. Im Magistrat waren nunmehr alle Positionen von Parteigenossen besetzt. Das Zentrum war ausgeschlossen. Der Vorgang hatte symbolische Bedeutung für den Stand der Machtergreifung durch die NSDAP in der Stadt.

Wie mit Bürgermeister Ohm nun verfahren werden sollte, war noch zu regeln. Die Regierung in Münster regte seine Pensionierung aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ an. Der Magistrat sprach sich dagegen aus, weil dadurch für die Stadt eine erhebliche finanzielle Belastung eintreten werde. Vielmehr sollte Ohm, so verhandelte man völlig ungeniert im Magistrat, veranlasst werden, aufgrund eines kreisärztlichen Attestes wegen Dienstunfähigkeit seine Versetzung in den Ruhestand beantragen. Andernfalls solle die Zwangspensionierung wegen Dienstunfähigkeit betrieben werden.²⁶¹

Solchermaßen unter Druck gesetzt, stellte sich Ohm einer amtsärztlichen Untersuchung. Sie erbrachte das allseits erwünschte Ergebnis. Festgestellt wurde „infolge der wesentlichen und auch bei längerer Beurlaubung nicht behebbarer Krankheitserscheinungen“ seine „dauernde Dienstunfähigkeit“. Ohm beantragte deshalb seine Versetzung in den endgültigen Ruhestand und Gewährung des ihm zustehenden Ruhegeldes. Der Magistrat fasste sogleich einen entsprechenden Beschluss.²⁶² In ihrem Bericht über das Ausscheiden Ohms sprach die längst gleichgeschaltete „Lüdinghauser Zeitung“ vom Ende einer zehnjährigen „Skandaldiktatur“.²⁶³

Das Ende der demokratischen Gemeindeselbstverwaltung

Das Verhalten des Zentrums in diesen Wochen, insbesondere seine weitgehende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der NSDAP, wirft Fragen auf.

²⁶⁰ StAWe 01-450; Regierungspräsident an Bürgermeister, 21.7.1933; Stadtverordneten-Sitzung 7.8.1933.

²⁶¹ StAWe XIII/10 Magistrats.-Prot. 24.8.1933.

²⁶² Ebenda, 19.9.1933.

²⁶³ „Lüdinghauser Zeitung“, 19.7.1933.

Wie in vielen anderen Städten machte die Partei auch in Werne zunehmend die Erfahrung, welch geringen Wert Absprachen mit der NSDAP besaßen.

Auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 hatte Hitler zielstrebig mit der Ausschaltung des Parlaments und der verfassungsmäßigen Kontrollorgane die Errichtung einer totalitären Diktatur eingeleitet. Die Parteien suchten durch Zustimmung und Mitarbeit Einfluss auf diesen Prozess zu gewinnen und Schlimmeres zu verhindern. Solche Überlegungen werden auch bei den Zentrumsmitgliedern in Werne eine Rolle gespielt haben. Aber die NSDAP agierte noch skrupelloser, erhöhte den Druck, schlug in den Stadtratssitzungen einen immer rüderer Ton an, ließ viele Tagesordnungspunkte sogleich durch Zuruf erledigen, nahm immer weniger Rücksicht, übergab die Vertreter des Zentrums und der Bürgerliste immer häufiger im Zusammenspiel mit der Regierung in Münster. Dem Monopolanspruch der NSDAP unterwarf sich schließlich auch das Zentrum. Wie alle übrigen Parteien resignierte es vor dem Terror und der Allmacht der NSDAP. Die SPD war schon am 22. Juni 1933 verboten worden. Die übrigen, noch bestehenden demokratischen Parteien lösten sich dann im Juni und Juli 1933 auf, als letzte die Zentrumsparterie. Jetzt gab es als einzige Partei nur noch die NSDAP.

Eine Reihe von Zentrumsabgeordneten in der Lippestadt gab ihr Mandat auf, die Mehrzahl nahm offenbar weiter an den Sitzungen teil, manche wurden, wie oft in anderen Städten, vielleicht als Hospitanten in die NSDAP übernommen.²⁶⁴ Ende des Jahres 1933 war ohnehin das Ende der gewählten Vertretungen gekommen. Mit dem neuen Gemeindeverfassungsgesetz setzte sich das Führerprinzip auch auf dieser Ebene durch. Es bedeutete das Ende einer Gemeindegelbstverwaltung, die sich demokratisch legitimierte, auch in Werne.

²⁶⁴ In den Protokollen der Stadtratssitzungen (StAWe XIII/10) wird das Verhalten der Mitglieder der Zentrums-Fraktion nicht deutlich.

VII. Anhang

Verzeichnis der Mandatsträger 1918 - 1933

I. Magistrat 1912-1919

Bürgermeister

1903-1922 Bernhard Hartmann

1922-1933 Johannes Ohm

Unbesoldete Magistratsmitglieder

Beigeordneter Geschäftsführer Adolf Waßmann	1912-1919
Schöffe Schreinermeister Heinrich Schulz	1912-1918
„ Anstreichermeister Bernhard Quermann	1912-1916
„ Rechtsanwalt und Notar Leo Potthoff	1914-1919
„ Schneidermeister Georg Overes	1914-1919
„ Hotelier Joseph Rosery	1916-1919
„ Bergmann Theodor Gräve	1918-1919

II.1 In der Stadtverordneten-Wahl am 2.3.1919 wurden gewählt:

vom Wahlvorschlag 1: Zentrumsliste:

1. Theodor Gräve, Bergmann,
2. Hubert Schulz, Maschinist
3. Bernhard Schulz, Schreinermeister
4. Rudolf Zinke, Bergmann
5. Werner Voß, Regierungsbaumeister
6. Franz Schulz, Maurermeister
7. Fritz Grote, Apotheker
8. Arnold Middelhoff, Kaufmann
9. Wilhelm Wienand, Schuhmachermeister
10. Kaspar Funke, Bergmann
11. Bernhard Schriewer, Maurer
12. Heinrich Schwerdt, Maurer
13. Louis Herz, Kaufmann

vom Wahlvorschlag 2:

Vereinigte Altbürger und Arbeiterschaft der Stadt Werne:

14. Bernhard Moormann, Brennerei- und Gutsbesitzer
15. Bernhard Thiemann, Metzgermeister
16. Heinrich Kortmann, Bauunternehmer
17. Heinrich Wenge, Vizefeldwebel
18. Anton Südfeld, Bergmann

Bis September 1919 sind 1. Theodor Gräve (geht in den Magistrat), 5. Werner Voß und 17. Heinrich Wenge aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschieden; an ihre Stelle treten Landwirt Heinrich Oestermann gnt. Brückmann, Postschaffner Gerhard Kersting und Bergmann Dietrich Schaake.

II.2 Wahl der Gemeindeverordneten in der Landgemeinde Werne 2.3.1919

Anton Westhues, Bergmann, Ehringhausen
Hermann Rehr, Schlosser, Evenkamp
Karl Hellhammer, Geschäftsführer, Evenkamp
Heinrich Hülsmann gnt. Jäger, Landwirt, Holthausen
Anton Dahlhoff gnt. Waterhues, Gutsbesitzer, Lenklar
Heinrich Hesener, Maurer, Varnhövel
Heinrich Dortmann, Schlossermeister, Langern
Theodor Weckendorf, Gutspächter, Schmintrup
Johann Holtgreve, Bergmann, Evenkamp
Ludwig Bode, Bergmann, Evenkamp SPD
Emil Wedemeyer, Bergmann, Evenkamp SPD
August Knaup, Rektor, Evenkamp

II.3 Wahl der Gemeindeverordneten in Stockum 2.3.1919

Heinrich Höhne, Schuhmacher, Wessel,
Bernhard Wißmann, Landwirt, Horst,
Bernhard Heitmann, Maurer, Horst,
Heinrich Schulze Kalthoff, Gutsbesitzer, Stockum,
Theodor Dieckmann, Schmied, Stockum,
Franz Gösker, Bergmann, Stockum,

II.4 Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder am 8.10.1919

Beigeordneter: Geschäftsführer Adolf Waßmann,
ab 1921 Bäckermeister Matthias Bisping
Schöffe Bergmann Theodor Gräve
„ Betriebsleiter August Schmidt
„ Bergmann Jakob Kuhn
„ Rechtsanwalt und Notar Leo Potthoff

Der Beigeordnete Waßmann ließ sich im Januar 1921 von seinem Amt entbinden. An seiner Stelle wählte die Stadtverordnetenversammlung am

20.2.1921 den aus Albersloh stammenden Bäckermeister Matthias Bisping, der seit mehreren Jahren Innungsmeister für den östlichen Teil des Kreises Lüdinghausen gewesen war.²⁶⁵

Anfang 1923 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die Zahl der Schöffen im Magistrat auf sechs zu erhöhen. Mit dem Bürgermeister und dem Beigeordneten hatte der Magistrat also jetzt acht Mitglieder.

III. 1 Stadtverordneten-Wahl am 10.12.1922

(nach der Vereinigung von Stadt- und Landgemeinde).

Es gewannen:

1. Liste. Theodor Gräve (Christliche Arbeiter): 13 Mandate
2. „ Matthias Abels
(Vereinigte sozialdemokratische Parteien): 3 Mandate
3. „ Schmidt (Beamte): 2 Mandate
4. „ Holtrup (Mittelstandsliste): 8 Mandate
5. „ Ehringhausen (Mittelstandsvereinigung): 4 Mandate

Auf Liste 1 entfielen 1599 Stimmen = 43,6 %

2 406 = 11,1 %

3 299 = 8,2 %

4 837 = 22,9 %

5 519 = 14,2 %

(„Lüdinghauser Zeitung“ 12.12.1922)

Zu Stadtverordnete wurden am 10.12.1922 gewählt:²⁶⁶

1. Matthias Abels, Bergmann, Stockumer Str., Liste Abels (SPD)
2. Max Abels, Regierungsbaumeister, Steinstr., Liste Schmidt (Beamte)
3. Ludwig Bode, Bergmann, Bergstr., Liste Abels (SPD)
4. Heinrich Bröcker, Schießaufseher, Ottostr., Liste Gräve
(Christliche Arbeiter)
5. Hermann Dickmann, Kaufmann, Bahnhofstr., Liste Holtrup
(Mittelstand)
6. Heinrich Ehringhausen, Landwirt, Ehringhausen,
Mittelstandsvereinigung
7. Franz Fischer, Dreher, Lenklar, Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
8. Theodor Gräve, Bergmann, Mauerstr., Liste Gräve (Christliche
Arbeiter)

²⁶⁵ StAWe C VII 34.

²⁶⁶ „Lüdinghauser Zeitung“, 12.12.1922; StAWe C VII 34.

9. Theodor Heckenkamp, Landwirt, Lenklar Ehringhausen, Mittelstandsvereinig.
10. Karl Hellhammer, Geschäftsführer, Ehringhausen, Mittelstandsvereinigung
11. Heinrich Hesener, Maurer, Varnhövel, Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
12. Anton Holtrup, Maurermeister, Horster Str., Zentrumsliste (Mittelstand, Beamte)
13. Bernhard Kuhlmann, Schornsteinfeger, Bahnhofstr., Liste Holtrup (Mittelstand)
14. Gottfried Langenkämper, Bergmann, Langern, Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
15. Karl Lugge, Gastwirt, Kamener Str., Liste Holtrup (Mittelstand)
16. Bernhard Moormann, Guts- und Brennereibesitzer, Ehringhausen, Mittelstandsver.
17. Leo Pick, Bergmann, Bahnhofstr., Liste Abels (SPD)
18. Johann Schlautmann, Bergmann, Ehringhausen, Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
19. August Schmidt, Betriebsleiter, Selmer Str., Liste Schmidt (Beamte)
20. Hermann Rehr, Schlosser, Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
21. Theodor Schneider, Schmied, Horster Str., Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
22. Bernhard Schriever, Bergmann, Selmer Str., Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
23. Friedrich Stückmann, Schneidermeister, Liste Holtrup (Mittelstand)
24. Hermann Südfeld, Bergmann, Mottenheimstr., Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
25. Johannes Vahle, Hauptlehrer, Liste Holtrup (Mittelstand)
26. Franz Weber, Maschinist, Lünener Str., Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
27. Otto Wehmeyer, Architekt, Liste Holtrup (Mittelstand)
28. Rudolf Werkmeister, Kaufmann, Kamener Str.
29. Heinrich Wilmsen, Bergmann, Freigrafenstr., Liste Gräve (Christliche Arbeiter)
30. Rudolf Zinke, Bergmann, Umlandstr., Liste Gräve (Christliche Arbeiter)

III.2 Magistrat (Neuwahl am 24.1.1923)²⁶⁷

Bürgermeister Johannes Ohm 1922-1933

Unbesoldete Magistratsmitglieder

Beigeordneter Bergmann Jakob Kuhn

Schöffe Bergmann Bernhard Hesener,
„ Betriebsleiter August Schmidt,
„ Schlosser Hermann Rehr,
„ Bäckermeister Matthias Bisping,
„ Bergmann Franz Ziranek,
„ Rechtsanwalt und Notar Ernst Capelle

IV. 1 Stadtverordneten-Wahl vom 4.5.1924

Es gewannen:

1. SPD: 2 Mandate
2. KPD: 2 Mandate
3. Christliche Arbeiter: 8 Mandate
4. Allgemeine Bürgerliste: 3 Mandate
5. Zentrumsliste: 7 Mandate

Zu Stadtverordneten wurden gewählt²⁶⁸:

Wahlvorschlag 1: SPD

Bergmann Matthias Abel;
Anstreicher Wilhelm Swat

Wahlvorschlag 2: KPD

Bauarbeiter Anton Pabel (1926 Bergmann Theodor Hanengroß);
Bergmann Adolf Abt (Schlosser Alfred Schmidt)

Wahlvorschlag 3: Christliche Arbeiter

Bergmann Theodor Gräve,
Maurerpolier Heinrich Hesener;
Bergmann Rudolf Zinke;
Klempner Heinrich Schneider (Maurer Heinrich König);
Dreher Franz Fischer;
Bergmann Bernhard Kaiser;
Schmied Theodor Schneider;
Maurer Bernhard Schriewer;

²⁶⁷ StAWe 01-576, Verwaltungsbericht der Stadt Werne für das Rechnungsjahr 1922.

²⁶⁸ StAWe C VII 36.

²⁶⁹ Ebenda.

Wahlvorschlag 4: Allgemeine Bürgerliste

Bäckermeister Alois Hauschopp;

Kaufmann Franz Kroes;

Justizsekretär Julius Wiendahl;

Wahlvorschlag 5: Zentrumsliste (Mittelstand, Beamte)

Maurermeister Anton Holtrup;

Landwirt Theodor Deipenbrock;

Schneidermeister Friedrich Stückmann;

Lehrerin Anna Beul;

Gastwirt Karl Lügge;

Hauptlehrer Johannes Vahle (Schornsteinfegermeister Bernh. Kuhlmann);

Landwirt Heinrich Ehringhausen (Landwirt Theodor Heckenkamp)

V.1 Stadtverordneten-Wahl am 19.11.1929

Es gewannen:

1. SPD: 2 Mandate
2. KPD: 1 Mandat
3. Christliche Arbeiter: 6 Mandate
4. Allgemeine Bürgerliste: 5 Mandate
5. Zentrum: 8 Mandate

Es wurden am 19.11.1929 gewählt²⁶⁹:

Von Wahlvorschlag 1 (Zentrum)

1. Kuhlmann, Bernhard, Schornsteinfegermeister
2. Heckenkamp, Theodor, Landwirt
3. Soddemann, Hugo, Konrektor
4. Hidding, Heinrich, Betriebsführer
5. Schlotjunker, Franz, Gastwirt
6. Berkenheger, Albert, Revierförster
7. Waßmann, Max, Kaufmann
8. Rohkamp, Friedrich, Landwirt

Von Wahlvorschlag 2 (SPD)

9. Kußel, Josef, Betriebsrat
10. Hildebrand, Otto, Bergmann

Von Wahlvorschlag 3 (KPD)

11. Schmidt, Alfred, Schlosser

Von Wahlvorschlag 16 (Christliche Arbeiterwähler)

12. Gräve, Theodor, Berginvalid
13. Südfeld, Hermann, Bergmann
14. Hesener, Heinrich, Maurer

15. Zinke, Rudolf, Knappschaftsältester
16. Schriewer, Bernhard, Maurer
17. Schneider, Theodor, Zechenschmied
- Von Wahlvorschlag 17 (Allgemeine Bürgerliste)*
18. Kroes, Franz, Kaufmann
19. Müller, Emil, Bergmann
20. Hellhammer, Karl, Geschäftsführer
21. Stückmann, Friedrich, Schneidermeister
22. Müller, Josef, Justizrentmeister

V.2 Magistratswahl (16.12.1929/2.1.1930)

Unbesoldete Magistratsmitglieder

- Beigeordneter Bäckermeister Matthias Bisping
 Schöffe Gutsbesitzer August Schulze-Froning
 „ Verwaltungsinспекtor Josef Schäper
 „ Geschäftsführer Jakob Kuhn
 „ Schneidermeister Fritz Stückmann
 „ Bergassessor Ewald Reinke
 „ Bergmann Otto Hildebrand

Nachweis der Abbildungen

- 1) „Werner Zeitung“ vom 11. November 1918
- 2) „Werner Zeitung“ vom 16. November 1918
- 3) K.D.Bracher/M. Funke/H.A.Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik, 1918 - 1933, Bonn 1987, S. 629
- 4) Stadtarchiv D I 60
- 5) Stadtarchiv D I 60
- 6) „Werner Zeitung“ vom 28. Februar 1922
- 7) Stadtarchiv
- 8) Haarmann, S. 34
- 9) Stadtarchiv 01-577
- 10) Stadtarchiv 01-633
- 11) Stadtarchiv 01-633

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

a) Stadtarchiv Werne (abgekürzt: StAWe):

C VI 10, C IV 14, C VI 33, C VI 36, C VII 17, C VII 31, C VII 34, C VII 35, C VII 36, C 46, C 47

D I 31, D I 32, D I 36, D I 44, D III 18

XIII/5, XIII/6, XIII/7, XIII/8, XIII/9, XIII/10

XIV/8, XIV/9, XIV/10, XV/9

01-576, 01-577, 01-636, 01-615, 01-633, 01-653, 01-450

02-11, 02-29

XXV-21

Fun48

b) Staatsarchiv Münster (abgekürzt: StAM)

Kreis Lüdinghausen Nr. 642

Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptleitung 34

Gauleitung Westfalen-Nord, Gauinspektore 65

2. Literatur

Hans-Joachim Behr: Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813 – 1933, in: Westfälische Geschichte, hrsg. von Wilhelm Kohl, Bd. 2: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Politik und Kultur, Düsseldorf 1983.

Peter Borscheid: Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg (1914-1945), in: Das 19. und 20. Jahrhundert. Westfälische Geschichte, Bd. 3, Düsseldorf 1994.

Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918 - 1933, Bonn 2010

Silke Degener: Werne auf dem Weg in die NS-Diktatur, S I- Examensarbeit, Münster 2008.

H.L. Fischer: Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung zentraler Orte in bergbaugeprägten Regionen, dargestellt am Beispiel der Stadt Werne an der Lippe, Münster 1969.

Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991.

Jürgen W. Falter: Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Die Weimarer Republik 1918-1933, hrsg. von K.D.Bracher/M. Funke/H.A. Jacobsen

- (Hrsg.), Bonn 1987.
- Markus Fohrmann/Thomas Rath*: Werne 1933-1945, Werne 1990.
- Karl-Richard Haarmann*: Einhundert Jahre Steinkohlenbergbau in Werne, hrsg. von der Stadt Werne, 2000.
- Bernd Hey*: Die nationalsozialistische Zeit, in: Westfälische Geschichte, hrsg. v. Wilhelm Kohl, Bd. 2, Düsseldorf 1983.
- Ernst-Rudolf Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. V. Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u. a. 1978.
- Ulrich Kluge*: Die deutsche Revolution 1918/19, Frankfurt/M. 1985.
- Eberhard Kolb*: Die Weimarer Republik, München, Wien 1984.
- Renate Kuhn*: Entwicklung der Stadt Werne unter dem Einfluss der Zeche Werne bis 1933, Examensarbeit für das Lehramt Grund- und Hauptschule, Dortmund 1976.
- Joachim Kuroпка*: Münster in der nationalsozialistischen Zeit, in: Geschichte der Stadt Münster, hrsg. von Franz-Josef Jakobi, Bd. 2, Münster 1993.
- Josef Lappe*: Die Entstehung und Feldmarkverfassung der Stadt Werne, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde Westfalens, 76, 1917.
- Wolfgang Leesch*: Die Verwaltung der Provinz Westfalen 1815-1945, Münster 1993.
- Susanne Miller*: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.
- Wilhelm Ribhegge*: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947, Münster 2008.
- Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975.
- Franz-Josef Schulte-Althoff*: Vom Ende der fürstbischöflichen Zeit bis zur Einführung der Revidierten Städteordnung. Stadt, Gesellschaft und Politik in Werne, Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Werne, hrsg. vom Heimatverein Werne e.V., 2004.
- Franz-Josef Schulte-Althoff*: Werne im Vormärz und in der Revolution von 1848/49. Stadt, Gesellschaft und Politik in Werne. Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Werne, hrsg. vom Heimatverein Werne e.V., 2006.
- Franz-Josef Schulte-Althoff*: Unterbürgerlicher Sozialprotest und bür-

gerliche Revolutionskultur. Werne an der Lippe in der Revolution von 1848/49, in: Westfälische Forschungen, 57, 2007, S. 397- 439.

Franz-Josef Schulte-Althoff: Verfassung und Verwaltung von Stadt und Amt Werne im 19. Jahrhundert. Stadt, Gesellschaft und Politik in Werne. Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Werne, hrsg. vom Heimatverein Werne e.V., 2009.

Hans-Jürgen Smula: Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919 bis 1933. Diss. Münster 1987.

Hans-Ulrich Thamer: Stadtentwicklung und politische Kultur während der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Münster, hrsg. von Franz-Josef Jakobi, Bd. 2, Münster 1993.

Walter Tormin: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart u.a. 1967².

Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten (1914-1949), München 2003.

Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998.

